

Stenographisches Protokoll

29. Sitzung des Kärntner Landtages – 29. Gesetzgebungsperiode
Donnerstag, 8. Juni 2006

Inhalt

Fragestunde (S. 2601)

Aktuelle Stunde (S. 2617)

Antragsteller: ÖVP-Klub

Thema: Nutzung erneuerbarer Energien in Kärnten

Redner: Lutschounig (S. 2617), Dipl.-Ing. Freunschlag (S. 2619), Ing. Rohr (S. 2620), Holub (S. 2621), Ing. Hueter (S. 2622), Dipl.-Ing. Gallo (S. 2623), Mag. Dr. Kaiser (S. 2624), Mag. Lesjak (S. 2626), Mag. Grilc (S. 2627), Ing. Scheuch (S. 2628), Mag. Cernic (S. 2629)

Tagesordnung (S. 2631)

Zur Geschäftsordnung: Ing. Scheuch (S. 2631)

1. Ldtgs.Zl. 89-11/29:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Gemeinden und ländlichen Raum, Föderalismus und Umwelt zur Regierungsvorlage betreffend den Tätigkeitsbericht des Kärntner Bodenbeschaffungsfonds 2005

Berichterstatter: Ferlitsch (S. 2639, 2642)

Redner: Stark (S. 2639), Lutschounig (S. 2641), Holub (S. 2641), Mag. Cernic (S. 2642)

Einstimmige Annahme (S. 2643)

2. Ldtgs.Zl. 116-8/20:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Gemeinden und ländlichen Raum, Föderalismus und Umwelt zur Regierungsvorlage betreffend den Bericht des Kuratoriums des Tierseuchenfonds über die Leistungen des Fonds und die eingehobenen Tierseuchenfondsbeiträge im Jahr 2005

Berichterstatter: Ing. Hueter (S. 2643)

Redner: Zellot (S. 2644)

Einstimmige Annahme (S. 2644)

3. Ldtgs.Zl. 88-9/29:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Gemeinden und ländlichen Raum, Föderalismus und Umwelt zur Regierungsvorlage betreffend den Bericht über den Jahresabschluss 2005 der Ausgleichskasse nach LGBI. Nr. 34/1995

Berichterstatter: Ing. Hueter (S. 2644)

Einstimmige Annahme (S. 2645)

4. Ldtgs.Zl. 162-11/29:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft, Naturschutz, Raumplanung und Nationalparks zum selbstständigen Antrag des Ausschusses gem. § 17 Abs. 1 K-LTGO betreffend den Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Kärntner Jagdgesetz 2000 geändert wird
./ mit Gesetzentwurf

Berichterstatter: Zellot (S. 2645)

Redner: Ing. Scheuch (S. 2645), Ferlitsch (S. 2646), Lutschounig (S. 2647), Mag. Lesjak (S. 2647)

Einstimmige Annahme der 2. und 3. Lesung (S. 2648)

5. Ldtgs.Zl. 14 11/29:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Familie, Soziales, Gesundheit, Generationen und Sport betreffend den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über stationäre Versorgungskapazitäten der Kärntner Fondskrankenanstalten; Angliederungsverträge
Reihe Kärnten 2006/1

Berichterstatterin: Mag. Trannacher (S. 2648)

Redner: Holub (S. 2648), Tauschitz (S. 2649), Mag. Ragger (S. 2651), Arbeiter (S. 2653), Willegger (S. 2655), Dr. Prettnner (S. 2655), Dr. Schantl (S. 2656)

Einstimmige Annahme (S. 2657)

6. Ldtgs.Zl. 272-2/29:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Familie, Soziales, Gesundheit, Generationen und Sport zur Regierungsvorlage betreffend den Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Kärntner Land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsordnung 1991 geändert wird

./ mit Gesetzentwurf

Berichterstatter: Tauschitz (S. 2657)

Redner: Trettenbrein (S. 2658), Mag. Lesjak (S. 2658), Mag. Trannacher (S. 2659)

Einstimmige Annahme der 2. und 3. Lesung (S. 2660)

7. Ldtgs.Zl. 106-6/29:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Familie, Soziales, Gesundheit, Generationen und Sport zum selbstständigen Antrag des Ausschusses gem. § 17 Abs. 1 K-LTGO betreffend Gleichbehandlung von Kindergärten

Berichterstatterin: Dr. Prettner (S. 2660)

Redner: Arbeiter (S. 2660), Warmuth (S. 2661), Mag. Lesjak (S. 2663), Tauschitz (S. 2663), Mag. Trannacher (S. 2664)

Einstimmige Annahme (S. 2665)

8. Ldtgs.Zl. 166-8/29:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Familie, Soziales, Gesundheit, Generationen und Sport zum selbstständigen Antrag des Ausschusses gemäß § 17 Abs. 1 K-LTGO betreffend Gebühren in Krankenhäusern

Berichterstatter: Willegger (S. 2666)

Redner: Warmuth (S. 2666), Dr. Prettner (S. 2667), Holub (S. 2667), Tauschitz (S. 2667)

Einstimmige Annahme (S. 2668)

9. Ldtgs.Zl. 297-2/29:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Bildung, Kultur und Schule zur Regierungsvorlage betreffend den Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Kärntner Arbeitnehmerförderungsgesetz, das Kärntner Wirtschaftsförderungsgesetz, das Kärntner Verwaltungsakademiegesetz und das Kärnt-

ner Informations- und Statistikgesetz geändert werden (Kärntner Weiterbildungsförderungsgesetz)

./ mit Gesetzentwurf

Berichterstatterin: Mag. Trodt-Limpl (S. 2668)

Redner: Mag. Knicek (S. 2668), Mag. Dr. Kaiser (S. 2669), Mag. Lesjak (S. 2671), Dipl.-Ing. Gallo (S. 2672)

Einstimmige Annahme der 2. und 3. Lesung (S. 2674)

10. Ldtgs.Zl. 164-5/29:

Anfragebeantwortung von Landeshauptmann Dr. Haider zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Mag. Grilc betreffend Mütterpension, Vorgangsweise bei Auszahlungen

Verlesung der schriftlichen Anfrage durch den Schriftführer (S. 2674)

Mitteilung des Einlaufes (S. 2631)

Behandlung eines Dringlichkeitsantrages (S. 2631):

Ldtgs.Zl. 300-1/29:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des F-Klubs, SPÖ-Klubs, ÖVP-Klubs und der Grünen betreffend Resolution gegen die Errichtung eines zweiten Reaktorblockes im Atomkraftwerk Krško in Slowenien

Verlesung des Dringlichkeitsantrages durch den Schriftführer (S. 2631)

Zur Dringlichkeit: Dipl.-Ing. Gallo (S. 2632)

Redner: Mag. Dr. Kaiser (S. 2633), Lutschounig (S. 2635), Ing. Scheuch (S. 2635), Holub (S. 2636), Mag. Lesjak (S. 2638)

Einstimmige Zuerkennung der Dringlichkeit (S. 2638)

Einstimmige Annahme (S. 2638)

A) Anträge von Abgeordneten (S. 2675)

B) Schriftliche Anfragen (S. 2677)

C) Petitionen (S. 2677)

Donnerstag, 8.6.2006, 09.02 Uhr

Donnerstag, 8.6.2006, 14.43 Uhr ☐☐

Beginn der Sitzung: 09.02 Uhr

V o r s i t z: Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag**, Zweiter Präsident **Ferlitsch**, Dritter Präsident **Lobnig**

A n w e s e n d: 34 Abgeordnete

E n t s c h u l d i g t: Landeshauptmann **Dr. Haider**, Bundesrat **Mitterer**, Abgeordneter **Seiser**, Abgeordneter **Strauß**

M i t g l i e d e r d e s B u n d e s r a t e s: Bundesrat **Ing. Kampf**

A m R e g i e r u n g s t i s c h: Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Strutz**, Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut**, Landesrat **Dörfler**, Landesrat **Ing. Rohr**, Landesrat **Dr. Martinz**, Landesrat **Dr. Schantl**;

Landesamtsdirektor: **Dr. Sladko**

Schriftführer: Direktor **Mag. Weiß**

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Sehr geehrte Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Ich eröffne die 29. Sitzung des Kärntner Landtages. Ich begrüße Sie alle recht herzlich! Ich begrüße auch die Vertreter der Regierung, Herrn Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Strutz, sowie Herrn Landesrat Dr. Martinz. Ich begrüße auf der Bundesratsbank auch Herrn Bundesrat Ing. Kampf und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes der Kärntner Landesregierung sowie die Medienvertreter und eine ganze Reihe von interessierten Zuhörerinnen und Zuhörern. Ich begrüße insbesondere die Schülerinnen und Schüler der Hauptschule 5 Wölfnitz, vierte Klasse, unter Begleitung von Frau Sussitz! Seien Sie

herzlich begrüßt! (*Beifall im Hause.*) Ebenfalls begrüße ich eine große Anzahl von Schülerinnen und Schülern der Höheren Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Berufe, HLW Spittal, unter Begleitung von Frau Professor Ertl. Ich darf Sie ebenfalls herzlich begrüßen! (*Beifall im Hause.*)

Wir werden dann in der ersten Stunde die Fragestunde abwickeln. Entschuldigt sind für heute der Herr Landeshauptmann, der Herr Landtagsabgeordnete Jakob Strauß, der sich nach einem Unfall im Krankenhaus befindet. Ich möchte ihm von dieser Seite beste Genesungswünsche übermitteln, sodass er hoffentlich beim nächsten Mal wieder bei uns sein kann. Ich darf auch Herrn Bundesrat Mitterer entschuldigen, der auf einer Reformklausur des Bundesrates in Baden tätig ist.

Der Landtag ist beschlussfähig. Ich möchte noch der Tradition folgend die Geburtstagskinder erwähnen: Es hat unlängst Herr Landtagsabgeordneter Stephan Tauschitz Geburtstag gehabt. Ich gratuliere ihm zu diesem Geburtstag! (*Beifall im Hause.*) Ich wünsche ihm alles Gute! Und in den nächsten Tagen wird Herr Landtagsabgeordneter Bernhard Gritsch seinen Geburtstag feiern, ihm ebenfalls Gratulation, sowie Herrn Landtagsabgeordneten Holub, der ebenfalls seinen Geburtstag gefeiert hat, (*Beifall im Hause.*) und wie ich gehört habe, sich auch verheiratet hat! Ich hoffe, es ist kein Gerücht! Alles Gute! (*Dies wird auf heitere Weise vorgetragen. – Beifall im Hause.*) Alles Gute, Herr Abgeordneter! Ich habe mir schon gedacht, warum er in den letzten Tagen und Wochen so fröhlich ist. Offensichtlich war die Erwartung dieses Ereignisses für ihn sehr positiv.

Nun, wir kommen nun zur

Fragestunde

Ich kann die 1. Frage des Abgeordneten Tauschitz an Herrn Landeshauptmann Dr. Haider

nicht aufrufen. Sie wird in der nächsten Stunde aufgerufen.

Dipl.-Ing. Freunschlag

So darf ich Herrn Abgeordneten Gallo zur 2. Anfrage aufrufen:

2. Ldtgs.Zl. 231/M/29:**Anfrage des Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo an Landesrat Ing. Rohr**

(*Unruhe im Hause.*) Aha, Rohr ist auch nicht da! Ich höre gerade, dass der Herr Landesrat Rohr auch nicht hier ist. Ich kann diese Anfrage deshalb auch nicht aufrufen.

Die 3. Anfrage des Herrn Abgeordneten Holub an Landeshauptmann Haider kann ich auch nicht aufrufen, sodass nun die Anfrage

4. Ldtgs.Zl. 233/M/29:**Anfrage der Abgeordneten Mag. Trodt-Limpl an Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Strutz**

zur Behandlung kommt. Ich erteile der Anfragerin das Wort!

Abgeordnete **Mag. Trodt-Limpl** (F):

Hoher Landtag! Geschätzter Herr Präsident! Dieses Schuljahr neigt sich dem Ende zu und wir sind schon in der Planung für das nächste Schuljahr. Und wie wir alle wissen, bedeutet der Schulbeginn für Eltern einen immensen finanziellen Mehraufwand.

Daher meine Frage an den Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Strutz: Wie wird die neue Schulbedarfsförderung abgewickelt?

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Strutz** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren Abgeordnete! Als Bildungsreferent des Landes freut es mich ganz besonders, dass es uns in der Landesregierung mehrheitlich gelungen ist, die Schulbedarfsförderung, eine neue Form des Schulstartgeldes, wieder einzuführen. Ich glaube, dass es gerade zu Schulbeginn für die Eltern zu einer ganz besonderen finanziellen Belastung aufgrund der immer größer werdenden Anforderungen im Bereich der Schulmateri-

alien kommt, die im Rahmen des Unterrichtes einfach auch benötigt werden. Durch diese Förderung ist es allen Schülern möglich, gleich gut ausgestattet in den Unterricht zu kommen. Die Schüler erhalten durch die Förderung eine Chance, zeitgemäße Ausstattung für den Unterricht zu bekommen, ohne dass dadurch wirklich große finanzielle Belastungen für die Eltern entstehen. Und es ist auch so etwas wie eine Anerkennung von Seiten des Landes, nachdem es sich um eine freiwillige Leistung für den Bildungsbereich handelt. Ich möchte mich deshalb auch beim Kollegen Martinz, der hier dafür gesorgt hat, dass es eine Mehrheit für diese von mir gesetzte Initiative in der Regierung gegeben hat, recht herzlich bedanken. Unverständlich ist, dass die Sozialdemokratische Fraktion diesem Vorstoß das Schulstartgeld, bzw. in einer neuen und adaptierten Form die Schulbedarfsförderung, wieder einzuführen, ihre Zustimmung nicht gegeben hat.

Es ist, wie gesagt, eine freiwillige Leistung, es ist eine freiwillige Leistung auf die kein Rechtsanspruch gewährt wird. Anspruchsberechtigt, Frau Abgeordnete, sind alle Obsorgeberechtigten, alle Kärntner Schüler, die in Kärnten ihren Wohnsitz haben und der allgemeinen Schulpflicht unterliegen, auch wenn diese in einem anderen Bundesland die Schule besuchen. Die Höhe der Schulbedarfsförderung beträgt pro schulpflichtigem Kind € 73,--. Was entscheidend ist, ist, dass wir Wert darauf gelegt haben, dass die Wertschöpfung sozusagen nach Möglichkeit in den Regionen bei der klein- und bei der mittelständischen Wirtschaft bleibt. Wir haben in Abstimmung mit der Wirtschaftskammer einen Folder und eine Auflistung von Partnerbetrieben aufgelegt, wobei wir nicht auf die großen Schreibartikelkonzerne – ich möchte jetzt hier keine Namen nennen – Wert legen, sondern darauf Wert gelegt haben, dass wir hier wirklich Partnerbetriebe in den Regionen die Schulbedarf anbieten, festlegen. Bei diesen Partnerbetrieben können die Gutscheine dann eingelöst werden. Bis spätestens Mitte Juli wird ein an die Schüler adressierter, geprüfter und nummerierter Antrag ausgegeben. Zusätzlich wird dieser Antrag auch im Internet veröffentlicht. Und sollte ein Elternteil oder ein Obsorgeberechtigter mit einem schulpflichtigen Kind diesen Antrag nicht erhalten, kann er sich sowohl im Internet unter „www.ktn.gv.at“ als auch unter

Dr. Strutz

„www.schulbedarfsförderung.at“, wo wir eine eigene Internetseite eingerichtet haben, mit sämtlichen Informationen und Partnerbetrieben, oder direkt an die Schulabteilung – in meinem Zuständigkeitsbereich die Abteilung 6 des Amtes der Kärntner Landesregierung – wenden. Wir haben eine Telefonhotline eingerichtet unter der Nummer: 050 536 53006, oder eine Email-Adresse unter der Servicestelle „@ktn.gv.at“.

Wir glauben, dass wir hier eine gute Initiative gemacht haben von der alle profitieren. Und ich bedanke mich noch einmal bei allen die beim Zustandekommen mitgewirkt haben. (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der Sozialdemokratischen Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Herr Abgeordneter Vouk bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Vouk** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Zuhörerinnen und liebe Zuhörer! Gratulation an den Frischvermählten Holub! Ich wünsche dir ein ruhiges Wasser im Hafen der Ehe!

Zusatzfrage: Bitte, Schulbedarfsförderung für jene Menschen die es brauchen, ist, denke ich einmal, in Ordnung.

Frage: Gibt es hier eine soziale Staffelung oder ist die Einkommensunabhängigkeit gewährleistet?

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Strutz** (F):

Herr Abgeordneter! Es gibt keine soziale Staffelung. Uns ist jedes Kind gleich viel wert! (*Abg. Zellot: Bravo! – Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der ÖVP eine Zusatzfrage gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann hat die

Anfragestellerin noch die Möglichkeit einer Zusatzfrage. Ich bitte, sie zu nutzen oder auch nicht! (*Abg. Mag. Trodt-Limpl: Die Frage ist somit beantwortet.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Damit, meine Damen und Herren, ist die Anfrage 4 erledigt. Wir kommen zur Frage

5. Ldtgs.Zl. 234/M/29:**Anfrage der Abgeordneten Mag. Knicek an Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Strutz**

Bevor ich ihr das Wort erteile, möchte ich mitteilen, dass sich auch Herr Abgeordneter Seiser aus Krankheitsgründen entschuldigen ließ. Ich begrüße auch die nun fast vollständige Regierungsbank: Frau Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Schaunig-Kandut, Herrn Landesrat Dörfler, Herrn Landesrat Ing. Rohr und Herrn Landesrat Dr. Schantl! Bitte, Frau Abgeordnete, zu sprechen!

Abgeordnete **Mag. Knicek** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Zuhörer und Zuhörerinnen!

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Martin Strutz, ich frage Sie: Wie entwickelt sich der Bereich der Jugendbeschäftigung in Kärnten?

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Strutz** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Abgeordnete! Die Entwicklung der Lehrlingssituation in Kärnten ist in den letzten Jahren aufgrund einer Reihe von Maßnahmen, die der Herr Landeshauptmann, die auch wir im Bereich der Zuständigkeit des Arbeitsmarktes gesetzt haben, eine außerordentlich erfreuliche! Der Lehrstellenmarkt, aber auch die Gesamtzahl der Lehrlinge, die wir im Bereich der öffentlichen Verwaltung unterbringen konnten, ist im österreichweiten Bereich

Dr. Strutz

einfach an der Spitze anzusiedeln. Und darauf können wir stolz sein! Weil wir einerseits gemeinsam erkannt haben, wie wichtig es ist, gut ausgebildete Fachkräfte zu haben. Der Markt an gut ausgebildeten jungen Menschen und das duale Unterrichtssystem – neben dem Erlernen auch der Fertigkeiten, hier beispielsweise einen Abschluss im Bildungsbereich „Lehre mit Matura“ sei hier angesprochen, zu tätigen – wird äußerst positiv angenommen. Und mit diesem Modell haben wir ja kärntenweit Vorbildcharakter für Österreich.

Ich möchte vielleicht zunächst einmal kurz auf die Entwicklung der Lehrlingssituation in den Jahren 2004/2005, wo uns die Zahlen jetzt von Seiten der Statistik Austria dokumentiert vorliegen, eingehen. Wir haben gegenüber 2004 die Gesamtzahl der Kärntner Lehrlinge um 344 oder um insgesamt vier Prozent steigern können. Und wie gesagt, Kärnten verzeichnet prozentual den größten Zuwachs an Lehrlingen bundesweit. 2005 waren es dann bereits 9004 Lehrlinge, die beschäftigt wurden. Die Anzahl der Lehrlinge im ersten Lehrjahr stieg sogar um 8,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Das heißt, die Attraktivität, sich wieder in diese Bildungsebene zu begeben, wird sehr gut angenommen.

Ich möchte sagen, dass wir ... , oder möchte vielleicht auch noch darauf verweisen, dass im Bereich der Lehrberufe bei den Mädchen vor allem der Beruf der Einzelhandelskauffrau deutlich vor den klassischen Lehrbereichen wie Friseurinnen oder Restaurantfachfrau rangiert. Und, dass wir gerade in den technischen Bereichen einen deutlichen Zuwachs an jungen Damen haben, die sich in diesen Ausbildungsbereich begeben.

Immerhin eine Steigerung um fast 15 Prozent, in diesem Bereich. Ich glaube, das ist auch richtig so, weil wir auch für Frauen zukunftssträchtige Arbeitsplätze aufstellen. Bei den Buben ist es so, dass nach wie vor der Kfz-Techniker der häufigste Lehrberuf ist, dass wir aber von Seiten des Landes sehr bemüht sind, nach den Anforderungen auszubilden und zu versuchen, hier ein bisschen umzulenken. Wir werden in wenigen Wochen wieder eine Berufsinformationsveranstaltung, den so genannten Job-Day für die jungen Menschen, die jetzt den Pflichtschulabschluss erhalten haben, auch machen.

Wir brauchen Metallbearbeitungstechniker, wir

brauchen Maschinenbautechniker, Elektroinstallationstechniker. Vor allem im Bereich der Mechatronic, wo wir mit den Berufsschulen sehr erfolgreich zusammenarbeiten, entstehen neue Berufschancen; auch auf Grund der Ansiedlung des Magnawerkes in Klagenfurt. Hier ist es wichtig, auch rechtzeitig darüber zu informieren, in welche Ausbildungsschiene sich der junge Mensch entwickeln soll. Und das tun wir sehr breit, nicht nur im Rahmen meiner Zuständigkeit sondern auch durch eine Reihe von Informationsveranstaltungen jetzt anlässlich des Schulchlusses.

Die Möglichkeit, für junge Menschen in Kärnten neben der Berufsschule oder der fachlichen Ausbildung auch die Matura zu erwerben, dieses Modell „Lehre mit Matura“ wird außerordentlich gut angenommen. Ich bin bemüht, es in allen Bezirken anzubieten. Wir haben jetzt einmal St. Veit und Spittal. Der nächste Bereich wird im Lavanttal, in Wolfsberg, stattfinden. Es sind bereits je über 50 junge Menschen, die hier neben der Facharbeiterausbildung auch die Reifeprüfung ablegen. *(Vorsitzender: Sie haben noch eine halbe Minute Redezeit!)*

Ich möchte einen weiteren Schwerpunkt noch kurz ansprechen, das sind die Lehrwerkstätten, dass neben den bereits bestehenden 29 Lehrwerkstätten seit September des Vorjahres neue Standorte auch in St. Andrä im Lavanttal, in Kooperation zwischen Elmont-Akademie des BFI Kärnten getätigt werden und dass wir hier auch gemeinsam mit der Arbeiterkammer an einem neuen Konzept der Lehrwerkstättenausbildung und einer Effizienzsteigerung *(Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen!)* der Mittel, die wir in diesen Bereichen investieren, arbeiten. *(Beifall von der F-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Seitens der ÖVP? – Auch nicht. Dann hat die Anfragestellerin noch eine Zusatzfrage. Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordnete **Mag. Knicek** (F):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, welche Jugendbeschäftigungsmaßnahmen hat das Land Kärnten im Rahmen des „Territorialen Beschäftigungspaktes“ gemeinsam mit dem AMS initiiert, und wie viel budgetäre Mittel werden dafür verwendet?

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Strutz** (F):

Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Es ist erfreulich: Wir haben im heurigen Jahr auf Grund von Verhandlungen mit der Bundesregierung in Summe elf Millionen Euro mehr für Beschäftigungsmaßnahmen zur Verfügung. Ich habe in Verhandlungen mit dem Arbeitsmarktservice sicherstellen können, dass wir diese zusätzlichen budgetären Mittel einerseits für gemeinnützige Beschäftigungsprojekte schwerpunktmäßig verwenden. Das ist jene Personengruppe, die insofern benachteiligt ist, als sie doch schon über einen längeren Zeitraum arbeitslos gemeldet ist. Hier gibt es große soziale Probleme. Hier gibt es vor allem Frauen, die stark betroffen sind, wo wir versuchen, über diese gemeinnützigen Beschäftigungsprojekte gegenzusteuern.

Wir haben gerade vor zwei Tagen mit Kollegen Gerhard Dörfler im Rahmen der Straßenverwaltung wieder so ein Beschäftigungsprojekt initiieren und ankurbeln können, wo wir auf Grund der Maßnahmen, die wegen des strengen Winters im öffentlichen Straßenbereich anfallen, Reinigungs- und Ausbesserungsmöglichkeiten wieder zusätzlich als Beschäftigung schaffen können. Der Kollege Rohr hat im Bereich der Gemeinden, glaube ich, sich vorgenommen, 100 Langzeitarbeitslose auch unterzubringen. Auch dieses Projekt läuft sehr gut an. Wir haben auch im Sozialbereich eine Reihe von Maßnahmen gesetzt.

Wir haben, um auf Ihre Frage näher einzugehen, Eingliederungsbeihilfen im Ausmaß von insgesamt 140 Arbeitsplätzen, mit einem Gesamtaufwand von 1,5 Millionen Euro. Hier haben wir die Jugendstiftung individualisiert, die Weiterbildung für Jugendliche, wo wir 56 Personen unterbringen können, allein in Klagenfurt, 54 in Villach, 20 in Wolfsberg. Zielgruppe sind junge Menschen unter 25 Jahren, welche ihre schulische bzw. ihre Lehrausbildung aus verschiedens-

ten Gründen abgebrochen haben. Das ist der Personenkreis, der besonders schwierig wieder am Arbeitsmarkt zu integrieren ist.

Wir haben den Bereich „Frauen in Handwerk und Technik – fit“ für 64 Frauen, wo wir in Klagenfurt 32 unterbringen konnten, gleich viele in Villach. Von denen vielen möglichen Integrationswegen in den Arbeitsmarkt ist es hier auch wichtig, Frauen auch in den traditionellen Berufen auszubilden und auch jungen Frauen und Mädchen technische handwerkliche Berufsfelder anzubieten. Gleichzeitig soll dadurch die Gleichstellung auch zwischen den Geschlechtern gefördert und dem Arbeitsmarktkräftemangel in spezifischen Berufssparten entgegen gewirkt werden.

Wir haben eine Berufsorientierung für Mädchen im Mädchenzentrum, mit Gesamtkosten von rund 150.000 Euro, 54 Plätze. Wir haben das Projekt „Space“ mit 103.000 Euro gefördert, im Rahmen des Mädchenzentrums für Integration in dem technischen handwerklichen Bereich. Wir haben ein Jugendprojekt „Neue Wege des Berufseinstiegs für Jugendliche“, wo 80 Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen. Die Zielgruppe für diese Maßnahmen sind erwerbslose Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren, welche auf Lehrstellensuche sind, eine Anlehre anstreben oder eine weiterführende Schule besuchen möchten. Wir haben die Initiative auch der Jugend eine Chance geben „JUCH“, mit insgesamt 75 Plätzen, mit Standorten Klagenfurt und Villach. Im Rahmen dieser Maßnahme sollen vor allem Jugendliche nach einer Berufsorientierungsphase auf einen konkreten Arbeitsplatz hin vermittelt werden. Wir haben die bekannte Initiative Jugend am Werk, wo Berufsvorbereitung für Mädchen und Burschen stattfindet. Insgesamt bilden wir dort 160 Personen aus, mit einem Kostenaufwand von 1,2 Millionen Euro.

Frau Abgeordnete! Hoher Landtag! Sie sehen, das ist eine Reihe von Maßnahmen, die wir im Bereich der Jugendbeschäftigung, im Bereich der Integration von Menschen am Arbeitsmarkt, *(Vorsitzender: Sie haben noch eine halbe Minute Redezeit!)* die eine Benachteiligung haben, gesetzt haben. Das alles sind positive Projekte, die dazu geführt haben, dass wir im Bereich der Jugendbeschäftigung, im Bereich der Lehrlinge österreichweit an der Spitze liegen! *(Beifall von der F-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Damit, meine Damen und Herren, ist die 5. Anfrage erledigt. – Wir kommen zur 6. Anfrage:

6. Ldtgs.Zl. 235/M/29:

Anfrage des Abgeordneten Trettenbrein an Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Strutz

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Trettenbrein** (F):

Herr Präsident! Hohes Haus! Kultur ist ein sehr breit gestreutes Gebiet. Es streiten sich alle: Jeder glaubt, die Kultur für sich gepachtet zu haben.

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, ich frage Sie daher: Welche Schwerpunkte setzen Sie im Kulturbereich im heurigen Jahr?

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Strutz** (F):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Anfrage kommt zum richtigen Zeitpunkt. Wir haben gestern in der Landesregierung (*Abg. Lutschounig: Zufällig?*) – ja, das ist wirklich zufällig, wir haben das nicht geplant – gemeinsam einen Schwerpunkt auch für eine neue Landesausstellung, die wir als Europaausstellung deklarieren wollen, gemeinsam positiv beurteilt und gesetzt, die schwerpunktmäßig im Lavanttal stattfinden soll. Wir haben gleichzeitig offiziell auch den „Kultursommer“ bereits am vergangenen Wochenende eröffnen können; traditionellerweise ebenfalls – das wird dich als Abgeordneter freuen – in St. Paul im Lavanttal, mit der Eröffnung des „St. Pauler Kultursommers“. Wenn man sich das vielfältige Angebot auch im kulturellen Bereich des heurigen Sommers ansieht, dann haben wir an insgesamt 46 Standorten in Kärnten ein sehr breit gefächertes Programm, wobei es uns gelungen ist, hier vor allem die Qualität durch eine Reihe von Maßnahmen zu steigern, als Grundvoraussetzung – das habe ich vor einem Jahr, als ich meinen Dienst in diesem Bereich angetreten habe, zugesichert – langfristige Ver-

träge für die Kulturschaffenden zu initiieren, umsetzen können. Das läuft jetzt sehr gut an. Die Qualität konnte bereits im heurigen Jahr, einfach auf Grund dieser Sicherheit, die die Kulturschaffenden, beginnend vom „Carinthischen Sommer“, über Friesach, über das „Festival der sakralen Musik“, das wir heuer erstmals nicht nur auf Gurk beschränken, sondern auch in Zusammenarbeit mit Klagenfurt mit dem Dommusikverein gestalten, wo wir einen neuen Schwerpunkt initiieren konnten, entstehen sehr viele kulturelle Angebote mit einem großartigen Programm.

Darüber hinaus ist es aber wichtig – und das ist mein Zugang –, in jedem Jahr auch einen Schwerpunkt zu setzen, um auf gewisse Sparten der Kultur hinzuweisen und hier auch die ohnedies sehr bescheidenen Mittel, die wir im Kulturbudget haben, auch schwerpunktmäßig einzusetzen. Im heurigen Jahr ist das der Bereich der Literatur. Ich habe gemeinsam mit dem Fachbeirat für Literatur des Kulturpremiiums, aber auch mit dem Musil-Institut einen Maßnahmenkatalog erarbeitet, weil ich glaube, dass wir im Bereich der Literatur einfach ein bisschen auch einen Aufholbedarf haben. Wir werden, und so sehe ich das, in diesem Jahr – das tun wir durch eine Reihe von Maßnahmen – vor allem im Bereich der Nachwuchsförderung des literarischen Nachwuchses investieren. Ich glaube, wir haben eine Verpflichtung, auf Grund der großen Namen von Christine Lavant, von Ingeborg Bachmann, von zum Beispiel auch Gert Jonke und viele andere, rechtzeitig dafür zu sorgen, dass der Nachwuchs gefördert wird und auch eine Chance bekommt. Wir werden das insbesondere durch die Vergabe von Stipendien geben. Wir werden einen neuen „Landeskulturpreis“ auch wieder in entsprechender Form durchführen. Es ist dies der „Christine-Lavant-Lyrik-Preis“. Auch das wird dich als Abgeordneter des Lavanttales besonders freuen, weil wir das natürlich regional, so wie meine Schwerpunkte ja im regionalen Bereich liegen, in Wolfsberg machen werden. Hier werden wir sowohl für das Land Kärnten einen Wettbewerb ausschreiben, der den jungen Künstlern zugute kommen sollte als auch international.

Darüber hinaus wird es vor allem die Vergabe von so genannten Projektstipendien geben; die Vergabe immer sehr im objektiven Bereich, das heißt im Bereich einer Fachjury, die vor allem

Dr. Strutz

von Seiten des Fachbeirates oder des Kulturgremiums gegeben wird. Ich werde zukünftig ein eigenes Literaturjahrbuch in Kärnten erscheinen lassen. Ziel ist es, das nächste Jahr sozusagen eine Berichterstattung in essayistischer Form über die Arbeit des Literaturarchivs (*Vorsitzender: Sie haben noch eine halbe Minute Redezeit!*) über die literarischen Schwerpunkte des jeweiligen Jahres zu geben. Das ist eine Plattform für junge Literaten, wo sie auch ihre Beiträge veröffentlichen können, vor allem - weil ich viele junge Menschen auf der Tribüne sehe - im Rahmen des „Ingeborg-Bachmann-Wettbewerb“ arbeiten wir mit dem Ingeborg-Bachmann-Gymnasium zusammen, wo wir hervorragende Beiträge haben, die wir jetzt für alle Schulen in Kärnten öffnen. Ich habe eine eigene Personalsubvention für diese Schwerpunkte, eines Lesefestes, (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen!*) eines Jahrbuches für Literatur zur Verfügung gestellt. Es gibt noch so viele Initiativen, die ich jetzt gerne aufzählen möchte, aber vielleicht kriege ich noch eine Zusatzfrage. (*Beifall der F-Fraktion und Heiterkeit im Hause*)

Vorsitzender Erster Präsident Dipl.-Ing. Freunschlag (F):

Wird seitens der Sozialdemokratischen Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Das ist nicht der Fall. – Seitens der ÖVP-Fraktion? – Herr Klubobmann Mag. Grilc, bitte diese Zusatzfrage zu stellen! (*Heiterkeit in der ÖVP-Fraktion. – Der Aufgerufene lacht.*)

Abgeordneter Mag. Grilc (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Hause! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Wunschgemäß stelle ich eine Zusatzfrage, aber nicht nur wunschgemäß sondern ich möchte einleitend feststellen: Sie haben durch eine großzügige Förderung die Ausstellung im heurigen Jahr in der Werner-Berg-Galerie ermöglicht, wofür ich mich als Stiftungsvorsitzender auch an dieser Stelle bedanke. Daraus leite ich natürlich eine Frage ab; und zwar war die Rede von einer künftigen Europaausstellung.

Konkret gefragt: Wird die Werner-Berg-Galerie im Zuge dieser Europaausstellung einer der Aus-

stellungsorte sein?

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Strutz (F):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Selbstverständlich! Wir sind bemüht – wie gesagt – das kulturelle Angebot im regionalen Bereich auszubauen und zu erweitern. Und die Werner-Berg-Galerie mit ihrem rührigen Initiator und Obmann – allzu früh verstorben, Stöckl – hat hier einfach Pionierarbeit geleistet. Ich bin zutiefst überzeugt, dass wir über den Bereich der Kultur einen enormen volkswirtschaftlichen Nutzen für die Regionen initiieren können. Ich verweise in meinen Vorträgen immer wieder auf zwei Initiativen. Die eine ist Gmünd, die andere ist Bleiburg, wo durch eine einzelne Initiative von Kulturinteressierten eine Galerie entstanden ist, die Werner-Berg-Galerie, wo wir allein – Sie wissen es – im vergangenen Jahr rund 10.000 Besucher anlässlich der Kiki Kogelnik-Ausstellung gehabt haben. Ich bin überzeugt, dass das heuer mit der tollen Ausstellung – und ich darf die Abgeordneten hier dazu nur einladen – Werner Berg mit Emil Nolde im Dialog noch getoppt werden kann.

Wir werden, und das habe ich zugesagt, – Sie haben gesehen, die Versprechen sind auch eingetroffen – sowohl die Infrastruktur weiter ausbauen als auch die inhaltliche Gestaltung vornehmen. Und hier bietet sich eine Zusammenarbeit geradezu an. Warum Europaausstellung? Ich bin bemüht, immer wieder zusätzliche finanzielle Mittel für die Kultur in Kärnten aufzutreiben. Wir haben eine Landesausstellung im Stift St. Paul geplant, die aufgrund der Tatsache, dass wir hier einfach die älteste Bibliothek Österreichs mit großartigen Kunstschätzen auch vorzuweisen haben, diese im Rahmen einer Landesausstellung, die sich aber nicht nur auf das Stift St. Paul konzentrieren soll, sondern – ähnlich, wie wir es bei der Wasserausstellung im Mölltal, und jetzt im Lieser- und Maltatal – gehabt haben, einer gesamten Region, einem gesamten Bezirk zunutze kommen soll. Und sind wir übereingekommen, das im Dialog zu machen.

Den Schwerpunkt der Literatur „Macht des Wortes“ in St. Paul, mit dem Stift, mit dem Ausbau der Bibliothek, wo es großartige Pläne gibt, bis hin, dass die Firma Swarovski als Sponsor ge-

Dr. Strutz

funden werden konnte für einen sogenannten „Lesedom“, den wir dort einrichten werden. Das heißt, in den alten Kellergewölben des Stiftes St. Paul werden wir über einen zuständigen Sponsor der Firma Swarovski dort ein einmaliges Leseerlebnis gestalten, den Literaturschwerpunkt besetzen. Hier im Dialog „Macht des Wortes“, „Macht des Bildes“, soll – wie gesagt – diese Europaausstellung in Bleiburg, natürlich schwerpunktmäßig mit der Werner-Berg-Galerie, soll aber nicht nur auf diese Werner-Berg-Galerie beschränkt sein, sondern wir wollen auch andere Kulturpunkte im Südkärntner Raum, um Bleiburg, dort miteinbinden.

Ich möchte mich, Herr Abgeordneter, bei dir persönlich, vor allem aber bei den Vertretern – auch beim Bürgermeister von Bleiburg und den Kulturschaffenden – recht herzlich bedanken, weil ich glaube, dass wir nur gemeinsam und vor allem auch immer im Auge habend, den Kulturbereich aus dem politischen Streit und der Mitbewerfung herauszuhalten, etwas leisten können. Wenn ich mir ansehe, dann komme ich zu Beginn meiner Rede, was allein im heurigen Kultursommer an großartigen, qualitativ hochstehenden Angeboten in Kärnten präsentiert wird, der heimischen Bevölkerung vor allem aber unseren Touristen, dann bin ich überzeugt, dass wir in Zukunft in zwei Bereiche ganz stark investieren müssen. Der eine ist der Bildungsbereich und der andere ist der Kulturbereich. Und ich ersuche den Hohen Landtag, bei den künftigen Budgetberatungen auch auf das Rücksicht zu nehmen. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens des Anfragestellers noch eine Zusatzfrage gewünscht? – Wenn ja, dann bitte ich, sie zu stellen!

Abgeordneter **Trettenbrein** (F):

Ja, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Das waren ja sozusagen Lavanttaler Kulturfestspiele. Also jedes zweite Wort war das Lavanttal, das freut mich natürlich ganz besonders. Du hast gesagt, du hast noch einige Initiativen in petto. Deswegen frage ich dich: Welche Initiativen

hast du bis jetzt noch nicht genannt? *(Abg. Lutschounig: Das klingt so schön, das ist ein Wahnsinn! – Abg. Ing. Hueter: Das ist so schön! – Heiterkeit in der ÖVP-Fraktion.)*

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Strutz** (F):

Herr Abgeordneter! Warum das Lavanttal soviel bekommt; – weil du und der Kollege Ragger sich in diesem Bereich auch so stark einsetzen und mich immer darauf hinweisen ... *(Zwischenruf aus der SPÖ-Fraktion.)* Das muss ich sagen: Der Kollege Markut, das stimmt, das muss ich wirklich sagen. Wir haben auch mit dem Kollegen Markut im kulturellen Bereich immer eine gute Achse gehabt. Aber, wie gesagt, in Wirklichkeit bin ich bemüht, den kulturellen Bereich hier auch tatsächlich aus dem politischen Einflussbereich herauszuhalten. Und ich glaube, alle Bürgermeister mit denen ich im regionalen Bereich zusammengearbeitet habe, werden es auch bestätigen können.

Ich wollte im Prinzip auch auf die Europaausstellung eingehen, die wir gestern in der Landesregierung präsentiert haben, weil ich glaube, sie wird – und das sage ich hier auch ganz offen und rechtzeitig – beachtliche finanzielle Mittel in Anspruch nehmen, weil ich glaube, dass wir einfach eine Verpflichtung haben, einerseits unsere kulturellen, auch von der Bausubstanz her, wichtigen Einrichtungen (Schlösser, Burgen, Stifte) rechtzeitig zu sichern. Und hier besteht einfach die Möglichkeit, über eine Cofinanzierung und über das Ansprechen von finanziellen Möglichkeiten aus der Europäischen Union, dies sehr effizient zu tun.

Im Stift St. Paul im Lavanttal haben wir einen enormen Kunstschatz, der der Öffentlichkeit noch nicht wirklich bekannt ist, der dort im Rahmen der ältesten Bibliothek Österreichs gelagert ist. Wir haben einerseits Marketingmaßnahmen zu tätigen, um das breiter bekannt zu machen, wir haben aber vor allem dort auch in die Bausubstanz zu investieren. Wir wollen das Stift insofern ausbauen, dass wir ähnlich, wie wir das in Gmünd getan haben jetzt im Rahmen der Wasserausstellung, hier einfach Räume adaptieren. Ich habe schon gesprochen vom „Kristalldom“, der hier angedacht ist, der sozusagen auch im Bereich einer Sponsorvereinba-

Dr. Strutz

rung durchgeführt werden soll. Wir haben großartige Gärten im Stift St. Paul, wo auch die Blumenkunst, die Gartenkunst, die einmal auch in Kärnten Tradition gehabt hat, gestärkt und gefördert werden soll und wir die Räume einfach der Öffentlichkeit stärker zugänglich machen wollen, um dort auch einen Schwerpunkt im Bereich Literatur zu setzen.

Ich glaube, dass wir hier das regionale Angebot im Lavanttal ausbauen und bereichern können und wir – wie gesagt – auch einen Schwerpunkt setzen. Ich möchte vielleicht noch sagen, dass wir insbesondere mit den Leuchtturmprojekten, die wir aufgrund der Initiative des Herrn Landeshauptmannes, jetzt auch mit zusätzlicher Unterstützung des Zukunftsfonds realisieren können, wie mit dem Musikzentrum in Knappenberg einen regionalen Schwerpunkt setzen wollen, wo wir volkswirtschaftlichen Nutzen haben. Das Leuchtturmprojekt der Musikakademie in Ossiach oder die zahlreichen Initiativen, die wir auch im Bereich der Neugestaltung, Fertigstellung des Steinhauses von Günther Domenig oder durch die Neugestaltung auch der Freien Bühnen in Kärnten gesetzt haben. Und wir werden heute – weil ich den Bürgermeister Mock sehe – im Anschluss daran, die Trigonale eröffnen, präsentieren; ein großartiges Programm, das sich jetzt nicht nur auf den Bezirk St. Veit sondern mittlerweile auch auf Klagenfurt ausgedehnt hat, der Öffentlichkeit vorstellen können.

Und so glaube ich, dass aufgrund der zahlreichen kleinen Initiativen die in den Regionen entstehen, in Summe im kulturellen Bereich Großes geleistet werden kann. Es ist einfach die Verpflichtung der öffentlichen Hand, hier die Rahmenbedingungen zu verbessern, zu unterstützen und zu fördern. Und, wenn Sie sich die Bilanz und den Ausblick für den Kultursommer 2006 ansehen, dann glaube ich, ist das in großartiger Weise gelungen. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Damit, meine Damen und Herren, ist die Anfrage 6 erledigt.

Wir kommen zur Anfrage 7:

7. Ldtgs.Zl. 236/M/29: Anfrage des Abgeordneten Schwager an Landesrat Dörfler

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

So, sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Werte Zuhörer auf der Tribüne! Sehr geehrter Herr Landesrat Dörfler! Im März waren wir in Dellach bei einer Bürgerinformation bezüglich den Bau der B 100. Dort ist zutage getreten, dass die breite Mehrheit der Dellacher wünscht, dass die ursprünglich vom Land Kärnten vorgesehene bahnparallele Trassenführung beim Bau der B 100 vorgenommen werden soll. Es gibt Probleme bei der Umweltverträglichkeitsprüfung. Aber auch ich habe mich erkundigt und mache keinen Hehl daraus, dass mir die bahnparallele Trassenführung mehr zusagt als die Verschwenkung. Und ich glaube, dass auch mit dem Naturschutz eine Möglichkeit besteht, dass man das so machen könnte. Nicht auszuschließen ist, dass das wahrscheinlich dann etwas teurer kommt. Das mal dazu.

Und dann meine Frage an dich, sehr geehrter Herr Landesrat: Kann die Landesregierung eben dem Wunsch der Dellacher Rechnung tragen und für die bahnparallele Trassenführung entscheiden?

Landesrat **Dörfler** (F):

Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte junge Besucher! Herr Abgeordneter Holub, ich darf dir recht herzlich zur Hochzeit gratulieren! Ich freue mich als Familienreferent ganz besonders und würde mich freuen, wenn ich dir bald einen Babyscheck zustellen könnte, dass deine Beziehung auch gleich die Geburtenrate in Kärnten heben würde. Dazu wünsche ich dir viel Energie und viel Freude und alles Gute! *(Zwischenruf aus der ÖVP-Fraktion. – Heiterkeit in der ÖVP-Fraktion.)*

Aber nun zur konkreten Anfrage. Herr Abgeordneter Schwager, es ist bekannt, dass das Land

Dörfler

Kärnten, die Gemeinde Dellach und auch die Grundeigentümer zu 100 Prozent die bahnparallele Trasse wollen. Es ist aber dann im Rahmen der Vorbereitungen für die Umweltverträglichkeitserklärung schnell festgestanden, dass aus Gründen des Naturschutzes ein Durchfahren des sogenannten – ich sage bewusst – sogenannten Auwaldes – nicht möglich ist. Daraufhin habe ich bereits im Dezember 2004 den Gemeinderat ersucht, mir mitzuteilen, ob wir ein zweigeteiltes Verfahren machen. Das heißt, die Umweltverträglichkeitsprüfung für den Abschnitt Greifenburg/Berg und danach, wenn diese abgeschlossen ist, für Dellach, um dort – ich habe es formuliert mit der Kopf-durch-die-Wand-Variante – zu agieren und zu probieren, ob wir durch diesen Auwald durchkommen.

Man muss wissen, dass dieses Auwäldchen nach dem 66-iger Drauhochwasser entstanden ist und, dass es im Grunde eine Fläche ist, die von den Grundstücksbesitzern jedenfalls nicht als Naturschutzgebiet gesehen wird, auch nicht von der Gemeinde und auch nicht vom Straßenbaureferenten. Ich frage mich überhaupt, ob Umweltverträglichkeitsprüfungen den Menschen in den Vordergrund stellen oder irgendwelche Expertengutachten, die nicht immer nur das, was sich Menschen wünschen, im Auge behalten. Wir haben jedenfalls bei dieser Veranstaltung feststellen müssen, und das war ein Wunsch der Bevölkerung, dem ich gerne nachgekommen bin, dass es einen Versuch geben soll – natürlich mit der Risikovariante, dass wir davon ausgehen müssen, dass es nicht einfach sein wird, eine Bahnparallele zu bauen. Wir werden uns jedenfalls bemühen, nach Abschluss des Verfahrensabschnittes für UVP Greifenburg/Berg, mit der bahnparallelen Trasse in ein Verfahren zu gehen. Ich hoffe, dass es vielleicht doch einen Kompromiss gibt und, dass die Gemeindepolitik in der Zwischenzeit sich auch für entsprechende Ersatzflächen kundig macht. Ich werde auch in den nächsten Wochen – der Termin steht schon fest – mit den Gemeindeverantwortlichen, mit den Grundstücksbesitzern noch einmal eine Begehung des Bereiches machen; vielleicht gibt es dann doch noch neue Lösungsmöglichkeiten. Die bahnparallele Trasse ist keine Kostenfrage, sie ist von den Kosten die günstigste Variante. Das muss man auch festhalten. Das heißt, ich erwarte mir, dass wir versuchen, eine Lösung zu finden, die alle zu hundert Prozent befriedigt:

Die Bürger, die Grundstücksbesitzer, die Gemeinde und vor allem auch das Land Kärnten, in diesem Fall das Straßenbaureferat. (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der Freiheitlichen Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Es haben sich zwei gemeldet, ich bitte, sich zu einigen. Herr Abgeordneter Stark, ich bitte, die Zusatzfrage zu stellen!

Abgeordneter **Stark** (F):

Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Damen und Herren! Liebe Zuseher! Herr Landesrat! Die B 100 wird im Bereich Steinfeld schon groß gebaut. Können Sie uns einmal berichten, wann die in Bau befindliche B 100 im Bereiche Steinfeld eröffnet wird?

Landesrat **Dörfler** (F):

Herr Abgeordneter! Es baut die Strabag mit ausschließlich Oberkärntner Subunternehmen; – was ja sehr wichtig ist. Das heißt, die gesamte Wertschöpfung dieses Bauprojektes bleibt in Oberkärnten. Das ist: Die Lieferungen Schüttmaterial und Schotter bzw. Asphalt und auch die Arbeitsleistung und die Maschinenleistungen. Immerhin werden dort 18 Millionen Euro verbaut werden, ausschließlich von heimischen Arbeitskräften und Unternehmen geleistet.

Festzuhalten ist, dass wir eben letzte Woche die 300.000-Kubikmeter-Schüttfeier zu der die Firma eingeladen hat, gefeiert haben, und dass wir feststellen können, dass wir den Bauplan mit Sicherheit einhalten können, dass wir heuer – Mitte November – diesen so wichtigen Abschnitt im Drautal eröffnen können. Es sind fast neun Kilometer, fast neun Kilometer mehr Lebensqualität. Ich behaupte, dass Steinfeld erstmals seit Jahrzehnten überhaupt erst wieder werden können und die Bevölkerung freut sich sehr, dass es endlich soweit gekommen ist.

Und da möchte ich mich auch beim ehemaligen Bürgermeister Franz Schwager bedanken, der

Dörfler

seinerzeit eine klare Position in seiner Gemeinde eingenommen hat, was in anderen Gemeinden nicht immer so der Fall ist. Ich erinnere an den Ausgangspunkt der Anfrage was die Gemeinde Dellach anlangt. Ja, eigentlich hat die Gemeinde Dellach eine Entscheidung gegen die Bevölkerung getroffen, die ich dann wieder saniert habe, weil es durch eine Unterschriftenaktion klar war, dass 800 wahlberechtigte Dellacher – das was eigentlich der Gemeinderat mit Mehrheit, mit sehr knapper zwar, entschieden hat – mit der so genannten Amtstrasse in das UVP-Verfahren gehen.

Für Steinfeld wird es aber wichtig sein, die Dorfinfrastruktur zu verbessern, weil ich meine, dass dort „Wohnen im Dorf“ sehr lukrativ sein wird, weil der B 100-Verkehr dort nicht mehr stattfinden und die Menschen belästigen wird. Und eines muss ich festhalten: Ich bin auch ein Motor der Verkehrssicherheit. Wir bauen in Steinfeld, im Rahmen der Umfahrung Steinfeld, auch den ersten LKW-Verkehrskontrollplatz auf einer Bundesstraße in Österreich. Das ist, glaube ich, auch ein Zeichen, das wir der Drautaler Bevölkerung geben, die immer auch eine Sorge hat, dass sich diese B 100 neu ausgebaut von der Transitachse womöglich noch unkontrolliert entwickelt. Dass jedenfalls durch diesen LKW-Kontrollplatz gewährleistet ist, dass die Verkehre, die dort stattfinden, auch entsprechend kontrolliert werden. Und, dass die Polizeiinspektion Steinfeld damit eine Zusatzaufgabe hat, was mir sehr wichtig ist; dass damit diese Polizeiinspektion eine sichere Standortzukunft hat. Es ist ja der Bürgermeister beruflich dort tätig. Und es freut sich die Bevölkerung im Drautal, dass dieses Mehr an Sicherheit im Rahmen dieses Projektes angeboten werden wird. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der Sozialdemokratischen Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Das ist nicht der Fall. – Seitens der ÖVP hat sich der Abgeordnete Ing. Hueter gemeldet. Ich bitte, zu sprechen!

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Damen und Herren! Lieber Herr Landesrat! Heute erstmals gesehen mit Brille! Gratuliere! *(Dies wird auf heitere Weise vorgetragen.)* Zur Frage von Herrn Holub will ich nur sagen, der Tauschitz Stephan hat bereits ein Kind, aber der Kinderscheck ist noch nicht eingetroffen. Also, da könnte man schon aktiv werden!

Ich möchte jetzt meine Zusatzfrage zur B 100 – ich will jetzt ganz bewusst, weil ich bei der Sitzung, bei dieser Informationsveranstaltung in Dellach dabei war – möchte ich jetzt ganz bewusst über die Bahntrasse sprechen. Ich möchte über das sprechen, dass man da oben, glaube ich, ein paar Jahre wirklich untätig war, sonst hätte man da schon einiges getan! Aber, ich möchte eines ansprechen, ob das jetzt ein Gerücht ist oder ob das wirklich stimmt. Sie haben diese Sitzung damals um 20 Minuten oder um 25 Minuten nach 09.00 Uhr abgebrochen. *(Vorsitzender: Herr Landtagsabgeordneter! Jetzt keine Gerüchte verbreiten, sondern Anfragen zu stellen!)* Ja, die Frage kommt jetzt! Das will ich nur wissen! Ist das ein Gerücht oder ist es wirklich Tatsache, dass Sie die Sitzung um 09.25 Uhr mit dem Argument abgebrochen haben, Sie müssten dringend nach Wien? Und haben Sie dann anschließend bis 01.00 Uhr nachts Karten gespielt? Das ist in Dellach ein Gerücht und das will ich jetzt wissen! *(Heiterkeit und Lärm im Hause.)*

(Der Vorsitzende erteilt LR Dörfler das Wort.)

Landesrat **Dörfler** (F):

Herr Abgeordneter Hueter! Erstens habe ich auf Wunsch der Frau Dipl.-Ing. Kahn – die übrigens als Projektleiterin beim Katschbergtunnel in der Männerwelt des Bauens eine hervorragende Figur abgibt – die hat mich darauf aufmerksam gemacht. Es hat mich überrascht, dass nicht die Gemeinde, der Herr Bürgermeister, mich damit konfrontiert hat, dass es eine Liste von 800 Unterschriften gibt, sondern die Frau Dipl.-Ing. Kahn. Und ich bin diesem Ersuchen gerne nachgekommen, diese Veranstaltung zu machen. Diese Veranstaltung hat ein klares Ergebnis gebracht. Und ich musste am nächsten Tag nach Wien. Es war aber so, und wenn du so von Gerüchten sprichst – du warst ja dabei – das sind ja

Dörfler

keine Gerüchte! In Wahrheit wollten deine Kämmerer von der Landwirtschaftskammer dort noch etwas ausdiskutieren, wo alles gegessen war. Und das war nicht mehr wichtig. (3. Präs. Lobnig: *So ist das!* – Abg. Lutschounig: *Abgewürgt hast du das!* – Abg. Trettenbrein: *So ist das!*) Weil mir sind die Bürger in Dellach wichtig. Mir sind die Grundstücksbesitzer wichtig. Und ich nehme mir ... Moment! (Vorsitzender: *Herr Landesrat! Bitte, wenn Sie das Mikrofon mehr benützen würden, tät man Sie auch ein bisschen hören!*) Und ich nehme mir gerne auch Zeit. Ich habe meine Wienfahrt in die Nacht verschoben. Ich musste am nächsten Tag tatsächlich in Wien sein.

Und ich glaube, wenn man mit der Bevölkerung diskutiert – weil mir die Emotionen danach wichtig sind – und, dass es dann noch ein paar Bummerln gegeben hat. Ja, wenn Volksnähe, Herr Abgeordneter Hueter, für dich ein Problem ist, für mich ist das kein Problem! Ich sitze gerne mit Kärntnern einmal beim Tisch und schnapse ein paar Bummerln um ein paar Getränke, weil ich der Meinung bin, dass zur Politik eine gute Geselligkeit dazugehört, (Beifall von der F-Fraktion.) dass nicht nur „in der ersten Reihe bei Events sitzen“ Bürgernähe ist! Wenn wir einen Spatenstich beim Präsidenten Ferlitsch machen und wir zum Beispiel mit der Bevölkerung in Kontakt sind, dann halte ich das für eine sehr wichtige, bürgernahe Politik. Und dazu gehört für mich einmal ein gescheites Bummerl in Dellach! (Beifall von der F-Fraktion.)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens des Anfragestellers noch eine Zusatzfrage gewünscht? – Dann bitte ich, sie zu stellen!

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Herr Landesrat! Ich habe noch eine konkrete Frage und nicht ein Gerücht, und zwar: (Abg. Lutschounig: *Was ist beim Schnapsen herausgekommen?*) Die UVP, von dir andiskutiert in der Anfragebeantwortung, die UVP Greifenburg-Berg. Wie weit ist dort die Vorbereitung? Und wann kann man rechnen, dass da vielleicht mit

dieser UVP auch ein Abschluss ist, dass man dann unter Umständen mit dem Bau beginnen kann?

(Der Vorsitzende erteilt LR Dörfler das Wort.)

Landesrat **Dörfler** (F):

Herr Abgeordneter! Es wird in den nächsten Wochen dem Umweltreferenten Reinhart Rohr die Umweltverträglichkeitserklärung übergeben. Und ich gehe davon aus, dass er, wie überall, sehr professionell ist und in kürzestmöglicher Zeit die UVP erledigt – seine Abteilung ist ja in das ganze Verfahren eingebunden. Das Problem dort ist, dass im Rahmen der Verfahrensvorbereitung ... – man muss wissen, das ist ja die erste UVP für ein Straßenbauprojekt auf Bundes- oder Landesstraßen in Kärnten. Und die Abteilung hat mit den Partnern Naturschutz, Raumordnung, Umweltschutz und allen betroffenen Fachbereichen sehr synchron gearbeitet. Und die haben das Projekt eben so gut vorbereitet, dass wir davon ausgehen, dass der Kollege Rohr wie immer für einen raschen und effizienten Ablauf des Verfahrens sorgen wird, sodass wir, so hoffe ich, im nächsten Jahr zu dieser Zeit bereits in die Detailplanung bzw. Ausschreibung gehen können, dass dann jedenfalls einmal in Greifenburg und Berg sofort mit dem Bau begonnen werden kann. Und wichtig wird aber sein, dass mit dem Tag des Ergebnisses der UVP I auf der B100 sofort das Verfahren für den Abschnitt Dellach in Gang gesetzt wird.

Ich muss aber schon festhalten: Im Grunde gäbe es ja überhaupt keine Notwendigkeit für eine Umweltverträglichkeitsprüfung. Man wollte mich zwingen, bereits für die Umfahrung Steinfeld eine zu machen. Dort hat man dann in einem Feststellungsverfahren feststellen können, dass keine notwendig ist. Genau genommen hätten wir in drei Bauteilen die Umfahrungen bauen können. Aber, politisch hat man uns mit Mehrheit ein Verfahren aufdiktiert das immerhin 1,5 Millionen Euro verschlingt. Also, ich denke, das Land Kärnten und die Straßenbauabteilung hat mit allen Fachbereichen immer sehr umweltfreundlich gebaut. Man hätte sich unter Umständen einiges sparen können. Das war politischer Mehrheitswille. Der Georg Wurmitzer hat immer gemeint, wir machen Salamataktik. Und man hat ja dann von irgendetwelchen Herrschaf-

Dörfler

ten, die sich als Verfahrensberater Geld erwartet haben – dass derjenige, der das aber nach Brüssel getragen hat, es nicht kriegt – das freut mich ganz besonders, weil der hat keinen Auftrag bei diesem Verfahren. Dass man versucht hat, uns eben über Brüssel dieses Verfahren auf das Auge zu drücken. Das ist schade! Weil ich meine, dass wir zumindest in einer der drei Gemeinden bereits bauen könnten. Und ich gehe aber trotzdem davon aus, dass wir ein gut vorbereitetes Verfahren unter der Federführung von Reinhart Rohr relativ rasch abwickeln werden können. Also, dass das Jahr 2007, so hoffe ich, mit Jahresende für den nächsten Abschnitt ein Ausschreibungsergebnis haben wird. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Damit, meine Damen und Herren, ist die 7. Anfrage erledigt. Wir kommen zur Anfrage

8. Ldtgs.Zl. 237/M/29: Anfrage des Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo an Landesrat Ing. Rohr

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Sehr geehrter Herr Landesrat Ing. Rohr! In Klagenfurt bewegen die Pläne, den Umweltverschmutzer Nummer 1, das Fernheizwerk, durch ein großes Gaskraftwerk zu ersetzen, die Gemüter! Es gibt eine große Anzahl von Bürgerinitiativen! Die Menschen haben Angst, sind verunsichert! Zu Beginn haben wir aus wirtschaftlicher Sicht alle erleben müssen, was es heißt, von ausländischen Gaslieferungen abhängig zu sein. Die – politisch interessant – die ÖVP hier hat heute so etwas wie einen internen Abwehrkampf gegen die Klagenfurter FPÖ gestartet, indem sie die erneuerbaren Energien zur „Aktuellen Stunde“ gemacht hat. Etwas, woran sich die Stadt Klagenfurt nicht halten will. Von Ihnen, Herr Umweltreferent, sind bisher wenig Äußerungen gekommen, die die Menschen beruhigen, sowohl

als Umwelt- wie als Energiereferent. Es waren eher Windungen! Ein Antrag von uns im Landtag hat nicht die Dringlichkeit erfahren, dadurch schlummert er! *(Vorsitzender: Herr Abgeordneter, ich bitte die Anfrage zu stellen!)*

Ich mache die Nagelprobe, Herr Umweltreferent! Und ich frage Sie daher:

Durch welche konkreten Maßnahmen sollen die umweltrelevanten Auswirkungen des für Klagenfurt geplanten Gas- und Dampfturbinen-Kombinationskraftwerkes bewältigt werden?

(Der Vorsitzende erteilt LR Ing. Rohr das Wort.)

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Abgeordneter Gallo! Geschätzte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Geschätzte Regierungskollegen! Meine sehr geschätzten Damen und Herren Abgeordneten! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne! Es ist schon interessant, wenn sozusagen der Umweltreferent durch den Anfrager mehr oder weniger herausgefordert und versucht wird, zu einer Wertung eines Projektes überredet zu werden, weil das hat die Fragestellung beinhaltet.

Ich darf Sie darauf hinweisen, dass es Aufgabe eines Projektwerbers ist, im konkreten Fall also der Kraftwerkerrichtungs- und -betriebs GmbH, eine Umweltverträglichkeitserklärung mit den umweltrelevanten Auswirkungen des geplanten Kraftwerkes entsprechend zu präsentieren und darzustellen und Maßnahmen zu treffen, damit die Voraussetzung für eine Umweltverträglichkeitsprüfung für das gesamte Projekt gegeben ist. Und derzeit liegt ein vollständiges und schlüssiges Projekt noch nicht vor, daher kann eine Umweltverträglichkeitsprüfung in der Form nicht durchgeführt werden. Sie haben aber die Garantie und darauf mein Wort, dass, sobald der Antrag für die Umweltverträglichkeitsprüfung vorliegt, wir erstens einmal unter Einbindung aller Interessenslagen, unter Einhaltung aller am Verfahren Beteiligten und Anrainenden, der Bevölkerung, der Bürgerinitiativen, der Gemeinde Ebental – die da natürlich berechnete Einwendungen und Interessen haben – im Verfahren vorbringen. Wir können sagen und garantieren, dass wir ein korrektes Verfahren abwickeln werden. Und, dass ich als zuständiger Referent für die Behörde natürlich die Verpflichtung

Ing. Rohr

tung habe, nicht durch entsprechende Wertungen vorher ein Verfahren im Ausgang zu präjudizieren. Die Umweltverträglichkeit wird am Ende mittels Bescheid, dann die Machbarkeit oder eine Versagung einer Machbarkeit dieses Projektes feststellen. Und dann werden ja auch ihre Mitglieder in der Regierung die Möglichkeit haben, diesen Bescheid mit zu beschließen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Seitens der ÖVP? – Auch nicht. Dann hat der Fragesteller noch eine. Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Herr Landesrat! Die Umweltverträglichkeitsprüfung in Ehren! Die ist aber nur ein Teil des ganzen Verfahrens! Wir haben Energieleitlinien des Landes, Wirtschaftlichkeitsüberlegungen!

Ich frage Sie daher: Wie vertragen sich Ihre eigenen Intentionen auch hinsichtlich der alternativen Energien mit den bisher bekannten Plänen für dieses Kraftwerk in Klagenfurt?

(Der Vorsitzende erteilt LR Ing. Rohr das Wort.)

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Abgeordneter Gallo! Ich denke, Sie wissen, was eine Umweltverträglichkeitsprüfung alles beinhaltet! Nämlich genau diese Frage der Bedarfsprüfung und genau die Frage der Verhältnismäßigkeit im Gesamtkontext, was also das Energieaufkommen und das Energieerfordernis in Kärnten betrifft. Und ich denke, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung mit weit über 30 Sachverständigen klare Ergebnisse bringen wird, die diese Fragen dann zum gegebenen Zeitpunkt beantworten werden. *(Einsetzender Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Damit ist die Anfrage 8 erledigt. Wir kommen zur Anfrage

9. Ldtgs.Zl. 238/M/29:**Anfrage der Abgeordneten Dr. Prettnner an Landesrat Dörfler**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordnete **Dr. Prettnner** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag! Werte Zuhörer auf der Tribüne! Meine Anfrage richtet sich an den Herrn Landesrat Dörfler. Und zwar Sie, Herr Landesrat, werden die Situation ja im Bereich der Großsatteler Landesstraße kennen. Hier gibt es ein Schotterwerk und in der Nähe der Großsatteler Landesstraße ist auch die Autobahnauffahrt angelegt. Dadurch sind die Anrainer natürlich massiven Belastungen durch die erhöhte Frequenz von LKWs ausgesetzt. Auch erhöhte Staubbelastung ist hier zu vermerken.

Und ich frage Sie, Herr Landesrat: Wann werden Sie sich endlich der berechtigten Anliegen der Anrainer dieser Straße annehmen und eine Gewichtsbeschränkung für LKW über 7,5 Tonnen aussprechen?

(Der Vorsitzende erteilt LR Dörfler das Wort.)

Landesrat **Dörfler** (F):

Frau Abgeordnete, haben Sie dort Verwandte? – Das ist nur eine Frage. Sie müssen sie nicht beantworten! Es ist schon erstaunlich: Der Straßenbaureferent bewilligt kein Schotterwerk. Es ist dort – ich habe die Pläne mit – an der Drau ein riesengroßes Schotterwerk. Da gibt es die Ortschaft Kleinsattel, Großsattel und Prossowitsch. Was Sie wollen, bedeutet ja mehr Verkehr. Weil wenn ich Schottertransporte, die irgendjemand bewilligt hat, jedenfalls nicht der Straßenbaureferent, es gibt ja entsprechende Bewilligungsverfahren, wo Behörden, das Land unter Umständen, die Gemeinde bewilligt hat. Und dann soll der Straßenbaureferent für mehr Verkehr sorgen? Wenn dort eine Behörde ...

Dörfler

(Zwischenruf des Abg. Vouk) Moment, Herr Abgeordneter! Nicht immer das Kind weglegen! Faktum ist, dass dort jemand eine Bewilligung erteilt hat. Ich habe nicht gesagt, dass das die Gemeinde hat, sondern die Gemeinde, eine Behörde oder das Land – wer auch immer. Aber nicht der Straßenbaureferent! Frau Abgeordnete, *(Lärm in der SPÖ-Fraktion)* Moment, jetzt horcht mir bitte schön zu! *(Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.)* Es sind ja auch ein paar Schotterbarone da, oder einer zumindest. *(Heiterkeit des Abg. Lutschounig. – Beifall von der ÖVP-Fraktion. – LR Ing. Rohr: Wie heißt er? Wer ist denn der Schotterbarone?)* Ich bin es nicht. Ich brauche nur viel Schotter, damit ich ordentliche Straßen bauen kann. *(LR Ing. Rohr: Wo sitzt er denn?! – Abg. Lutschounig: In der ersten Reihe! – Abg. Ing. Hueter bezieht sich auf KO Abg. Ing. Scheuch: Neben dem Abgeordneten Gallo! – Lärm im Hause. – Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.)*

Frau Abgeordnete, was Sie fordern, bedeutet erstens die Verlagerung des Verkehrs von einem Ortschaftsteil in den anderen. Ich habe im Bereich Großsattel 189 Einwohner, ich habe im Bereich Prossowitsch 72 und im Bereich Kleinsattel 81 Einwohner. Wenn Sie jetzt eine Gewichtsbeschränkung fordern, muss ich den Verkehr verdoppeln, weil wenn ich den Schotter oder den Beton nur mehr mit 7,5 Tonnen wegführen kann, würde das den Verkehr vervielfachen. Oder wollen Sie das Werk schließen und damit Arbeitsplätze in Frage stellen? Sie sehen, dass es nicht einfach ist, allen Recht zu tun. Keiner wird wohl annehmen, dass es irgendeine vernünftige Beschränkung darin geben kann, dass ich die Tonnagen senke und dann mit Klein-Lkw Beton oder Schotter dort wegführe und damit eine x-fache Belästigung habe, weil dann hätte ich wahrscheinlich für einen großen Lkw drei kleine. Das heißt, dann habe ich mehr Lärm, mehr Abgase, mehr Belastung! Das ist das Problem.

Noch einmal: Der Straßenbaureferent hat dort keine Betriebsanlage für ein Schotterwerk bewilligt, sondern andere in diesem Lande – wer auch immer. Jetzt kann man nicht dem Straßenbaureferent dass Bummerl vor die Tür stellen. Die Lösung kann nicht sein, dass durch eine Beschränkung mehr Verkehr verursacht wird. Das ist das Dilemma, dass die Wirtschaft oder auch jeder Private natürlich auch mobil sein muss und

dass wir einem derartigen Standort ja nicht die Geschäftsgrundlage entziehen können oder mehr Verkehr produzieren können, weil das ja fatal für die Anrainerschaft und auch fatal für die Umwelt wäre. *(Beifall von der F-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der Freiheitlichen Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Herr Abgeordneter Stark, bitte sie zu stellen!

Abgeordneter **Stark** (F):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! An den Herrn Landesrat möchte ich eine Zusatzfrage stellen, wir haben ja schon mehrere Beschränkungen mit 7,5 Tonnen: Wie funktionieren die derzeitigen Gewichtsbeschränkungen für Lkw über 7,5 Tonnen auf der B 70, auf der B 100 und auf der B 94? Weil es nicht nur Positives sondern auch Negatives gibt. Bitte um Aufklärung!

Landesrat **Dörfler** (F):

Es hat sich mit der Einführung des Road-Pricings ursprünglich ein doch jetzt heftiger Verlagerungsverkehr von Autobahnen auf Bundesstraßen ergeben. Man muss aber auch festhalten, dass es keine klassischen Transitausweichverkehre waren, sondern dass es ausschließlich – wenn ich an die B 70 zwischen Klagenfurt und Völkermarkt denke – eigentlich heimischer Wirtschaftsverkehr ist, der so lange auf der Autobahn gefahren ist, als es kein Road-Pricing gab. Dann hat er sich wieder teils zurückverlagert auf die B 70. Es gibt dort – der Herr Abgeordnete Lutschounig war ja seinerzeit auch dabei – eine sehr gut organisierte Bürgerbewegung, die mit Hunderten Unterschriften eine entsprechende Verkehrsbeschränkung gefordert hat. Es hat nach einem Behördenverfahren dann auch die zuständige BH eben dieses Fahrverbot verhängt, das ein sehr strenges ist, weil nicht die Ausnahmenerzielung Quellverkehre für einige Gemeinden enthalten ist. Das heißt aber, dass dieses Verbot tatsächlich eine hohe Wirksamkeit hat. Die Wirtschaft ist darüber nicht unbedingt er-

Dörfler

freut, aber ich glaube, dass das Road-Pricing in der Zwischenzeit akzeptiert ist. Man muss zum Beispiel wissen, dass die AK Österreich – ich bin ja in den nächsten Wochen bei einer Diskussion in Wien eingeladen – sogar ein höheres Road-Pricing fordert. Das heißt man muss wissen, dass das in der Wirtschaft verträglich war. Die Lkw fahren weiter, und die Wirtschaft entwickelt sich in Kärnten und Österreich eigentlich gut weiter. Seien wir froh, dass wir ein Road-Pricing haben, weil in Wahrheit sind diese Mauteinnahmen auch der Baukonjunkturmotor in Kärnten! Wir haben ja auch, nach dem Plus im letzten Jahr, als stärkstes Bundesland mit einer 13-prozentigen Bauproduktionssteigerung, im Jänner wieder fast 17 Prozent zulegen können und im Feber um 33 Prozent. Das sind nutzerfinanzierte Bauprojekte. Wir verbauen ja derzeit 300 Millionen Euro in Kärnten ASFINAG-Geld und damit Mautmittel.

Die zweite Beschränkung gibt es zwischen St. Veit und Treffen. Da sind wir, gemeinsam mit Bürgermeister Mock, nicht ganz glücklich, weil dort hat man alle Ausnahmen, die die Wirtschaft gefordert hat, auch inkludiert. Damit gibt es in Wahrheit kein Lkw-Fahrverbot, das heißt es ist im Grunde nicht wirklich wirksam, weil ja alle Gemeinden bis hinein in das Gurktal als Ziel- und Quellverkehrsstandorte gelten und damit auch der Ausweichverkehr, der natürlich lukrativ ist, zwischen St. Veit und immerhin durch sieben Ortszentren, von Liebenfels bis Annenheim, dass dort diese Sperre nicht die Wirkung hat, die ich mir gerne im Interesse der Anrainer wünschen würde. Das im Vergleich zum Beispiel zur B 70.

Beruhigt hat sich die Situation eigentlich wieder im Raum B 100 zwischen Spittal und Villach, weil dort die hohen Lkw-Verkehre eigentlich hausgemachte Verkehre der starken Wirtschaft im Drautal sind. Dort können wir nur feststellen, dass es kein Ausweichverkehr im Transitbereich gibt, sondern einfach notwenige Verkehre im Unteren Drautal sind. *(Beifall von der F-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wird seitens der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wird seitens der ÖVP eine Zusatzfrage gewünscht? – Das ist

auch nicht der Fall. – Dann hat die Fragestellerin noch eine Anfrage, falls gewünscht. – Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordnete **Dr. Prettner** (SPÖ):

Herr Präsident! Ich hoffe, Sie erlauben es, die Anfrage des Herrn Dörfler an mich zu beantworten. *(Vorsitzender: Nein, das ist nicht gestattet! Das können Sie dann in der Milchbar draußen erörtern!)* Ich habe keine Verwandten an der Großsattler Landesstraße, aber ich nehme mich der Anliegen der Anrainer an der Großsattler Landesstraße an.

Ich frage Sie, Herr Landesrat: Warum haben Sie bei einer Bürgerversammlung in meinem Heimatort Maria Gail sich damals überhaupt nicht bürgernah gezeigt und die Anliegen und die Petitionen und die Unterschriften der Bürger damals nicht angenommen und ihnen gesagt, sie sollen einen Termin in Ihrem Büro vereinbaren? Bis vor einer Woche ist mir bekannt gewesen, dass auf mehrmalige Anfrage dieser Bürger bisher noch immer kein Termin von Ihrer Seite ihnen zugebilligt wurde. Warum ist das so?

Landesrat **Dörfler** (F):

Frau Abgeordnete! Es gibt wohl keine größere Bürgernähe, als Referent Hunderte Bürger zu einer Versammlung einzuladen. Sie waren ja selbst dabei. Es ist dort eine Einladung ausgesprochen worden zum Thema „Lärmschutzbauliche Maßnahmen an der A 2 im Süden von Villach“. Das ist übrigens ein Großprojekt mit zirka zwölf Millionen Euro, wo ein Teil bereits heuer im Laufe des Jahres verbaut werden wird. Das war der Ausgangspunkt.

Dann hat ein aktionistischer Bürger, der selber einen dicken Audi fährt – das muss man auch festhalten –, der selber ein Patzenauto fährt. *(LR Ing. Rohr: Hast du etwas gegen Audifahrer? – Heiterkeit im Hause.)* Nein, habe ich überhaupt nicht! Ich wünsche dir immer gute Fahrt, egal, mit welchem Auto du fährst. Aber es ist schon erstaunlich, wenn man dann versucht hat, dieses Thema zu verwässern – und das habe ich, glaube ich, heute ausreichend beantwortet, Frau Abgeordnete –, es gibt Termine dort, wo sie sinnvoll sind. Ich glaube, zwölf Millionen lärmschutz-

Dörfler

bauliche Maßnahmen (*Lärm im Hause*) sind ein eindeutiger Beweis dafür, dass ich mich sehr den Anliegen der betroffenen Bevölkerung widme und interessiere, dass aber dieses Problem einfach nicht lösbar ist. Das habe ich auch oben versucht, klar zu machen. Denn wenn ich Ihren Wünschen entspreche oder die BH diesen Wünschen entspricht, dann würde das bedeuten: Reduzieren wir die Schottertransporte und die Betontransporte auf 7,5 Tonnen. Dann haben wir täglich, weiß ich, 200 Klein-Lkw mehr, die durch die Ortschaften fahren. Das bedeutet mehr Abgasemissionen, mehr Lärm und mehr Kilometer, mehr Umweltbelastung! Wenn das Ihr Interesse ist, dann können Sie das, bitte, bei der BH Villach beantragen. (*Beifall von der F-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Damit, meine Damen und Herren, ist die 9. Anfrage erledigt, aber auch die Fragestunde zu Ende gegangen. Es sind einige Anfragen noch unbeantwortet geblieben. Ich frage die Damen und Herren Abgeordneten, wie sie diese Anfragen beantwortet haben wollen. Anfrage 10 des Abgeordneten Vouk an Landesrat Dr. Martinz? (*Abg. Vouk: Mündlich!*), Anfrage 11 des Abgeordneten Holub an Landeshauptmann Dr. Haider? (*Abg. Mag. Lesjak für den nicht anwesenden Abg. Holub: Mündlich!*) Anfrage 12 der

Abgeordneten Mag. Lesjak an Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Schaunig-Kandut? (*Abg. Mag. Lesjak: Mündlich!*) Mündlich. Anfrage 13 der Abgeordneten Mag. Trodt-Limpl an Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Strutz? (*Abg. Mag. Trodt-Limpl: Mündlich!*) Anfrage 14 des Abgeordneten Schwager an Landesrat Dörfler? (*Abg. Schwager: Bitte mündlich in der nächsten Sitzung!*) Anfrage 15 der Abgeordneten Warmuth an Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Strutz? (*Abg. Warmuth: Mündlich, bitte!*) Anfrage 16 des Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo an Landesrat Ing. Rohr? (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Mündlich, bitte!*) Anfrage 17 der Abgeordneten Warmuth an Landesrat Dr. Schantl? (*Abg. Warmuth: Mündlich, bitte!*)

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Es wird so vorgegangen, und diese Anfragen werden in der nächsten Landtagssitzung zum Aufruf kommen. Bevor ich nun zur Aktuellen Stunde komme, möchte ich noch Schülerinnen und Schüler der Landwirtschaftlichen Fachschule Ehrental, unter Leitung von Frau Direktor Dr. Stroj recht herzlich bei uns begrüßen! Ich hoffe, dass Sie eine interessante Aktuelle Stunde mit verfolgen können! (*Beifall im Hause*)

Hohes Haus! Ich komme nun zur Aktuellen Stunde.

Aktuelle Stunde

Es liegt ein entsprechender Antrag des ÖVP-Landtagsklubs vor. Nach dem Rotationsprinzip ist die ÖVP an der Reihe. Das Thema lautet: „Nutzung erneuerbarer Energien in Kärnten“. Ich erteile dem Redner der Antragsteller als Erstem das Wort. Es ist dies der Abgeordnete Lutschounig. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Redezeit fünf Minuten beträgt und diese auch, bitte, eingehalten werden sollte. Ich bitte, zu sprechen!

Abgeordneter **Lutschounig** (ÖVP):

Danke! Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren, vor allem junge Damen von der

Landwirtschaftlichen Fachschule Ehrental! Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Dieser Antrag unsererseits ist eigentlich dadurch eingebracht worden, dass die SPÖ auf ihr Thema zur Aktuellen Stunde verzichtet hat - ich sage es schön, sie hat darauf verzichtet, was immer die Umstände waren, die dazu geführt haben. Wir haben den Antrag eingebracht: „Die Nutzung erneuerbarer Energien in Kärnten“.

Ich glaube, meine geschätzten Damen und Herren, dass dieses Thema permanent aktuell ist. Dies nicht nur deshalb, weil wir einen sehr strengen Winter hinter uns haben und nicht nur deshalb, weil natürlich die Diskussion um den Ölpreis, der davon gekennzeichnet ist, dass er

Lutschounig

stetig im Steigen begriffen ist, und die Diskussion um den Iran, die möglicherweise ihren Ölhahn zusperren wollen (als viertgrößter Ölproduzent dieser Erde) und das alles dazu führt, dass der Ölpreis noch mehr in die Höhe schnell und natürlich auch die Diskussion, die entflammt ist, um unser Nachbarland Slowenien, in dem das Atomkraftwerk Krško einen zweiten solchen Meiler erhalten sollte: all das sind natürlich die Anlässe, um die Aktualität dieses Themas in besonderer Weise auch in den Mittelpunkt zu rücken.

Meine Damen und Herren! Energiesparen ist eigentlich ein Gebot der Stunde! Die Politiker und alle anderen Verantwortungsträger predigen das schon seit Jahren. Was herauskommt, wissen wir. Der Strombedarf und der Energiebedarf steigen permanent. Wenn wir nur hernehmen, dass zum Beispiel durch den Komfort, den wir uns alle leisten, durch die ganzen Standby-Schaltungen so viel Energie verbraucht wird, dass ein großes Kraftwerk in Österreich, etwa ein Wasserkraftwerk an der Donau, seine Energie liefern muss, um nur diesen „Komfort“ auch in Österreich sicherzustellen. Auf der anderen Seite gehen wir in Fitnessstudios, machen Bewegungen – aber die zwei, drei Schritte zum Fernseher oder zu anderen Geräten sind nicht machbar und nicht umsetzbar, dass man sich aufrafft, das zu machen. Das ist eigentlich der Widerspruch, in dem wir uns befinden.

Ich glaube, dass auch die Wärmedämmung ein Beitrag zum Energiesparen sein kann und sein muss. Hier ist sehr viel zu machen, weil es auch beschäftigungswirksam ist, bei den Altbausanierungen. Ich muss auch dazusagen, dass sich die Biomasse zurzeit sehr positiv, sehr gut entwickelt. Gott sei Dank! Ich glaube, meine Damen und Herren, wir sollen auch – und da sind wir als Politiker gefordert! – diesen guten Schwung, der zurzeit für die Alternativenergie besteht, mitnehmen und auch schauen, dass wir alle Möglichkeiten, vor allem im Förderbereich, ausnutzen, um diese positive Entwicklung auch für die Zukunft zu gewährleisten. Ich glaube, dass auch die Anschlussförderungen von Seiten des Gemeindereferenten – was ich sehr positiv finde – weiterzuführen wären. Meines Erachtens wäre es schön, wenn diese 80 % wiederkommen täten. Derzeit sind wir bei 60 %, aber sie sind auch gut, besser als nichts. Ich glaube, dass wir vor allem auch die Anschlusswerte für die Altanlagen for-

zieren sollten, weil dadurch die Wirtschaftlichkeit von alten Anlagen besser in das Licht gerückt werden würde.

Die Forschung der Stromerzeugung aus der Biomasse ist natürlich auch eine ganz wesentliche Sache. Es gibt einen eigenen Beirat dazu, wo wir sehr viel machen, damit auch hier diese Entwicklung weitergeht. Es sind sehr gute Ansätze auch von Kärntner Firmen, die auch entsprechend aus diesem Beirat und aus diesem Fonds dann bedient werden. *(Den Vorsitz hat um 10.14 Uhr 2. Präs. Ferlitsch übernommen.)*

Auch weiterhin muss natürlich die Biomasse sich nicht nur etwa auf das Holz der Biomasse beschränken, sondern auch Elefantengras, wie es vielfach schon in Österreich angebaut wird, jetzt neuerdings auch im Gailtal ein Versuchsfeld angebaut worden ist. Aber auch Getreide – und hier nicht nur das Korn selbst – *(Vorsitzender: Sie haben noch eine halbe Minute!)* der Mais, sind hier zu forcieren. Und ich glaube, das sind alles wichtige Dinge die natürlich auch zu machen sind.

Aber, meine Damen und Herren, es ist heute schon einmal das Kraftwerk, das Kraftwerk Klagenfurt im Mittelpunkt einer Anfrage gestanden. Ich muss sagen, zu fordern, dass so ein großes Kraftwerk, wie dieses Gaskraftwerk hier in Klagenfurt, das geplant ist, vielleicht mit Alternativenergien zu versorgen wäre, ist wirklich ein Mumpitz. Das ist nicht machbar, das ist von der Logistik nicht machbar, dass würde ein Verkehrsaufkommen bedeuten, dass man *(Vorsitzender: Ich bitte, zum Schluss zu kommen!)* den Klagenfurtern auch nicht zumuten könnte. Und ich glaube, daher muss man sagen: Lieber ein Gaskraftwerk als ein Atomkraftwerk! Und ich glaube, die Krško-Diskussion, zu der wir uns heute noch stellen werden und die ja einen gemeinsamen Initiativ- bzw. Dringlichkeitsantrag noch von uns allen die Unterstützung finden wird, da werden wir ja noch Gelegenheit haben, dazu ausführlich zu diskutieren. Ich danke für die Aufmerksamkeit! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt 1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag das Wort.)

Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wenn wir die Entwicklung im Energiebereich in den letzten Jahren und Monaten weltweit, in Europa, aber auch hier in Österreich und Kärnten verfolgt haben, dann stellt sich für uns – und für mich – insbesondere die Frage, ob wir überhaupt in der Lage sind, diese dramatische Entwicklung, die auf uns ungebremst zukommt, zu verstehen. Nämlich, dass der Energiebedarf weltweit – weltweit – und das ist das für uns Erschreckende, China und die Entwicklungsländer, Indien usw., einen unheimlichen rapiden Energiebedarf zukünftig auch aufweisen werden, dass die Umweltschäden nachweislich enorm anwachsen, auch aus der starken Emmission des CO₂, dass die Versorgungssicherheit in Frage gestellt wird. Noch nie ist in den Zeitungen, in den Medien so oft vom Gashahnabdrehen, Ölhahnabdrehen und, und, und gesprochen worden. Drohgebärden, Abhängigkeit ist also auf der Tagesordnung. Sogar ein Bau eines AKW in unserer Nähe wird angedroht oder angedacht. Und letztlich, glaube ich, dass hier die Ölmultis den Ölhahn oder den Gashahn abdrehen, aber auch die Preise in die Höhe treiben. Und das sollen wir uns vor Augen führen.

Und wie lange werden wir noch zuschauen, wie dieses Treiben vor sich geht? Es ist höchste Zeit, zwölf Minuten nach Zwölf, dass Europa aufwacht, und nicht so Art – naja, so kleine Entscheidungen trifft – um wieder über die nächsten fünf, zehn Jahre hinauszukommen, sondern wir müssen zukunftssträchtige Entscheidungen und nachhaltige Entscheidungen, Konsequenzen aus der Entwicklung treffen. Dies gilt auch für Österreich und Kärnten! Und es stellt sich hier die Frage, ob Kärnten hier einen Beitrag leisten kann, um einen Paradigmenwechsel anzustoßen, zu beginnen, den Umstieg vom fossilen Energieverbrauch auch hinüber zum alternativen, erneuerbaren Energiebereich. Und ich sage Ja, dass wir das können, wenn wir es auch wollen, (*Beifall in der F-Fraktion.*) und zwar mit allen Kräften, die wir zustande bringen können. Kärnten hat vor 15 Jahren erstmals einen mutigen Schritt gemacht – ich war damals zufällig Energiereferent – wo wir erstmals diese erneuerbare Energiefrage, das Sparen der Energie usw. in den Raum gestellt haben, vielfach belächelt, heute ein wesentlicher Schwerpunkt unserer Diskussi-

on, Nutzung erneuerbarer Energie, usw., usf. Und ich möchte sagen: Kärnten ist zu einem Vorzeigeland geworden. 43 Prozent des gesamten Energiebedarfes werden über erneuerbare Energien in Kärnten gedeckt. Kärnten ist ein Musterland geworden und meine Damen und Herren, Hohes Haus! Kärnten muss auch ein Musterland bleiben! Wir haben hier die Verpflichtung, alle Kräfte und Möglichkeiten zu bündeln. Die Politik muss mit gutem Beispiel vorangehen, das Bewusstsein in der Bevölkerung muss hergestellt werden, und wir müssen Schwerpunkte setzen! Entscheidende Schwerpunkte setzen! Und ich sehe hier auch eine breite Zustimmung im Lande, viele zukunftsorientierte Aktivitäten werden gesetzt. Und ich begrüße auch die Initiative des Energiereferenten, der sich hier für dieses Thema besonders interessiert und auch hier alle Anstrengungen macht, um diese schwierigen Fragen auch im Detail so abzuklären, dass wir auch auf einen guten Weg kommen. (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Und, meine Damen und Herren! Wir sollen nicht halbherzig sein, nicht zögern, wir haben eine Strategie zu entwickeln und nichts dem Zufall zu überlassen. Wir Freiheitlichen haben bisher schon bewiesen, dass wir an diesem Thema interessiert sind. Wir haben Initiativen gesetzt, Impulse gesetzt und wir wollen auch diesmal nicht untätig sein. Wir haben uns zusammengesetzt und eine Art „Energienmasterplan“ entwickelt, um einen Beitrag in dieser Energiediskussion zu leisten. Fünf Punkte kurz zusammengefasst. Erster Punkt: Laßt das Öl bei den Scheichs! Zweiter Punkt: Holt das Holz aus dem Wald! Dritter Punkt: Laßt die Sonne in die Wohnungen! Vierter Punkt: Werft das Geld nicht beim Fenster hinaus, indem wir die Wärme verschwenden und fünfter Punkt: Schluss mit einer weiteren unverantwortlichen Umweltzerstörung! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Meine Damen und Herren! Das sind unsere Schwerpunkte, die wir setzen wollen. Wir haben Chancen, die Biomasse aus dem Wald zu bringen. Wir könnten 50.000 Wohnungen zusätzlich mit Biomasse heizen. In einem engagierten Programm über zehn Jahre jährlich 5.000 Wohnungen zusätzlich hier hineinzubringen; das wären 50.000 Wohnungen! Wir sollten eine Kampagne setzen, (*Vorsitzender: Sie haben noch eine halbe Minute, Herr Präsident!*) Herr Landwirtschaftsreferent! Land- und Forstwirte sollen Energie-

Dipl.-Ing. Freunschlag

wirte werden. Wir haben weiter die Solartechniken zu unterstützen, Schwerpunkt in der Althausanierung bei 160.000 Wohnungen, wenn wir das Althausanierungsprogramm verstärken. Statt 4.000 auf 10.000 gehen, dann können wir in zehn Jahren 100.000 Wohnungen sanieren und sie dämmen. Hier gilt es anzupacken, meine Damen und Herren! Ich komme schon zum Schluss, weise auf die Kooperationen der Wirtschaft und der Wissenschaft hin. Ein Forschungszentrum im Hinblick auf die erneuerbaren Energien sollte errichtet werden und ein Demonstrationspark für die Niedrigenergiehäuser.

Abschließend, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Landesrat! Wir können das Ziel erreichen, wenn wir alle zusammenhalten und so ein Zukunftsthema aus dem politischen Streit heraushalten. Wir sollten die Kraft und den Mut haben, hier gemeinsam dieses Ziel erreichen zu wollen, denn dann – wenn uns das gelingt – wird es auch möglich sein, die Versorgung Kärntens in den nächsten zehn, fünfzehn Jahren von 43 Prozent, über 50 Prozent, vielleicht sogar auf 60 Prozent zu erhöhen und damit weiter Musterland in diese Richtung zu sein. Ich danke für die Aufmerksamkeit! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt LR Ing. Rohr das Wort.)

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich möchte mich bei der ÖVP bedanken, dass sie sich des Themas Bioenergie, Alternativenergie, angenommen hat. Daher war es auch durchaus nicht notwendig, von unserer Seite eine Aktuelle Stunde zu beantragen, *(Abg. Ing. Scheuch und Abg. Dipl.-Ing. Gallo lachen laut dazu. – Abg. Lutschounig: Wir verstehen das blind!)* nachdem der Energiereferent die Chance hat, hier auch im Hohen Haus, anlässlich der aktuellen Zuständigkeit, das Wort zu ergreifen.

„Global denken und lokal handeln“ – denke ich – muss generell das Motto sein. Mein Vorredner, der Herr Präsident Freunschlag, hat ja selbst als seinerzeitiger Energiereferent bereits die wesentlichen Parameter aus seiner Sicht definiert. Ich kann nur noch einmal unterstreichen: Kärnten ist

österreichweit Spitzenreiter beim Einsatz erneuerbarer Energien! Das hat auch kürzlich erst die schwarze Landwirtschaftskammer in Oberösterreich in einer österreichweiten Vergleichsstudie bestätigt. Kärnten ist führend bei der Nutzung von Sonnenenergie, egal ob direkt über Kollektoren oder indirekt über die umgewandelte Sonnenenergie aus Holz, Biomasse oder Erdwärme. Die in Kärnten verbrauchte Energie wird zu 42 Prozent, 42 Prozent! – der Prozentsatz pendelt immer ein bisschen, weil natürlich der Mehrbedarf sozusagen, dann immer wieder diesen Prozentsatz auch entsprechend drückt – aber 42 Prozent durch Öko- bzw. Alternativenergie gedeckt, wobei österreichweit 23 Prozent, europaweit 6 Prozent und weltweit nur 3 Prozent aus alternativen Energienutzungsformen abgedeckt werden.

Alleine die in Kärnten in Betrieb befindlichen Solaranlagen ersparen der Umwelt jährlich das Verheizen von 14.000 Tonnen Heizöl, was eine Reduktion von Kohlendioxidemissionen von rund 42.000 Tonnen bedeutet! Die beste Energie, meine sehr geschätzten Damen und Herren, allerdings ist aber auch jene, die nicht verbraucht wird. Und aus diesem Grund wurde von mir vor zweieinhalb Jahren der Verein „Energiebewußt Kärnten“ gegründet. Ein Schwerpunkt darin war auch die Erarbeitung der Studie zur thermischen Gebäudesanierung bei den Kärntner Volks- und Hauptschulen. Und darauf aufbauend, werden wir bis zum Ende des Jahres 2007 rund 30 Millionen Euro in die Gebäudesanierungen im öffentlichen Bereich der Schulen investieren, und damit den Gesamtwärmebedarf in den Volks- und Hauptschulen um mehr als 50 Prozent reduzieren!

Also denke ich, das ist ein beachtlicher und gewaltiger Erfolg! Überhaupt wird es künftig notwendig sein, Ökoenergiestrategien im Lichte der Luftreinhaltung, steigender Rohöl- und Erdgaspreise und schwindender fossiler Ressourcen, weiter voranzutreiben und vor allem unter wissenschaftlicher Begleitung sind wir ja derzeit gerade dabei, in Kärnten auch die Energieleitlinien für die Zukunft zu entwickeln, nämlich für die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre, in einem Energieleitplan entsprechend vorzulegen und auch hier Ihnen im Landtag zur Beschlussfassung zu übermitteln. Derzeit sind wir dabei, unter Einbeziehung aller Interessensvertretungen sowie der Alternativbioenergie, Bau- und Elekt-

Ing. Rohr

rizitätswirtschaft, diese Energieleitlinien auf breiter Basis zu erarbeiten.

Ich möchte natürlich der ÖVP schon eines sagen und sie ein bisschen in die Pflicht nehmen, wenn es darum geht, dass wir die Alternativenenergien entsprechend forcieren, dann sollte auch die Forstwirtschaft – und das ist heute auch schon gesagt worden – und der zuständige Referent sich darum bemüht, gerade im Bereich der heimischen Land- und Forstwirtschaft, die Ressourcen im ausreichenden Maße bereitzustellen. Denn die einzigen Meldungen, die uns aus dem letzten strengen Winter in Erinnerung sind, lauten, dass die Holzlager bereits so gut wie leer sind, da zu wenig geschlägert worden ist. Wenn man also weiß, dass in Kärnten jährlich 600.000 Festmeter, Erntefestmeter Holz nicht genutzt werden, denke ich, dass wir auch (*Abgeordneter Lutschounig: Und der heurige Winter!*) erkennen können, (*Vorsitzender: Sie haben noch eine halbe Minute, Herr Landesrat!*) dass beispielsweise 60.000 Einfamilienhäuser mit diesen 600.000 Festmetern Holz zusätzlich beheizt werden könnten. Ich denke, dass wir im Bereich der Alternativenenergieförderung beispielgebend gegenüber allen anderen Bundesländern im Einsatz sind. Und ich werde heute noch dabei sein, bei der Passivhaustagung am Weißensee. Und dort werde ich auch eine Idee präsentieren, die ich Ihnen hier auch, meine sehr geschätzten Damen und Herren, übermitteln möchte.

Wir sollten in Zukunft, vor allem im Wohnbauförderungsgesetz, stärker das Passiv- und Niedrigenergiehaus verankern! Und ich werde auch im Rahmen der Energierichtlinien für 50 Passivhäuser ab 1.1.2006 entsprechende Förderungen aus dem Bereich der Energiewirtschaft bereitstellen und diesen entsprechenden Antrag werde ich in der nächsten Regierungssitzung auch einbringen. Dort geht es darum, dass wir bis zu 50 Passivhäuser entsprechend mit Investitionszuschüssen fördern; die maximale Förderhöhe wird bis zu einer Größenordnung von 15.000,- Euro gehen. Ich glaube, das ist ein weiterer wichtiger Impuls. Und ich darf heute schon für die Regierungssitzung werben, diese neuen Energieleitlinien auch entsprechend zu unterstützen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Holub das Wort.*)

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Geschätzter Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein grünes Thema zur Aktuellen Stunde freut natürlich alle, mich besonders. Die Energiewende ist da, es geht uns nicht nur die Luft aus, sondern auch Öl und Gas! Es liegt eigentlich ein bisschen am Bewusstsein der Entscheidungsträger. (*Den Vorsitz übernimmt um 10.31 Uhr Erster Präsident Dipl.-Ing. Freunschlag.*) Solange es bei uns Bürgermeister gibt, die den Unterschied zwischen Sonnenenergie und Sonnencreme nicht wissen, kann es irgendwie nicht weitergehen. Die Politik muss die Rahmenbedingungen schaffen. Und in anderen Ländern gelingt das auch! Wenn ich mir überlege, dass die EU-Kommission im Dezember 2005 einen Evaluierungsbericht veröffentlicht hat, wo drin steht, dass das beste Fördermodell aus Deutschland kommt, und dass sich in Europa 17 Länder dem angeschlossen haben, dann würde ich sagen: 20 Jahre Förderung in Deutschland oder 25 Laufzeit, nämlich 25 Jahre, ist das beste Modell. Was macht aber Österreich? Österreich macht genau das Gegenteil! Österreich macht eine Ökostromnovelle, wo die Laufzeit von dreizehn auf zehn Jahre hinuntergesenkt wird. Was bedeutet das?

Diese neue Ökostromnovelle bedeutet, dass es weniger Förderung gibt, 90 Prozent weniger für Biomasse, wo man gerade in Kärnten gut gestellt ist, 67 Prozent weniger für Biogas, 75 Prozent weniger für Windkraft und für Solarstrom 62 Prozent weniger! Wie kommt das zustande? Das kommt insofern zustande, dass bei uns die Energiepolitik von der Industriellenvereinigung gemacht wird. Das heißt, wir sitzen in einem Autobus, wo der Reiseleiter sagt, wir fahren in den Süden und in Wirklichkeit fahren wir in Richtung Nordpol! Es ist natürlich schon wahr, dass Kärnten unwahrscheinlich viel Alternativenenergie und erneuerbare Energie hat. Aber da ist hauptsächlich der liebe Gott schuld, weil er mit Tälern und Bergen unser Land so gebaut hat, und wir nutzen die Wasserkraft. Wir waren schon einmal über 50 Prozent erneuerbare Energie. Und jetzt geht es in die andere Richtung. Abgesehen vom Stromverbrauch, der sich innerhalb von zehn oder zwanzig Jahren fast verdoppeln wird! Das kann mir keiner erzählen, dass wir das wirklich brauchen werden. Deswegen, das grüne Kraftwerk ist das Kraftwerk, das nicht

Holub

gebaut werden muss! Wir können auch in der Industrie bis zu 30 Prozent mit mehr Energieeffizienz einsparen.

Jetzt einmal grundsätzlich nur zu den Energieformen in Kärnten, wie sie genutzt werden: Es stimmt schon, dass wir Vorreiter waren. Und das haben wir auch dem Präsidenten Freunschlag zu verdanken, dass wir das wirklich an erster Stelle angedacht haben. Nur, wie schaut es bei uns mit der Windkraft aus? Während österreichweit an die 500.000 Haushalte (*Abg. Lutschounig: Nicht lange und zu wenig Wind!*) durch Windkraft gespeist werden, haben wir in Kärnten eines! Eines! Über 800 gibt es österreichweit! Wir haben ein Windkraftwerk am Plöckenpass! Das wird es ja wohl nicht sein! Und da spricht man hauptsächlich vom Landschaftsbild! Ich hab auch gern ein schönes Landschaftsbild, aber bevor ich am Feinstaub gestorben bin, habe ich lieber ein Windkraftwerk, das ich irgendwo sehe und nicht den Mist einatmen muss. Wie schaut es aus mit der Biomasse? Die Biomasse ist, bezogen auf den Energiegehalt halb so teuer wie Öl. Und die meisten Österreicherinnen und Österreicher haben das schon gemerkt, weil voriges Jahr wurden in Österreich mehr Pelletsheizungen installiert als Ölheizungen. Und wir haben nur voriges Jahr in Österreich schon 923 Megawatt durch Biomasse gemacht.

Wie schaut es aus mit Photovoltaik? Während Deutschland zwischen 600 und 700 Megawatt pro Jahr dazulegt, waren in Österreich im Jahr 2003 nur 15 Megawatt angedacht. Da ist noch viel zu machen, vor allem beim Spitzenstrom! Die Sonne strahlt nämlich genau dann, wenn alle kochen. Und da können wir es brauchen! Wir können wirklich an die sieben Prozent des österreichischen Stromverbrauchs mit Photovoltaik abdecken. Nur, das gehört auch gebaut! In Kärnten sprechen wir immer von Solarenergie. Ja, das stimmt! Wir machen Warmwasser mit Solar, aber vom Strom wird ganz wenig gesprochen.

Die Grünen haben im Zuge der Energiekrise in den letzten acht Monaten ein Papier entwickelt, das heißt: „Energiewende Kärnten!“ Und wie gut das Papier ist, haben wir anhand der Diskussionen in den Arbeitsgruppen für die Entwicklung des energiepolitischen Leitbildes mit dem Landesrat Rohr auch gesehen. Und da hat es eben schon einige Unstimmigkeiten gegeben. Und unsere Kritik ist zusammengefasst in klei-

nen 20 Seiten. Aber, du merkst auch, es ist einfach vom Inhalt her noch nicht ganz firm. Da kann man es nachlesen. Da bin ich gerne bereit, mit vielen darüber zu diskutieren. Das ist eine gescheite Geschichte! Da sind viele Alternativen drin. Wie wir uns eben gerade auch vor zwei Monaten zusammengetan haben zu einem Alpe-Adria-Forum mit den slowenischen Grünen, mit den kroatischen Grünen, mit den italienischen Grünen (*Vorsitzender: Sie haben noch eine halbe Minute Redezeit!*) und den Kärntner Grünen. (*Zwischenruf von Abg. Ing. Scheuch.*) Und wir haben nicht nur Krško andiskutiert, wo wir gemeinsam Petitionen machen können und wir gemeinsam politisch zuschlagen können. Wir haben auch unsere ganzen energiepolitischen Überlegungen zusammengetan.

Und, ich denke, wenn man es grenzübergreifend macht, weil auch der Feinstaub und die Dummheit grenzübergreifend ist, dann können wir es lösen. Deswegen, vielleicht noch ein kleines Forschungszentrum in unserer Nähe, einen Energiepark, dass wir es lernen können! Und ich glaube, gemeinsam können wir es schaffen. Danke! (*Einzelbeifall von Abg. Mag. Lesjak.*)

(*Der Vorsitzende erteilt irrtümlich Abg. Dipl.-Ing. Gallo das Wort, korrigiert sich dann und erteilt Abg. Ing. Hueter das Wort.*)

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Damen und Herren! Dem Gallo hätte ich gerne den Vortritt gegeben. (*Abg. Trettenbrein: Ist eh gescheiter!*) Aber er soll hinten noch ein bisschen kontern!

Ich darf das, was der Vorredner Holub gesagt hat, nicht ganz quittieren, weil ich glaube, hier ist eher eine pessimistische Denkweise geboten worden. Und ich glaube, man sollte eher eine Aufbruchstimmung machen. Es ist Gebot der Stunde, dass wir jetzt gerade am Alternativenergiesektor vieles machen müssen und auch tun, weil einfach der Ölpreis dermaßen hoch ist. Und ich glaube, dass die Chance, dass er noch weiter hinaufgeht, Gott sei Dank, eher klein ist. Das heißt: Jetzt muss man die Dinge verändern! Es wird in Kärnten schon vieles getan. Wir sind da wirklich Vorreiter! Ich möchte ganz besonders auch die Person Georg Wurmitzer erwähnen, der

Ing. Hueter

in den letzten vier Jahren da sehr viel getan hat. Man kann das jetzt auch negativ bewerten. Ich will es nicht machen. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Ich möchte fragen, wo er ist?*) Ja, der ist zu Hause. Und es geht ihm ganz gut. Deswegen soll man auf das nicht vergessen, dass hier wirklich bereits sehr viel Vorbereitungsarbeit geleistet wurde.

Wenn der jetzige Energiereferent Reinhart Rohr hier Dinge andenkt – Niedrigenergiehäuser sind gerade erwähnt worden – dann glauben viele an unsere 100-prozentige Unterstützung. Und am Weißensee ist heute, zur jetzigen Zeit, eine Fachtagung, die sich genau dieses Themas annimmt. Und ich glaube, dass man da auf einem richtigen Weg ist. Es ist oben ein Unternehmer der sich schon seit Jahren mit dieser Thematik befasst. Er wird sogar heute irgendwo auf dem See ein schwimmendes Haus präsentieren. Da wird wirklich sehr viel Know-how hineininterpretiert. Da sind die alle auf einem absolut richtigen Weg. Ich möchte natürlich auch ganz stark die Zahl hervortun, die der Herr Landesrat Rohr erwähnt hat, diese 600.000 Festmeter. Wir in Kärnten allein haben 1.000.000 Festmeter Holz, also insgesamt drei, und eine davon wird nicht genützt. Und das ist in meinen Augen das Potential, das wir da viel wird stärker angehen müssen. Es hat der Herr Landesrat Josef Martinz ... – er fördert sogar bei den Forstwirten Seilwinden zusätzlich, damit noch mehr Holz herauskommt. Aber da ist sicher der private Markt noch viel mehr gefordert und natürlich auch der Preis. Ich glaube aber auch, dass der Preis nicht immer das Um und Auf sein kann und auch nicht sein darf. Kurt Scheuch als praktizierender Forstwirt wird das natürlich auch wissen, dass die Pflege des Waldes das Um und Auf ist. Das heißt, ich muss auch nutzen, egal ob der Preis jetzt etwas höher bzw. etwas tiefer ist. Nur dann kriege ich auch insgesamt einen nachhaltigen Nutzen zusammen.

Ich glaube, das haben immer alle gefordert, weil Kärnten als Holzland natürlich auch einen gewissen Namen hat, hier als Holzland natürlich auch Ressourcen hat. Hier geht es nicht nur um Geld allein, sondern hier geht es um Arbeitsplätze. Hier geht es um Arbeitsplätze vor Ort, die wir noch viel intensiver nutzen können. Und nicht durchs Geld – den Ölscheichs, ich sage immer, die Türen vergolden oder sonst was – sondern hier muss ein Umdenken stattfinden. Hier muss auch bei den ganzen Bioenergien,

diesen Alternativenergien, bei den Anschlussgebühren, wo auch viel passiert, noch viel stärker dem Konsumenten draußen das Bewusstsein geschärft werden. Dass der wirklich hergeht und sagt, jawohl ich bin bereit, wenn es auch zum Teil ein ganz bisschen teurer ist, hier anzuschließen, um die ganzen Naturkatastrophen, um das, was im CO₂ Imissionsbereich da stattfindet, ein bisschen hinten anzustellen.

Ich glaube, wir sind insgesamt auf einem sehr, sehr guten Weg. Wir, von Seiten der ÖVP, haben insofern dieses Thema heute gewählt, weil es nie zu spät und nie zu früh sein kann, dieses Thema zu thematisieren. Wir haben es der SPÖ ein bisschen abspenstig gemacht, (*Vorsitzender: Ich bitte, zum Schluss zu kommen!*) aber es ist gut. Ich glaube, es ist nie zu spät, das hier zu sensibilisieren. Und den Bewohnern, den Konsumenten, der Bevölkerung das Bewusstsein dahingehend zu schärfen, auf Alternativenergien viel stärker Rücksicht zu nehmen. Danke! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Dipl.-Ing. Gallo das Wort.*)

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gallo (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine geschätzten Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich darf meine ersten Worte dem leider nicht mehr anwesenden Sonnencremefetischisten Rolf Holub widmen, weil ich glaube, dass ihm bei all seiner Kritik an der Ökostromgesetznovelle ein bisschen Sonnencreme ins Auge gerutscht ist. (*Abg. Mag. Lesjak: Nein, nein!*)

Es ist diese Novelle nicht nur ausschließlich zu kritisieren. Ich möchte schon erwähnen, dass diese dem Land Kärnten jährlich ca. 500.000,-- Euro an Mitteln bringt, die verwendet werden dürfen. Und das ist auch sehr entscheidend für die Förderung neuer Technologien – das war bisher so – aber auch für Energieeffizienzprogramme. Das ist neu und auch für Produktionszuschüsse, für Ökostromanlagen, zum Beispiel für Photovoltaik. Also, das vorweg! Es ändert aber nichts daran, dass die traditionelle Energiepolitik in einer sehr großen Krise ist, denn die fossilen Ressourcen sind erschöpft. Wenn man den Experten glauben darf, dann reichen die Ölreserven bei gleich bleibendem Verbrauch für

Dipl.-Ing. Gallo

etwa 50 Jahre, die Gasreserven etwa 100 Jahre und wieder für doppelt so viele die Kohlevorkommen. Das heißt, hier kommt aber noch etwas dazu, nämlich politisch instabile Regionen bei den Förderländern. Dann kommt eine Verunsicherung dazu, was die Preisentwicklung betrifft, das haben Vorredner schon gesagt. Und auch die Verfügbarkeit vor Ort ist nicht immer gegeben.

Der zweite große Teil der Energieversorgung, die Atompolitik, ist eigentlich auch ein Irrweg. Man muss das ganz klar sagen, die ist an Gefährlichkeit nicht zu überbieten. Deshalb auch unser Widerstand gegen die Ausbaupläne in Slowenien, denn damit wird die Glaubwürdigkeit der bisherigen slowenischen Beteuerungen massiv erschüttert. Und auch die vertraglichen Verpflichtungen, die Slowenien vor dem EU-Beitritt eingegangen sind, werden ins Negative gebracht. Hier ist ein Ansatzpunkt der Zusammenarbeit möglich. Denn, was für Kärnten gilt, wenn wir diese Energieleitlinien der erneuerbaren Energie betrachten, ist auch für Slowenien ohne weiters möglich. Denn die beiden Länder sind nicht sehr unterschiedlich in ihrer Struktur, in ihrer Topographie und ihren natürlichen Ressourcen. Und Slowenien hätte den Vorteil, auch einen weiteren Teil der Alternativenenergien zu nutzen, nämlich die Osmose. Das ist das Zusammentreffen von Süß- und Meerwasser über einen Ionenaustausch.

Meine Damen und Herren! Was erwarten wir von einer Energiepolitik? Die Energievorsorgen müssen sicher, wirtschaftlich und umweltfreundlich sein. Und diese Elemente gilt es, integrativ miteinander zu einem großen Gesamtpaket zu verknüpfen, das eben Versorgungssicherheit bietet, das tragbare Energiekosten liefert und das auch einen wirksamen Klimaschutz bedeutet. Diese eben miteinander effizient zu verknüpfen ist unsere Aufgabe, und die erneuerbare Energie wird damit zu einer Topoption für die Zukunft. Wir sollten aber auch die Wärme und auch die Kraftstoffversorgung und die Energiesparmaßnahmen in dieser Betrachtung nicht außer acht lassen. Denken wir daran, dass EU-weit ungefähr 40 Prozent des gesamten Energieverbrauches auf Heizung und Kühlung entfallen. Diese erneuerbaren Energien haben aber etwas ganz Großartiges in sich, denn sie bieten auch die Möglichkeit einer regionalen Energiepolitik. Hier kann Kärnten nicht nur verbal auf der Vorreiterrolle bleiben, sondern auch weiter positiv

wirken.

Es gilt daneben aber auch noch soziale und ökonomische Benefits, lokale Arbeitsplatzschaffung und Beschäftigungsmöglichkeiten zu liefern, aber auch in der Forschung entscheidende Schritte zu machen. Eine Verbesserung der Lebensbedingungen, die Erreichung der Klimaschutzziele, die Steigerung der Exportmöglichkeiten und damit insgesamt eine kolossale Stärkung des ländlichen Raumes, von dem wir immer gern sprechen. Es liegt eine große Palette vor uns: von der Energie aus der Tiefe, der Geothermik bis zur Sonne, die gratis in jedes Haus scheint. Es gibt die Biomasse, Biogas, Holzvergasung, die Nutzung der Abwärme in verschiedensten Formen, Energie aus Müll, aus Deponiegas, Umgebungswärme aus Luft, aus Erdreich, aus Wasser, die Windenergie. Denken wir daran, dass die in Österreich derzeit aufgebrauchte Windenergie ein solches Ausmaß bereits erreicht hat, (*Vorsitzender: Ich bitte, zum Schluss zu kommen.*) dass das geplante Kernkraftwerk Zwentendorf gleichgestellt worden wäre.

Was wir also brauchen ist eine Bewegung. Ich nenne es einen Vertrag, einen Energievertrag für das Energie- und Sonnenland Kärnten. Setzen wir uns daher zusammen, bündeln wir unsere Ideen gemeinsam: alle politischen Parteien, die Interessenvertretung, alle Anbieter, alle, die Ideen haben! Ich bin überzeugt davon, das wird ein guter Weg mit der Einschränkung oder mit der Bedingung, (*Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) dass wir auch verpflichtende Bestimmungen mit einfließen lassen. (*Beifall von der F-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt KO Abg. Mag. Dr. Kaiser das Wort.*)

Abgeordneter **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Die Nutzung erneuerbarer Energien in Kärnten“ ist das Thema der heutigen Aktuellen Stunde. Es wurden von meinen Vorrednern in ausgezeichneten Beiträgen verschiedene Möglichkeiten beschrieben, wie man neue Ansätze kreieren kann, wie man Förderrichtlinien auf die entsprechenden Situationen hin adaptiert; wie man auch neue, besondere innovative, integrative Prakti-

Mag. Dr. Kaiser

ken erstellen kann.

Ich möchte einen etwas anderen Ansatz diesen Beiträgen zur Seite stellen, nämlich indem ich behaupte, dass Energiepolitik immer mehr zu einer politischen Querschnittsmaterie wird, dass sie andere Politikbereiche beeinflusst bzw. von diesen wiederum selbst beeinflusst wird. Offensichtlicher als jemals zuvor wird dies im Bereich der Außenpolitik. Meine Damen und Herren! Der Kampf um Ölvorkommen, die Förderung und das Recht der Förderung derselben, der Bau von Gaspipelines, das Durchschreiten von Ländern und ihrer Grenzen führen vielfach zu bedeutenden strategischen Fragen, die leider oftmals auch in bewaffneten Konflikten ihre Fortsetzung und ihr Ende finden.

Ein zweites Beispiel für diese Beeinflussung durch die Außenpolitik ist das Kernkraftwerk in Krško – eine leider ständige Thematik, mit der sich der Kärntner Landtag vormals in Arbeitsgruppen bereits beschäftigt hat, wo man aber auch die unterschiedlichen Zugänge zur ein- und derselben Thematik nachvollziehen kann. Legitime Sicherheitsfragen der Anrainerstaaten wie der Bundesländer Kärnten und Steiermark und der Republik Österreich, versus energieautarke Bemühungen der Nachbarstaaten unter anderen geschichtlichen und politischen Voraussetzungen.

Die Nutzung der Kärntner Möglichkeiten wurde bereits aufgezählt: Solarenergie - wobei die Erhöhung des Nutzungsgrades in den Mittelpunkt zu stellen ist -, Biomasse (vornehmlich die Pellets), eine vermehrte Abwärmenutzung, Ansätze von Windenergienutzung, Photovoltaik und Ähnliches mehr. Wichtiger aber oder zumindest gleich wichtig sehe ich parallel dazu politisch flankierende Maßnahmen. Meine Damen und Herren, wir sind gut beraten, dass wir in Forschung und Entwicklung Investitionen in die Erhöhung der Energieeffizienz, des Nutzungsgrades investieren. Ich verweise darauf, dass ausgehend von einer Initiative des St. Veiter Bürgermeisters und Landtagskollegen Gerhard Mock, ein Antrag – auch vermittelt in einem Brief an alle Regierungsmitglieder – zur Bearbeitung vorliegt, wo man vorschlägt, unter Einbindung von entsprechenden Firmen im Bereich St. Veit ein Forschungszentrum für erneuerbare Energie mit einzurichten. Das ist deshalb so wichtig und wesentlich, weil es dort auch Be-

triebe zu involvieren gilt, die bereit sind, von sich aus Know-how, Inhalte, Kapazitäten ihrer Firmen – gepaart mit wissenschaftlichen Rahmenlinien und wissenschaftlicher Beratung! – in eines zu vereinen und damit diesen wesentlichen und wichtigen Schritt zur Erforschung erneuerbarer Energien, unter starkem Regionalbezug, hier auf Kärnten beziehend, zu forcieren. Daher haben wir hier Möglichkeiten, unseren Worten auch konkrete Taten alsbaldigst folgen zu lassen.

Meine Damen und Herren! Wir sind mit einem ungeheuren Energiehunger, wie es im Global-Marshall-Plan dargestellt ist, konfrontiert. Wir haben weltweit – und das müssen wir auch als Betrachtungsbasis mit heranziehen! – bis zum Jahr 2050, meine sehr verehrten Damen und Herren, mit weiteren 2,5 Milliarden an Menschen zu rechnen. Um das zu verdeutlichen: Das heißt das Bevölkerungswachstum beträgt zweimal die Bevölkerung von China des heutigen Tages. Das stellt riesige Anforderungen an den Energiebedarf. Aber, wenn ich sage „an den Energiebedarf“, so ist dieser nicht nur durch zusätzliche Energiequellen zu decken sondern auch durch die Vermeidung von Energieverbrauch, durch die Reduzierung, durch die Sparsamkeit. Einer der wesentlichsten Punkte dafür ist die Vermeidung von CO₂ oder die Reduzierung oder die Substituierung desselben. Denn auch das gilt letztlich, Energie zu sparen; Energie zu sparen, die wir dann brauchen, um den so genannten Treibhauseffekten, den Klimaveränderungen mit anderen technischen Möglichkeiten zu begegnen. *(Vorsitzender: Sie haben noch eine halbe Minute Redezeit!)* Daher sind gesetzliche Rahmenbedingungen notwendig. Die haben wir auch im Kärntner Landtag zu setzen. Und ohne den Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, meine ich: dass die Sicherung der Wasserkraftnutzung - wie gemeinsam hier von uns allen beschlossen - ein wesentlicher Bestandteil dessen ist; dass die Orientierung, die Neuorientierung der Wohnbauförderungsgesetze hin zu mehr energetischer Sparsamkeit genauso wie die Forcierung des öffentlichen Verkehrs integrierter Bestandteil einer Kärntner Politik zu sein haben. Die interregionalen Energiepartnerschaften, niedrige Energiehäuser und die Vorbildwirkung der öffentlichen Hand tun ihr Übriges dazu.

Letzter Satz, Herr Präsident: All das muss flankiert werden von einer Bewusstseinsbildung, die auch dazu beiträgt, dass wir akzeptieren, dass

Mag. Dr. Kaiser

jede Einzelne/jeder Einzelne ihren/seinen Beitrag durch eine bewusste Energienutzung im persönlichen Bereich die notwendige Bewusstseinsmäßige Ausstattung geben kann. Ich danke!
(Beifall von der SPÖ-Fraktion)

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Lesjak das Wort.)

Abgeordnete **Mag. Lesjak** (GRÜ):

Verehrter Präsident! Hohes Haus! Liebe Schülerinnen, liebe Lehrerinnen und Lehrer! Ein wichtiger, bedeutender amerikanischer Soziologe, Anthony Higgins, hat kürzlich in einem Artikel gesagt, dass wir zwei Schocks verkraften müssen. Erstens, der Klimawandel ist keine entfernte Möglichkeit mehr und zweitens: Neue Formen von geopolitischer Instabilität lassen die Preise für Öl und Gas in die Höhe schnellen. Er sagt auch, dass es der EU bisher nicht gelungen ist, die ökologische Agenda umfassend mit den Fragen der sozialen Gerechtigkeit zu verbinden. Es gibt zwar in den Zielformulierungen der EU eindeutige Bekenntnisse zur Energiewende. In der Umsetzung hatscht sie eigentlich ein bisschen nach.

Wir sind uns einig – und auch Experten und wichtige politische Entscheidungsträger sind sich einig -, dass eine Energiewende längst fällig ist. Ein gutes Beispiel ist in etwa Schweden. Das ist ein Staat, der sich in den Siebzigerjahren bereits von den steigenden Ölpreisen und von den Gaspreisen unabhängig gemacht hat und 1970 77 % abhängig war vom Öl, aber 2003 nur mehr 32 %. Bis 2020 wollen sie sich völlig vom Öl und vom Gas lossagen und sich ganz unabhängig machen. Das ist ein Gebot der Stunde: Das ist auch die Richtung, in die wir gehen sollten!

Für die Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern haben Staat und Land (auch das Land Kärnten) eine ganz, ganz wesentliche Rolle zu spielen, weil Gesetze und Steuersysteme so strukturiert werden können, dass sie zu einer Änderungen des Konsumentenverhaltens beitragen. Natürlich, das heißt für uns aber auch, dass wir in einer Wohnbauförderung – die wir kürzlich beschlossen haben – nicht mehr Ölheizungen fördern sollten, weil das genau in die falsche Richtung geht. Wir sollten Ölheizungen hier heraus-

nehmen. Das heißt auch, dass wir kein Gas-kraftwerk hinstellen sollten, weil das die Abhängigkeit von Öl und Gas und von fossilen Energieträgern verstärkt. Und das ist auch die falsche Richtung. Der globale Trend geht in Richtung Energiewende. Der österreichische Trend geht aber in eine leider entgegengesetzte Richtung. Es ist traurig, dass es nicht gelungen ist, im Rahmen der EU-Präsidentschaft den Ausstieg aus der Atomenergie zu forcieren. Ganz im Gegenteil! Man hat die Forschungsgelder für die Atomforschung für die Industrie um ein Vielfaches erhöht. Man hat ein „Umweltzerstörungsgesetz“ gemacht, in Österreich. In der letzten Novelle zum Ökostromgesetz hat sich das leider als ÖVP/SPÖ-Umweltzerstörungsgesetz heraus gestellt. Die Situation für die erneuerbare Energie hat sich tatsächlich in wesentlichen Bereichen verschlechtert. Der Ökostromanteil, die Förderungen werden um 80 % gekürzt. Die Förderlaufzeit wurde auch eingeschränkt: von 13 auf 10 Jahre. Die Industrie wird bevorzugt; sie wird entlastet – private Haushalte dagegen werden belastet. Es fällt die generelle Abnahmepflicht. Damit wird die Einspeiseregulierung untergraben. Es heißt in einer Aussendung von der Regierung selber, dass die Abnahmeverpflichtung eingeschränkt wird und dass das zum Beispiel für Photovoltaik-Anlagen einen Nachteil bedeuten könnte. Es heißt de facto ein Aus für Photovoltaik-Anlagen. Es heißt dazu in dieser Aussendung: „Andere Stromanlagen (Biomasse, Biogas, Photovoltaik) werden künftig nach dem First-come-first-served-Prinzip gefördert, wobei die Einspeistarife per Verordnung festgelegt werden.“ „First-come-first-served“ heißt ja: „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst.“ So lange das Geld da ist, wird halt ausgezahlt – und wenn keines mehr da ist, werden eigentlich die Nächsten diskriminiert.

Das heißt wir haben hier massive Verschlechterungen beschlossen, mit diesem Ökostromgesetz, mit diesem Umweltzerstörungsgesetz. Das wird in der Folge auch Auswirkungen auf diesen Arbeitsmarkt haben; laut einer Studie von unserem Kollegen Rudi Anschöber in Oberösterreich – er hat sich das ausgerechnet - wird das auch Arbeitsplätze vermindern und vernichten. Es werden der Ausbau, die Entwicklung von Ökostrom zurück gefahren werden; nicht nur in Kärnten sondern in ganz Österreich. Die Klimaschutzziele sind unerreichbar geworden. Damit

Mag. Lesjak

werden EU-Vorgaben weit verfehlt, und die Abhängigkeit von Öl und Gas werden damit zementiert. Also das war nicht die richtige Entscheidung, dieses Ökostromgesetz zu erlassen!

Was tut Kärnten in dieser Situation? Wie reagiert Kärnten auf diese Entwicklung? – Kärnten war zum Beispiel nicht in der Lage, eine Stellungnahme zur Änderung des Ökostromgesetzes abzugeben, wie andere Bundesländer auch. Die Landesregierung hat es verabsäumt, eine Stellungnahme zu dieser Gesetzesänderung abzugeben. Alle Kärntner Abgeordneten im Parlament haben dafür gestimmt! (*Abg. Zellot: Außer der Scheuch! – Abg. Trettenbrein: Der Kurti nicht!*) Was ist das für ein ... (*Lärm im Hause. – Abg. Lutschounig: Der war im Buffet, zu der Zeit. Kurti, du warst draußen! – Abg. Zellot: Falsch! Und bei euch?*) Bei uns weiß ich nicht. Ich weiß es nicht. Meiner Information nach waren es alle Kärntner Abgeordneten. Das kann ja nicht sein! Das ist der Kärntner Trend, der sich auch auf Bundesebene wieder findet. Landesrat Rohr hat gesagt: „Lokal denken, global handeln.“ – Wo hat denn die Landesregierung hier lokal gedacht: wenn man auf der Bundesebene so etwas zulässt?! Also die Situation in Kärnten soll sich auch in diese Richtung weiter entwickeln und verbessern, dass man hier einfach genauer schaut!

In Kärnten ist es ja so, (*Vorsitzender: Ich bitte, zum Schluss zu kommen!*) dass zirka zwei Drittel aus der fossilen Energieversorgung kommen. Den Stellenwert der erneuerbaren Energie sieht man zum Beispiel auch aus dem Budget. Er wird aus dem Nachtragsvoranschlag bedient und nicht ins laufende Budget genommen. Das ist so wie ein Taschengeld für irgendeinen Luxusartikel. Aber es hat keinen Stellenwert, dass man das konstant in das Budget hinein nimmt.

Kürzlich hat Kärnten auch die Laufzeitverlängerung für das UVP in Paks (*Vorsitzender, das Glockenzeichen gebend: Bitte, zum Schluss zu kommen!*) verschlafen. Wird das in Krško auch passieren? Also das darf uns in Krško nicht passieren! Hier müssen wir eine Parteienstellung einnehmen, dort, in der Umweltverträglichkeitsprüfung, und kundtun, dass wir das nicht möchten. (*Vorsitzender, energisch das Glockenzeichen gebend: Frau Abgeordnete, Sie haben die Redezeit schon weit überschritten. Ich muss Ihnen jetzt einmal den Strom abschalten: damit*

ich Strom spare! – Der Vorsitzende lacht. – Abg. Ing. Scheuch: Energie sparen!)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag (F):**

Sie sehen also (*lachend:*), dass der Präsident auch Energie einspart. – Als Nächster hat sich Abgeordneter Klubobmann Mag. Grilc gemeldet. Ich bitte ihn, zu sprechen!

Abgeordneter **Mag. Grilc (ÖVP):**

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin alt genug, um mich auf eine Situation Anfang der Siebzigerjahre des vorigen Jahrhunderts gut zu erinnern: an den so genannten Erdölchock. Wir erinnern uns wahrscheinlich deswegen gut daran, weil es das erste Mal – zumindest im Laufe meines Lebens – war, wo „Energie“ ein vordergründiges Thema wurde und wo einen Tag in der Woche das Auto in der Garage stehen gelassen werden musste. Wie auch immer: Das war eine der Reaktionen darauf, autofreier Tag mit dem Pickerl, und wir wissen das alles.

Warum ich damit beginne, das hat einen sehr einfachen Grund. Zwei Folgerungen hat es aus diesem Schock gegeben. Erstens einmal ein Umdenken generell und das Schärfen des Bewusstseins, dass Energie eine Sache ist, die einfach nicht restlos und in unbegrenzter Größe zur Verfügung steht. Das zum Einen. Zum Zweiten glaube ich, dass daraus abgeleitet ein Technologieschub entstanden ist, vor allem in der Autoindustrie, weil es primär dort augenscheinlich wurde: mit der Entwicklung neuer Motoren, die plötzlich viel, viel weniger Verbrauch aufwiesen – bei besserer Leistung.

Wenn ich das jetzt sozusagen als Impuls nehme, dann stehen wir jetzt in einer ähnlichen Situation. Und wir sind ja in Wahrheit auch dabei, über neue Technologien nachzudenken. Wir sollen aber – und da nehme ich durchaus Beispiele meiner Vorredner auf – darüber nachdenken, ob wir all die Energie, die wir verbrauchen, auch tatsächlich brauchen. Hand aufs Herz: Auch bei mir Zuhause laufen einige Geräte auf Standby-Schaltung, vom Fernsehgerät angefangen bis zur Stereoanlage der Kinder. Sämtliche Versuche,

Mag. Grilc

das sozusagen abzustellen, werden mit dem Hinweis abgetan: „Na ja, das ist ja eine Bagatelle.“ Es ist nicht so! Das weiß ich aus einer Ausschusssitzung, wo Direktor Egger von der KELAG hingewiesen hat, wie weit auch der einzelne Haushalt allein durch diese eigentlich kleine Maßnahmen sparen könnte.

Jetzt ist das natürlich auch nicht der Weisheit einziger und letzter Schluss. Das wissen wir schon. Aber ich glaube, die heutige Diskussion sollten wir zumindest darauf ausrichten, nachzudenken: Wo können wir als Abgeordnete, wo können wir als Land tatsächlich etwas tun und wo nicht? Wir werden nicht unbedingt die Atomlobby auf Vordermann bringen – außer wir entfachen sozusagen eine geistige Gegenbewegung. Für uns selbst: Österreich ist ein Land, das sich gegen den Atomstrom ausgesprochen hat. Wir verstärken das heute mit der anschließenden Diskussion beim Dringlichkeitsantrag. Aber wir müssen uns auch im Klaren darüber sein, dass da andere Kräfte gegen uns wirken.

Dasselbe, um ehrlich zu sein, habe ich den Eindruck, beim Erdöl. Allein wenn ich die amerikanische Außenpolitik ansehe, die Okkupation des Iraks ist nichts anderes als das Handdrauflegen auf Erdölquellen. Und die Drohung gegenüber dem Iran ist nach meiner Einschätzung, bei all den Begleitumständen, auch nichts anderes als blanker Imperialismus der amerikanischen Erdölindustrie! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion, den Abg. Ing. Scheuch und einzelnen Abg. der SPÖ-Fraktion)*

Umso mehr, denke ich, sollten wir uns darauf besinnen, wo wir wirklich, wie gesagt, im eigenen Bereich tatsächlich Maßnahmen setzen. Das hat mir auch ganz gut gefallen, das Programm des Präsidenten Freunschlag, mit dem Hinweis darauf, dass wir uns auch punktuell auf einzelne Programme hin bewegen sollten. Ich nehme noch einmal heraus: Wir haben schon die diversen Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Hausbau (ob Neubau, Althausanierung wie auch immer) diskutiert. Eine kleine Anregung fällt mir noch ein, teilweise wird das in Gemeinden gemacht, auch einfache Dinge.

Das Festhalten von Schwachstellen einer Haus- hülle durch Infrarotkameras, zum Beispiel. Wenn man das fördert und der einzelne Hausbesitzer dann plötzlich merkt, halt hier habe ich große Wärmeverluste. Daraus abgeleitet, Sanie-

rung von Althäusern. Das ist zum Beispiel eine Sache. Ich könnte mir durchaus vorstellen, dass wir einmal eine Schwerpunktaktion vom Land her setzen und sagen: Jeder, der das tut, kriegt das ersetzt; die Kosten für diese Photographie, um einmal selber einen Impuls sozusagen zu geben. Wie auch immer. Also für solche Aktionen der Gemeinsamkeit, da wird es noch viele, viele Anlässe geben und da sind wir gerne dabei. Aber noch einmal: Bleiben wir ganz bewusst darauf konzentriert, was wir im eigenen Land tun können. Die anderen Dinge müssen wir nur kritisch beobachten; ganz verhindern können wir sie ja leider nicht. Danke! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. KO Ing. Scheuch das Wort.)

Abgeordneter **Ing. Scheuch** (F):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich möchte am Anfang meiner Rede – und deswegen habe ich mich auch heute zum Schluss gemeldet, damit ich mir ein bisschen so die allgemeine Stimmung anschauen kann – ich kann nur auf eine Vorrednerin replizieren, nämlich auf die der Grünen. Frau Abgeordnete Lesjak, ich sagen Ihnen eines! Wir sind in vielen Bereichen kongruent, nur in einem nicht, – wenn es um Energieversorgung geht. Dann schaue ich nicht neidisch nach Schweden, weil Schweden acht Atomreaktoren an vier Standorten betreibt, *(Abg. Mag. Lesjak: Ja, werden sie auch auflassen! Werden sie aussteigen!)* meine, sehr geehrte Kollegin! Und, wenn das der Weg ist, dann bin ich letztendlich über das Thema oder die Stellungnahme der Grünen heute hier sehr erstaunt. *(Es erfolgen Zwiegespräche zwischen Abgeordneten der F-Fraktion und Abg. Mag. Lesjak. – Lärm und Unruhe im Hause.)*

Letztendlich freuen wir uns über das Thema und fundiert wurde es breit diskutiert bishin zur Weltpolitik, nur eines sei klargestellt. In Wirklichkeit gibt es zwei Wege. Der eine Weg ist, sich der Atomlobby und der Öllobby anzuliefern, oder man geht eigene Wege. Man versucht, Wertschöpfung im Land zu lassen und man versucht, alternative Energieformen noch stärker zu nützen. Dass Kärnten hier Vorbildwirkung hat ist unumstritten und wurde auch heute hier parteiübergreifend festgestellt. Nur eines, meine

Ing. Scheuch

sehr geehrten Damen und Herren! Wenn es dann zum Thema Energie auch letztendlich um Außenpolitik geht, um Sicherheitsfragen geht, dann würde ich mir Taten wünschen. Taten, die jeder einzelne hier im Haus setzen kann. Und ich nenne hier nur einmal ein kleines Beispiel. Vor gar nicht allzu langer Zeit war eine riesengroße slowenische Delegation hier, hat uns um Gespräche gebeten. Es wurden in allen Klubs Diskussionen durchgeführt und ich habe mir die Protokolle genau durchgesehen. Wir waren die Einzigen vom BZÖ-Klub, die das Thema Krško bei den Slowenen, Auge in Auge, (*Abg. Mag. Lesjak: Nein, wir auch!*) zum Thema gemacht haben. Wir haben nicht nur Presseaussendungen gegen Krško gemacht, um uns dann im Kämmerchen untereinander mit Lobhudeleien auszustatten, sondern wir haben es klar angerebet! (*Abg. Mag. Lesjak: Ja, wir auch!*) Und die Aussagen von unserem slowenischen Gegenüber, die waren dort dürftig. (*Abg. Mag. Lesjak: Da hätten mit den Grünen reden sollen!*) Dort hat man sich ausgedrückt auf den Nachbarstaat. Letztendlich ist hier klarzustellen, dass man auch eine Linie in diesem Bereich haben muss. Und, wenn man von Doppelbödigkeiten in der Politik spricht, dann muss man auch ehrlich sagen, es gibt auch eine Doppelbödigkeit letztendlich darin, dass Österreich und wir alle Atomstrom nutzen, anstatt zu sparen. Das ist die Wahrheit!

Und es ist auch eine Doppelbödigkeit, heute hier heraußen zu stehen und zu sagen: „Wir wollen uns vom Atomstrom und letztendlich von Öl und Gas lösen“, und gleichzeitig planen wir in Klagenfurt ein riesengroßes Gaskraftwerk, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das kann es doch nicht sein! Das kann doch nicht der Schluss dieser Diskussion sein! Und wir haben hier einen Energielandesrat, der dafür zuständig ist, der sich jetzt schon in der dritten Sitzung hinter einer Schutzbehauptung, nämlich, dass das ein Verfahren ist, was er nicht beeinflussen kann und nicht beeinflussen möchte, meine sehr geehrten Damen und Herren, versteckt! Wie ist das? Ist das unsere Haltung, dass wir sagen, ein paar Beamten überlassen wir letztendlich den Stromlobbyisten, und die werden dann entscheiden. Ja, mitnichten! Normalerweise muss ein Aufschrei durch die Parteien in ganz Kärnten gehen, normalerweise muss man hier ... (*Beifall von der F-Fraktion.*) Normalerweise muss man hier nicht abwarten, sondern man muss hier sa-

gen: Krško muss mittelfristig zugesperrt werden! Man muss auch klar sagen, im eigenen Haus muss man Ordnung haben. Und Ordnung heißt hier, dass ein Gaskraftwerk in Klagenfurt keinesfalls zur Durchführung kommen darf.

Und es ist geradezu eine Verpflichtung des Energielandesrates Rohr, hier auch alternative Konzepte vorzulegen und sich nicht nur dahinter zu verstecken, dass man sagt: „Wir werden einmal schauen, wie das Verfahren ausgeht!“ So kann das nicht sein, denn ... (*Beifall von der F-Fraktion. – Vorsitzender: Eine halbe Minute Redezeit!*) eines sage ich Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn der slowenische Umweltminister meint, dass Atomstrom die Zukunft in der Energieversorgung ist, dann können wir ihm in Kärnten beweisen – und das machen wir – dass es nicht die Zukunft ist! Kärnten ist das Solarland schlechthin. Wir haben alleine mit 1,3 Millionen Quadratmetern Solar Kollektoren Israel, der bis jetzt weltweit Spitzenreiter gewesen ist, in diesem Bereich überholt und letztendlich auch wegen einer klar durchgeführten Förderaktion, einer Förderaktion von Landesrat Pfeifenberger, sage ich nur hier, damit man es nicht vergisst.

Bei den Pellets sind wir auch führend. Ich sage hier zwei Vergleichszahlen: Wenn man die KW pro 1.000 Einwohner hernimmt, hat Kärnten hier 673 und Wien schlanke 9. Letztendlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, werden wir hier alles unternehmen, um im eigenen Haus energiepolitisch Ordnung zu halten, aber auch mahnend den Zeigefinger betreffend anderer Bereiche zu erheben. Und hier wird es erfreulicherweise einen Dringlichkeitsantrag über alle Parteien hinweg geben, der heute hier eingebracht wird. Ich bedanke mich! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Cernic das Wort.*)

Abgeordnete **Mag. Cernic** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte in meiner Rede zur Frage der erneuerbaren Energie in Kärnten wieder zurückkehren zu einigen ergänzenden Daten, auch zu den Leistungen, die diesbezüglich in Kärnten in den letzten Jahren voll-

Mag. Cernic

bracht wurden. Und es ist auch gleich eine Antwort auf Sie, Herr Kollege Scheuch, wenn Sie dem Energiereferenten vorhalten, er möge Konzepte vorlegen. Es gibt wenige Referenten, die eine so kontinuierliche (*Abg. Ing. Scheuch: Gaskraftwerk, wo ist es?! Wo ist es denn!*) so kontinuierliche, konzeptive Arbeit, im Bereich der Energieversorgung dieses Landes geleistet haben, wie es der Kollege Rohr bzw. sein sozialdemokratischer Vorgänger getan hat. (*Abg. Ing. Scheuch: Sehr viel vorbereitet worden, sehr viel! Alternativ, Gaskraftwerk, so ist es!? Wo ist es?*) Und ich glaube, man kann ihm nicht unterstellen, dass er in der Umsetzung der Konzeptionen nicht entsprechend erfolgreich tätig war und auch sein wird. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist heute schon mehrfach gesagt worden, dass Kärnten da äußerst erfolgreich unterwegs ist in diesem Bereich. Und ich möchte dazu noch einige Zahlen Kärnten betreffend, hinzufügen. Ich möchte daran erinnern, dass im Jahr 2005 mit 10,1 Millionen Euro Förderung doppelt so viele Förderungen und Darlehen ausbezahlt worden sind wie noch 2002. Und, dass im Jahr 2005 damit insgesamt 3.782 Öko-Energieanlagen, mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 28 Millionen Euro, gefördert worden sind. Wir haben in Kärnten eine Aufteilung der erneuerbaren Energie, die auch nicht uninteressant ist. Etwa 54 Prozent der gesamten erneuerbaren Energiemenge fällt auf die Wasserkraft, was letztendlich auch unsere gemeinsamen Versuche untermauert, diesen Bereich auch in Zukunft zu schützen. Auf biogene Stoffe und Holz entfällt ein Anteil von etwa 48 Prozent. Das heißt, wir haben in diesem Bereich der erneuerbaren Energie etwa 50 Prozent Anteil Wasserkraft und nahezu ebensoviel Anteil an biogenen Stoffen.

So ist der Anteil an Haushalten, die mit fossiler Energie beheizt werden in Kärnten bereits unter 50 Prozent gesunken. Und dieser, durch entsprechende Energieförderungsmaßnahmen gelenkte Trend zu diesen erneuerbaren Energieträgern, ist ein ganz, ganz wertvoller Beitrag zur kontinuierlichen Verbesserung der Ökobilanz. Aber es ist vor allem auch ein ganz wertvoller Beitrag zur Umsetzung der Kyotoziele, denn Ökoenergie ist CO₂-neutral und natürlich macht sie auf Dauer unabhängig von Erdöl und anderen fossilen Brennstoffen. Aber es gibt noch einen weiteren Effekt, der zum Teil heute noch gar nicht wirk-

lich erwähnt worden ist. Diese Ökoenergieförderung hat sich auch unglaublich positiv auf den heimischen Arbeitsmarkt ausgewirkt, auf die heimische Wirtschaft. Es sind rund 300 Ganzjahresarbeitsplätze auf diese Art und Weise, indirekt entweder neu geschaffen oder zumindest dauerhaft gesichert worden.

Wir haben bezüglich der installierten Sonnenkollektorenfläche – das hat der Herr Kollege Rohr heute schon ganz kurz erwähnt – pro tausend Einwohner in Österreich österreichweit einen Spitzenwert. Wir haben einen Jahreswärmeertrag unserer Solaranlagen der einem Heizöläquivalent von 13.200 Tonnen entspricht. Man muss sich das einmal vorstellen! Und eine CO₂-Reduktion von 41,5 Tonnen pro Jahr! Und dieser Zusammenhang ist vielleicht auch noch (*Vorsitzender: Sie haben noch eine halbe Minute Redezeit!*) eine Bemerkung wert. Von der in Österreich jährlich produzierten Kollektorfläche werden 71 Prozent von drei Kärntner Unternehmen hergestellt, österreichweit! Also, auch hier macht sich diese Investition im Bereich der Wirtschaft für Betriebe bemerkbar.

Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, dass es zusätzlich sehr, sehr wichtig ist, die Förderkulisse immer wieder im Auge zu behalten und zu evaluieren und auch neuen Anforderungen anzupassen. Das ist auch jetzt in den vergangenen Monaten sehr, sehr vorbildlich passiert. Es wurde die Förderkulisse auch für Kärnten ... (*Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen, um aufzuhören.*) den neuen Anforderungen angepasst und insofern sind wir wirklich zuversichtlich, dass der Energiereferent auch in Zukunft diesen Bereich so erfolgreich gestalten wird, wie er das bisher getan hat. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Damit ist die Aktuelle Stunde zu Ende gegangen. Danke für die Beiträge, die sicherlich gezeigt haben, dass dieses Thema uns allen unter den Nägeln brennt. Ich hoffe, dass wir in der Lage sind, auch hier entsprechende Maßnahmen zu beschließen, um auch schwerpunktmäßig in den nächsten zehn Jahren das alles, was heute hier an Positivem gesagt wurde, zumindest zum

Dipl.-Ing. Freunschlag

Teil umzusetzen.

Ich würde meine Überlegungen noch einmal unterstreichen. Wir haben also das letzte Mal in der Debatte diskutiert; es ist der Name Schweden gefallen. Wir wollen dort nicht die Atomkraftwerke besichtigen, sondern ich glaube, es wäre sinnvoll und man könnte das organisieren, wirklich einmal in ein Land zu fahren, um vor Ort zu schauen, wie dieses Land die erneuerbare Energie implementiert. Es werden dort nämlich Städte bis zu 500.000 Einwohner mit Biomasse geheizt. Da kann man nicht sagen, wenn das kleine Klagenfurt jetzt von mir aus mit Biomasse beheizt werden sollte, das ist undenkbar! Vielleicht sollten wir uns einen Denkanstoß holen, schauen, was können wir hier umsetzen, wo haben wir die Möglichkeiten. Wenn Sie einverstanden sind, werde ich mich da einmal umhören

und schauen, wie und wann wir so eine Exkursion einmal durchführen können, wenn es uns ernst damit ist, dass wir in dieser Frage gemeinsam einen großen Schritt nach vorne kommen wollen. Das dazu, zur Aktuellen Stunde.

Bevor ich nun zur Tagesordnung komme, möchte ich noch weitere Zuhörerinnen und Zuhörer, die gekommen sind, begrüßen. Schülerinnen und Schüler der Hauptschule Weitensfeld sind zu uns gekommen, in Begleitung von Frau Ragossnig und Frau Havranek, als erste begrüßt! (*Beifall im Hause.*) Darüber hinaus sind auch Schülerinnen und Schüler der Hauptschule I St. Veit unter Begleitung von Frau Kröpfl herzlich begrüßt! (*Wiederum Beifall im Hause.*)

Wir kommen jetzt zur Tagesordnung.

Tagesordnung

Es wird als erster Punkt ein Dringlichkeitsantrag zur Behandlung kommen; nur für die Zuhörerinnen und Zuhörer, damit sie sich auskennen. (*Abg. Ing. Scheuch meldet sich zur Geschäftsordnung.*)

Zur Tagesordnung – wir sind jetzt bereits eingetreten – ist eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung. Bitte, Herr Klubobmann Scheuch!

Abgeordneter **Ing. Scheuch** (F):

Herr Präsident! In der heutigen Präsidiale wurde festgestellt, dass über alle Parteigrenzen hinweg ein dringlicher Antrag zum Atomkraftwerk Krško hier eingebracht werden soll. Wir sind alle der Meinung, dass es möglich sein sollte, diesen Antrag in der Tagesordnung vorzureihen. Und ich ersuche um Abstimmung darüber!

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Hoher Landtag! Nach der Geschäftsordnung § 64 ist es möglich, einen solchen Antrag auch zu stellen und ihn abstimmen zu lassen. Es ist ein Antrag aller der hier anwesenden Fraktionen und auch der Grünen. Das heißt, ein gemeinsamer Dringlichkeitsantrag. Ich lasse darüber abstimmen, ob dieser Antrag jetzt sofort behandelt werden soll. Wer damit einverstanden ist, bitte um ein Handzeichen! – Das ist einstimmig so beschlossen. Es wird so vorgegangen. Zur Begründung des Dringlichkeitsantrages ... (*Schriftführer Direktor Mag. Weiß meldet sich, den Dringlichkeitsantrag zu verlesen.*) Achso, verlesen muss ich noch. Bitte, Herr Schriftführer!

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

**Ldtgs.Zl. 300-1/29:
Dringlichkeitsantrag von Abgeordne-**

ten des F-Klubs, SPÖ-Klubs, ÖVP-Klubs und der Grünen betreffend Resolution gegen die Errichtung eines zweiten Reaktorblockes im Atomkraftwerk Krško in Slowenien mit fol-

Mag. Weiß

gendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, umgehend mit der österreichischen Bundesregierung, jedenfalls noch während der EU-Ratspräsidentschaft, in Kontakt zu treten und sicherzustellen,

1. dass die Eigentümer des AKW Krško (Slowenien und Kroatien) auf die Nutzung und einen weiteren Ausbau der Kernenergie verzichten;

2. dass der autorisierte Endbericht der seismologischen Studie „Geophysical Research in the surroundings of NPP Krško“ in die derzeitige Diskussionsphase als Argumentationsunterlage einbezogen wird;

3. dass alle Möglichkeiten, sowohl in der Außenpolitik, als auch in grenzüberschreitenden Kontakten der Bundesländer ausgeschöpft werden, um auf die Stilllegung und Nichterweiterung grenznaher Atomkraftwerke hinzuwirken;

4. dass bei bestehenden AKW-Anlagen eine internationale Bewertung der Sicherheit erfolgt und allfällige Maßnahmen spezifiziert werden, die das Erreichen des „aktuellen Standes der Technik der EU-Länder“ in Aussicht stellen, sowie allfällige Maßnahmen mit besonderer Berücksichtigung des besten Sicherheitsniveaus angestrebt werden;

5. dass das bestehende Frühwarnsystem einer Evaluierung unterzogen wird;

6. dass die einzelnen Länder in ihren Bemühungen um nukleare Sicherheit, bei vorhandenen Anlagen und Nutzung aller rechtlichen Möglichkeiten bei Erweiterungen und um die Stilllegung von Atomkraftwerken in der Nachbarschaft unterstützt werden;

7. dass der Aufbau von Energiepartnerschaften mit Nachbarregionen, unter besonderer Berücksichtigung des Ausbaues der Nutzung erneuerbarer Energieträger und der Forcierung der effizienten Energienutzung, unterstützt werden;

8. dass entsprechend den Zielsetzungen und Bemühungen der Abschlusserklärung vom 9. Mai und 22. September 2000 der österreichischen Landtage dieses Thema wiederum aktualisiert wird und

9. dass die Zielsetzungen des Aktionsplanes der Bundesregierung weiter verfolgt werden.

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Dipl.-Ing. Gallo zur Begründung der Dringlichkeit das Wort.)

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Seit die Pläne Sloweniens, in Krško den bestehenden Atommeiler durch einen zweiten Reaktorblock zu erweitern, bekannt geworden sind, gibt es Sorge, ja Angst! Sofort nach Bekanntwerden dieser geplanten Maßnahmen, habe ich daher Maßnahmen angekündigt, unter anderem einen Dringlichkeitsantrag. Und es ist für mich erfreulich, dass alle Fraktionen hier mitmachen. Denn dieser Antrag heute ergänzt den gestrigen Resolutionsbeschluss der Landesregierung und zeigt, dass Kärnten, was dieses Thema betrifft, einmal mehr und noch immer geeint ist. Die Forderung lautet ganz simpel: Den Ausbau von Krško darf es nicht geben! *(Beifall von der F-Fraktion.)* Mehr noch, Slowenien muss das vor dem EU-Beitritt abgegebene Versprechen, die Zusage aus der Atomenergie auszusteigen, auch erfüllen.

Meine geschätzten Damen und Herren! Wenn das nicht geschieht, sind diese Ausbaupläne, die hier gewälzt werden, eine massive Erschütterung der Glaubwürdigkeit Sloweniens, die ja auch schon in anderen Punkten ein Defizit aufweist. Nehmen wir den Fürstenstein! Nehmen wir das Kulturabkommen mit Österreich! Hier wurde nur Papier produziert oder für Österreich und für Kärnten unannehmbare Vorgangsweisen praktiziert. Eigentlich ist das auch ein Vertragsbruch. Denn das Ausstiegsszenario ist vertraglich fixiert worden. So gesehen ist das ein ganz, ganz wichtiger Punkt, der keine Abweichungen duldet. Denn am Gefahrenpotential des Atomkraftwerkes hat sich seitdem nichts geändert. Die Erdbebenlinie ist geblieben, aber die Anzahl der Erdbeben hat sich vergrößert. Es ist die Endlagerung des Atommülls nach wie vor nicht gelöst. Und man muss auch jetzt im Lichte dieser Ausbaupläne mit einem Argument, das Slowenien immer vorgebracht hat, anders umgehen. Von Slowenien war immer zu hören: Ja, wir täten es ja machen, aber Kroatien zieht nicht mit! Jetzt geht das rein von Slowenien aus. Und damit werden alle diese Beteuerungen, die vorher gekommen sind, Lügen gestraft!

Meine geschätzten Damen und Herren! Ein Störfall, wenn es den gibt, hat fatale Folgen! Der ist nicht beeinflussbar, weder durch eine Umweltverträglichkeitsprüfung, noch sonst durch

Dipl.-Ing. Gallo

menschlichen Geist oder durch menschliche Hände. Die Ausbreitung ist ausschließlich von der Meteorologie abhängig und diese ist nicht beeinflussbar! Ganz im Gegenteil! Die Auswirkungen für den Menschen gehen über die Nahrungskette, also über ein elementares Bedürfnis, das wir Menschen haben. Das heißt also, die wichtigste Forderung ist, wir wollen gesund überleben! Und da heißt es auch sich ein bisschen mit einigen Beruhigungspillen näher zu beschäftigen. Denn eine davon ist, dass es ein Frühwarnsystem gibt. Deshalb war unsere Forderung, dieses auch zu evaluieren. Denn offen gesagt: Was habe ich davon, wenn ich nach einem Störfall erfahre, bevor die Auswirkung mich erreicht, woran ich erkranken oder woran ich sterben werde? Das hilft mir nichts. Wenn ich nur mehr die Wahl habe zwischen Pest und Cholera! Und die zweite Beruhigungspille, die immer wieder kommt, ist die des Supergaus, der angeblich nur in 1000 Jahren einmal stattfindet. Wer kann das sagen, wann diese 1000 Jahre stattfinden? Es ist ja nicht so, dass das von Null bis 1000 gezählt wird und dann irgendwann nach uns.

Ich sage also, hier wird in einer Weise mit Menschenleben gespielt, die eigentlich nicht beherrschbar ist. Denn es gibt Störfälle, es gibt Erdbeben, es gibt Bedienungsfehler, es gibt Materialermüdung und es gibt die Kombination von all denen. Und das ist was ganz Schlimmes!

Daher sagen wir, und wird auch dankenswerterweise der gesamte Landtag sagen: Stopp den Ausbauplänen in Slowenien! Stopp der Atomenergie in unserem Nachbarland! Freie Fahrt für alternative Energien! Ich habe das vorhin erwähnt, wir haben ähnliche Verhältnisse. Kärnten ist bereit, hier wirklich konstruktiv mitzuarbeiten. Das sicherste Atomkraftwerk ist jenes, das es nicht gibt! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Es liegt keine weitere Wortmeldung zur Dringlichkeit vor. Ich lasse über die Dringlichkeit abstimmen. Wer damit einverstanden ist, bitte um ein Handzeichen! – Das ist einstimmig so beschlossen. Wir können nun in die Behandlung dieses Dringlichkeitsantrages kommen. Es haben sich hier schon einige Redner gemeldet. Ich er-

teile als Erstem Herrn Klubobmann Mag. Dr. Kaiser das Wort. Ich bitte ihn, zu sprechen!

Abgeordneter **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebes Regierungsmitglied! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich dieser Thematik auch mit der Erfahrung, die ich über die letzten fast 25 Jahre in dieser Causa gewonnen habe, zuwenden. Eine Erfahrung, die ich nicht unbedingt gerne gemacht hätte, denn mir wäre es lieber, wir hätten diese Thematik eines grenznahen Atomkraftwerkes in Krško nicht immer wieder in zeitlichen Abständen zu behandeln gehabt. Faktum ist: Es ist, so wie es ist! Daher denke ich, müssen wir uns dieser Sache auch in Verantwortung der Wahrnehmung der Ängste der Kärntner Bevölkerung mit höchster Sorgfalt nähern! Und doch auch versuchen – wenn auch zugegebenermaßen von unseren Möglichkeiten her nur in kleinen Schritten – uns dieser Problematik so zu nähern, um Verbesserungen zu erreichen. Österreich hat, und das sollte man voranstellen, seit dem 5. November 1978 mit der historischen Volksabstimmung seinen Weg für die Zukunft der Energiepolitik in einer entscheidenden Frage geklärt, nämlich diesen ohne die Nutzung von Atomstrom zu beschreiten! Gleichzeitig gibt es in unseren Nachbarländern, und aus heutiger Sicht jetzt auch im Bereich Europas mehrheitlich Länder, die Strom aus Atomkraft gewinnen. Das ist ein Faktum! Hier nutzt es nichts, die Augen davor zu verschließen, sondern sich dem offen zu stellen.

Was das Besondere an Krško ausmacht ist, dass es ... – und ich zitiere einen slowenischen Wissenschaftler, der in späterer Folge auch innerhalb der slowenischen Regierung einiges zu reden hatte – nämlich Stanko Buser, der meinte: „Die große und schwer mit anderen Bereichen zu vergleichende Gefahr des Atomkraftwerkes in Krško ist, dass es, wie bereits ausgeführt, auf einer tektonischen Erdbebenlinie liegt“. Es hat, in Schadensberichten erwähnt – historisch gesehen – drei schlimme Erdbeben gegeben, die Zerstörungscharakter haben. Die auch, wenn man es auf die heutige Zeit umlegt, Gefahrenpotential für den dort liegenden Atomreaktor bringen würden.“ Es hat in den letzten 20 Jahren verschiedene politische Positionen dazu gegeben,

Mag. Dr. Kaiser

Positionen, die von einem bedingungslosen Zugeständnis, das Atomkraftwerk immer wieder zu adaptieren, sprechen. Dann wandten sie sich hin zu einem Versuch, sogar so etwas ähnliches wie ein Moratorium – der damals dann neuen slowenischen Regierung in Verhandlungen mit Kroatien – zu erreichen. Ich war selbst dabei, als es Diskussionen und Verhandlungen mit slowenischen Regierungsvertretern darüber gegeben hat, dass man ein „Shut down“, das heißt, das wirkliche Einstellen, Schließen und spätere Abwracken von Atomkraftwerken innerhalb eines Zeitraumes von 19 Jahren zustande bringen möchte. Es hat breite Unterstützung verschiedenster slowenischer Bürgerinitiativen quer durch alle Parteien und darüber hinaus gegeben, diesen Ausstieg aus der atomaren Energie zu beschleunigen. Und gleichzeitig hat es aber auch, und dem müssen wir ins Auge sehen, durch den insgesamt riesigen Mehrverbrauch – ich habe das heute in einer Rede bereits ausgeführt, den Hunger nach Energie – auch wiederum Gegenbewegungen gegeben, die gesagt haben: Warum sollen wir etwas, das wir bereits haben, nicht nutzen und dann, wie es Kollege Gallo dargestellt hat, sogar ausbauen?

Das ist die Realität, mit der wir im Prinzip konfrontiert sind. Und hier müssen wir jetzt realistisch fragen: Was können wir als Kärnten, was können wir als gesetzgebende Körperschaft eines Kärntner Landtages bewirken, um dieser drohenden Gefahr, die noch dazu eine neue Qualität durch einen zweiten Reaktor bekommen würde, zu begegnen? Ich glaube, das Erste, was notwendig ist, ist, dass wir in einer aktiven Außenpolitik alle Möglichkeiten auf diplomatischer, politischer Ebene nutzen, auch wenn sie manchen als verlorene Liebesmühe erscheinen mögen, um hier nachhaltigst den Standpunkt der grenznahen Bundesländer, darüber hinaus der gesamten österreichischen Bevölkerung zu vertreten. Und das können wir, weil wir, wie ich eingangs erwähnt habe, in dem Fall frei von jeglicher Schuld sind, um das etwas geflügelt auszudrücken. Wir sind ein atomkraftwerkfreies Land und können daher auch nachhaltig beweisen, dass es auch eine effiziente Energiepolitik ohne Atomstrom, zumindest was die Produktion auf eigenem Territorium betrifft, geben kann.

Das würde aber bewirken, dass wir neben der diplomatischen Notwendigkeit einer aktiven Außenpolitik letztlich auch bereit sind, Energie-

partnerschaften einzugehen. Dass wir letztlich auch bereit sind, weg vom Patentcharakter hin zu Know-how Transfer zu gehen. Und das heißt letztlich auch, meine Damen und Herren hier im Hohen Landtag, dass wir alles dazu tun sollten, um auch eine entsprechende bilaterale Atmosphäre mit jenen Ländern zu schaffen, von denen wir dann auch erwarten, dass sie unseren Entsprechungen entgegen kommen und auch eine entsprechende gemeinsame Energiepolitik wünschen. Ich denke, dass die Maßnahmen, die wir heute diskutiert haben, wie zum Beispiel Erhöhung der Energieeffizienz, wesentlich sind. Denn wir haben derzeit auch bei produzierter Energie Leitungsverluste in anderen Bereichen vieles, was es nachzuholen gibt, vieles was wir als verlorenen Strom vermeiden können.

Ich möchte zum Ende kommen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte einmal noch replizieren auf das, was der Kollege Scheuch gesagt hat, indem er gemeint hat: Seine Fraktion habe den Mut gehabt, Auge in Auge mit den slowenischen Abgeordneten auch die Frage des Atomkraftwerkes Krško zu thematisieren. Ich gebe ihm recht, er hat diesen Mut gehabt. Ich möchte jetzt nicht über mutig oder nicht mutig reden. Aber ich verweise auch darauf, dass wir schon sehr, sehr lange mit verschiedensten Initiativen – der Kärntner Landtag war beispielsweise der erste Landtag in Österreich, der gemeinsam mit einer Bürgerinitiative, der Kollege Freunschlag wird sich erinnern können – (*Abg. Ing. Scheuch: Ich auch!*) im Jahr 1989 eine gemischte Arbeitsgruppe eingesetzt hat, um damals unsere Sorgen über die Landtagsparteien hinaus so zusammen zu bündeln, um größere Wirksamkeiten zu erzielen.

Es waren, um das Auge in Auge auch einmal zu apostrophieren, der grüne Nationalratsabgeordnete Wabl und meine Person, die sich 1989, als es noch keine Republik Slowenien, sondern noch die Föderation Jugoslawien gegeben hat, diejenigen, die sich vor dem Lager Krško, vor dem Atomkraftwerk Krško angebunden haben, um den Protest der Kärntner Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen. Es hat also verschiedenste Maßnahmen gegeben. Letztlich haben sie dazu geführt oder nicht dazu geführt, zu dem Zustand, den wir heute haben. Das heißt, wir werden ein weiteres Mal Anlauf nehmen, gemeinsamen Anlauf nehmen. Wir haben durch die Europäische Union im Prinzip verbesserte Kontakte.

Mag. Dr. Kaiser

Letztlich aber wird es die einzige formale Möglichkeit sein – und hier teile ich nicht unbedingt die Auffassung meines Vorredners, Kollegen Gallo –, dass wir bestenfalls auf Basis der „Kopenhagener Erklärung“ einfordern können, was Sache ist, nämlich höchste Sicherheitsstandards etc., dass wir aber keinen direkten Einfluss geltend machen können, um das zu bewirken, was wir alle wollen, nämlich Krško vom Atomstrom letztlich abzuschalten, andere Formen der Energiegewinnung in Slowenien zu erreichen.

Nichtsdestotrotz: Der Kampf, um es so zu apostrophieren, geht weiter. Wir müssen alle legitimen Mittel nutzen! Die wirksamsten, aus meiner Sicht, bestehen in sehr, sehr engen Kooperationen, Energiepartnerschaften, Know-how-Transfer und letztlich einer gemeinsamen Atmosphäre, die dazu führt, dass wir vielleicht mit der Kraft und mit dem Faktum der Argumente obsiegen können. Viele andere Möglichkeiten – und da bin ich Realist genug – werden uns nicht bleiben! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Lutschounig das Wort.)

Abgeordneter **Lutschounig** (ÖVP):

Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! In seltener Einmütigkeit wird dieses Thema von den politischen Parteien hier diskutiert, weil uns, glaube ich, alle in großer Sorge dieses Problem umfasst. Ich denke, dass wir alles daran setzen müssen, um auf politischer Ebene und mit den politischen Kontakten – der Antrag geht ja hin in Richtung Bundesregierung – alles zu unternehmen, auch die Außenpolitik hier einzuschalten, um zu verhindern, dass dieser Ausbau des zweiten Atomreaktors nicht zustande kommt.

Rein fachlich hat Kollege Gallo heute eigentlich alle Möglichkeiten aufgezählt, die es gibt; hin bis zu einem hoffentlich nie eintreffenden Supergau. Spätestens seit Tschernobyl wissen wir, was alles passieren kann und welche fatalen Auswirkungen ein Reaktorunfall haben kann; nachdem dieses Kraftwerk nur 80 Kilometer von unserer Grenze entfernt ist und die beiden Länder Slowenien und Kroatien natürlich aus ihrer Sicht großes Interesse haben, ihre Energieversorgung sicherzustellen. Aber ich glaube, dass

auch damals, im Jahre 2004, als dieses Abkommen zwischen den Ländern Steiermark, Kärnten und Slowenien stattgefunden hat, als man auch Hilfe und Alternativen angeboten hat, wo wir Österreicher vielleicht einen Schritt weiter sind, dass man ihnen auch unser Know-how zur Verfügung stellt, um sich von dieser Atomkraft abzuwenden, haben unsere Bemühungen offenbar nicht so gefruchtet, wie wir uns das alle gerne vorgestellt hätten. Da sollten wir auch ein Stück nachlegen. Ich glaube, dass unsere erfolgreiche Bilanz, über die wir auch heute am Vormittag im Rahmen der Aktuellen Stunde gesprochen haben, Ihnen durchaus all diese Möglichkeiten und all unser Know-how noch einmal vor Augen führen soll, dass es Möglichkeiten gibt, um nicht nur Atomstrom allein als Alternative hier zu stellen.

Das alles sind Maßnahmen, die wir umsetzen sollen. Unsere Bevölkerung ist in größter Sorge, was den Ausbau betrifft, wengleich es sich hier sicherlich nicht, so wie vielleicht in Temelin, um eine Ostblocktechnologie sondern um die berühmte Westinghouse-Technologie aus den USA handelt. Trotzdem gibt es überall Störfälle. Dieses sensible Gebiet, das seit Jahrhunderten immer wieder als eine Art roter Bereich in den Karten aufscheint, ist besonders gefährdet. Wir sollten daher wirklich alles daran setzen – hier der Appell wirklich an unsere Bundesregierung, und wir werden auch unsere Kontakte nutzen –, um diesem Anliegen, das ja nicht nur ein Anliegen Kärntens ist sondern ein Anliegen Österreichs, zum Durchbruch zu verhelfen, dass Krško II auf keinen Fall kommt und dass Krško, so wie vereinbart, eigentlich die Wege überlegt, wie sie aus ihrer Atomkraft mit einem entsprechenden Zeitplan aussteigen können.

Es freut mich die Einstimmigkeit, die wir in diesem Hause haben. Ich hoffe, es wird dann auch bei unseren südlichen Nachbarn entsprechend Gehör finden! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion und teilweise der F-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt KO Abg. Ing. Scheuch das Wort.)

Abgeordneter **Ing. Scheuch** (F):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag! Den Kärntnerinnen und Kärntnern ist

Ing. Scheuch

wohl eines gemein, eine sehr positive Eigenschaft, wenn es darum geht essentielle Fragen, die ihr Bundesland, die ihr Kärnten, ihre Heimat zu betrachten, dann gibt es Einigkeit. Das lehrt uns die Geschichte Kärntens; wie Sie alle wissen. Es ist eigentlich schade, dass wir, die wir hier im Kärntner Landtag jetzt schon über mehrere Sitzungen so wichtige Materien behandeln, oft weniger Berichterstattung erhalten als bei „sinnlosen Streitereien und kleinen politischen Scharmützeln“. So erinnere ich an die Gentechnik, so erinnere ich an den Abwehrkampf des Wassers, den wir das letzte Mal beschlossen haben, um den Global-Marshall-Plan, um den ländlichen Raum: verhältnismäßig kleine Artikel zu diesen wichtigen Themen.

Jetzt hoffe ich einfach heute hier vom Rednerpult mit aller Bescheidenheit, dass dieses Thema vielleicht auch durchdringt in alle Redaktionen und dass hier eben auch einmal berichtet wird, wie wichtig dieses Thema dem Kärntner Landtag ist, der Kärntner Bevölkerung ist, weil – und das ist, glaube ich, ganz klar – wir hier nicht nur ein energetisches Problem diskutieren, sondern vor allem ein Sicherheitsproblem für Kärnten. Da stelle ich die bescheidene Frage: Wenn dieses Atomkraftwerk, so wie es einige Slowenen, insbesondere an der Spitze der Umweltminister von Slowenien behaupten, so sicher ist; ja, warum steht das dann so nahe an der Grenze? Warum steht das auf einer Erdbebenlinie? Warum lagert dort auch der gesamte Atommüll dieser Anlage? Das muss man hinterfragen! Das haben meine Vorredner auch schon gemacht. Bescheidene Mittel? Ja, wir haben nur bescheidene Mittel, insbesondere wenn man auch dort die Stellungnahmen der slowenischen Politiker anschaut, die gesagt haben: „Wir bauen diesen zweiten Reaktorblock. Wir werden zwar ein bisschen Widerstand von Österreich und Kärnten haben, aber nach dem Motto – Was juckt mich das eigentlich, gehen wir hier einen geraden Weg, nämlich direkt in den weiteren Ausbau der Atomenergie.“

Kärnten hat einen Antrag gemacht, eine Resolution heute hier die Dringlichkeit: Was wird für die Zukunft hier gebraucht? Wir werden Durchhaltevermögen brauchen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Durchhaltevermögen, in dieser Sache nicht schwach zu werden, stetig zu mahnen, stetig den Zeigefinger zu erheben! Und wir werden – das ist ein wichtiger Bereich –

geschlossene Fronten brauchen. Das muss man hier auch einmal ganz ehrlich sagen. Wir hier, politische Vertreter von Parteien, haben eine klare Meinung. Andere Vertreter auf europäischer Ebene, die letztendlich auch von unserer Bevölkerung dort hingeschickt wurden, vertreten Privatmeinungen, möchte ich hier einmal sagen. Weil wenn man die Abstimmungen auf europäischer Ebene anschaut, zum Beispiel betreffend das Euroatomprojekt, lässt das tief blicken. Hier geht Klubzwang vor Anliegen der Menschen. Hier geht Klubzwang vor Sorgen der Menschen. Hier geht Klubzwang vor der Zukunft für unsere Kinder. Das heißt, auch hier werden wir Überzeugungsarbeit in den eigenen Reihen leisten müssen. Dann gibt es noch eine Möglichkeit, wo wir überzeugen können, nämlich bei der Bevölkerung Sloweniens, weil das – wie ich glaube – nicht ganz so klar ist, dass hier eine Stellung, eine breite Front gegen dieses Kraftwerk bezogen wird. Vielleicht ist es Kärnten möglich, auch medial und letztendlich auch mit anderen Maßnahmen auf die Gefahren hinzuweisen. Nachdem ich immer einer Theorie anhängig bin, die ich heute schon einmal vertreten habe, dass man nämlich selbst auch Vorbildfunktion einnehmen muss, um Kritik zu üben, glaube ich, dass wir hier in Kärnten und in Österreich diese Vorbildfunktion, nämlich auch ohne Atomenergie eine anständige Versorgung mit Energie für die Bevölkerung zusammenzubringen, größter Aufmerksamkeit widmen müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich über diesen Antrag, über diese Dringlichkeit und hoffe, dass wir dieses Thema eines Tages gemeinsam auch mit dem Schritt beenden können, dass wir nicht bei einer Eröffnungsfeier, sondern bei einer Schließungsfeier von Krško teilnehmen können. Danke! (*Beifall von der F-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Holub das Wort.*)

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ewige Thema „Krško“? Die Österreicher sind ja ein bisserl vorbelastet. Die Grüne Bewegung ist entstanden mit Tschernobyl. Das war eigentlich auch der erste große Erfolg dieser Bürgerinitiative, die dann zur Partei geworden ist. Ein bisserl freizü-

Holub

gig sind wir da schon in Österreich und in Kärnten, weil wir eben zwar kein Atomkraftwerk im Land haben, aber wir beziehen Atomstrom. Die KELAG weist 12 % Atomstrom in Kärnten aus. Da liegt es natürlich auch an uns, dass wir uns an Energieanbieter wenden, die keinen Atomstrom verwenden. So etwas gibt es. So kann man auch mit der Nachfrage vielleicht das Angebot regeln.

Was ist jetzt das Problem von Krško? – Abgesehen von der Erdbebenlinie hat sich Krško schon voriges Jahr hervor getan, indem das Gerücht laut wurde: Die slowenische Regierung zahlt auf der anderen Seite der Petzen den Gemeinden so viel Geld, damit sie die Brennstäbe im Berg lagern. Da sind wir das erste Mal aufgesprungen und haben gesagt: „Das kann nicht sein!“ Wir sind uns zwar wirklich alle einig. Das nächste Mal aufgetaucht ist dann eben diese Geschichte mit dem zweiten Meiler, der gebaut werden soll. Ich habe da ein bisserl herum gegraben und habe eine Pressekonferenz der Kärntner Grünen mit den slowenischen Grünen vom 27. April dieses Jahres gefunden, wo wir das erste Mal das Thema angesprochen haben. Im Zuge dessen habe ich die slowenischen Grünen kennengelernt und habe mir gesagt: „Wenn es schon so ist, das Atom springt ja auch über Grenzen, also machen wir da gleich etwas!“ Ich habe im Zuge des Ausfluges des Landtages in Laibach gleich meine erste Pressekonferenz mit den slowenischen Grünen gemacht, nicht um die Ängste des Präsidenten zu schüren. Wir haben dort zwar auch über Minderheitenproblematik gesprochen, aber nur darüber, dass der gleiche Standard für alle gelten sollte, eben auch für die Gottscheer wie für die Kärntner Slowenen da und dass man halt wirklich einen hohen Standard für alle Minderheiten einziehen soll. Aber wir haben hauptsächlich über Krško gesprochen. Wir haben in weiterer Folge vorige Woche dieses, würde ich sagen, erst einmalige Alpe-Adria-Forum eingerichtet, von vier grünen Parteien, wo wir jetzt die gesamten italienischen Grünen dabei haben. Die italienischen Grünen haben im Moment den Umweltminister in Italien durch das Bündnis mit Prodi. Da haben wir schon einen gewissen Einfluss.

Da gehen wir gerade zu den Sachen hin: Was können wir machen? Wir können schauen, dass wir politischen Druck auf Slowenien ausüben. Wir können schauen, dass wir ihnen Alternativen anbieten. Das tun wir eh. Aber es ist ja so:

Ich habe mir das herausgesucht, weil der Landeshauptmann gestern gesagt hat: „Es ist ein Vertrag mit Slowenien.“ Das ist ein INTERREG-Projekt, eine Vereinbarung über Energieleitlinien. Das ist relativ allgemein gehalten. Da steht nichts von Krško drin. Da steht nur drin: „Wir bemühen uns ...“, schwafel, schwafel „... grundsätzlich einmal, alternative Energien zu machen.“ Das ist ja eine schöne Geschichte. Nur wenn wir jetzt Slowenien anschreien und ihnen sagen: „Ihr habt euren Vertrag gebrochen.“, dann würde ich von slowenischer Seite ziemliches Unverständnis zeigen. Das ist aber wieder eine andere Geschichte.

Nur eines noch dazu, wie wir relativ unfair mit Kernkraftwerken umgehen. Wie man hier sieht, haben wir da: Ein gelber Punkt ist Krško und der andere gelbe Punkt ist Paks in Ungarn. Und über Ungarn reden wir ungern. Aber da ist vor ein paar Tagen der Einsendeschluss für die Beteiligung an der UVP abgelaufen. Ich habe noch alle informiert: den Landeshauptmann und auch den Umweltreferenten. Kein Mensch hat Kärnten da hinein reklamiert. Vor zwei Tagen war die Anhörung in Mattersburg. Da war eben kein Kärntner dabei. Wir hätten Parteistellung gehabt. Das Atomkraftwerk Paks wird jetzt ohne Kärntner Beteiligung in diese UVP gehen.

Was können wir noch weiter machen? Wir können den slowenischen Grünen und den kroatischen Grünen, mit denen wir auch zusammen sind, die Anregung geben, eine Petition an die Regierung zu schreiben, wenn wir grenzüberschreitend zusammenarbeiten. Übrigens wird dieses Alpe-Adria-Grüne-Forum Ende Juni in Klagenfurt sein. Wir werden es hier thematisieren. Wir werden schauen, dass wir gemeinsam Druck machen. Ich denke, wir haben auch in der Geothermie, die gerade bei den Freunden in Slowenien jetzt ausprobiert wird, eine große Chance auf Energiegewinnung. Ich denke, gemeinsam wie immer, werden wir es schaffen. Danke! *(Beifall der Abg. Mag. Lesjak)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Bevor ich dem nächsten Redner, der Frau Mag. Lesjak das Wort erteile, möchte ich doch noch zur Bemerkung von Herrn Abgeordneten Holub sagen. Seine Extrawürschtl'n in Laibach erwarte

Dipl.-Ing. Freunschlag

ich in Zukunft, unterbleiben zu lassen. Weil, wenn ich schon so großzügig bin und Sie in der Delegation mitnehme, erwarte ich, dass hier Rücksicht auf die Delegation genommen wird und, dass wir dort gemeinsam auftreten und nicht mit Extrawürschtln irgendwo in den Medien herumgaukeln. Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen!

Als Nächste hat sich Frau Abgeordnete Mag. Lesjak gemeldet!

Abgeordnete **Mag. Lesjak** (GRÜ):

Hohes Haus! Verehrter Herr Präsident! Natürlich begrüßen wir die Initiative, dass der Kärntner Landtag hier eine Resolution verabschiedet, die beinhaltet, dass wir es darauf abzielen, dass das Atomkraftwerk eingestellt wird. Trotzdem möchte ich schon bemerken, dass diese Diskussion hier jetzt nicht ganz ehrlich ist, weil wir können nicht hergehen und, wissend, dass die Bundesregierung die Atomkraft fördert, unterstützt, ausbaut, der Atomlobby hier das Geld in den Rachen schmeißt, können wir als Bundesland Kärnten sozusagen als Region auftreten und sagen, wir wollen das nicht. Da sind die Kräfteverhältnisse halt doch sehr, sehr unterschiedlich und es wird auch nichts helfen, dass wir Lippenbekenntnisse in eine Resolution hineinschreiben, was zu tun ist. Es soll getan werden! Ich weiß nicht, wie oft der zuständige Landesrat bereits mit der slowenischen Regierung gesprochen hat. Wir haben vor einigen Monaten diesbezüglich eine mündliche Anfrage gestellt. Da waren die Antworten halt schon sehr allgemein. Es ist nicht hervorgegangen, dass hier wirklich Gespräche mit der slowenischen Regierung angestrebt werden. Es wird halt nicht reichen, von außen ein paar Drohgebärden zu machen und nicht wirklich mit den Slowenen auch in Kontakt zu treten (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Tacheles!*) und darüber zu sprechen.

Und da möchte ich auch korrigieren vom Klubobmann Scheuch. Wir haben sehr wohl aufgeschrien damals, als bekannt wurde, dass Krško ausgebaut werden soll. Wir haben die Medien informiert, wir haben umfassende Informations-

kampagnen gemacht, wir sind mit Standln in Klagenfurt gestanden und haben Folder ausgeteilt, die Bevölkerung informiert, wir haben eine Anfrage an den Landesrat Rohr etc., etc. Es kann ja nicht oft genug darauf hingewiesen werden, welche Gefahren wirklich von der Atomkraft ausgehen. Alle eineinhalb Jahre passiert weltweit ein Gau. Das ist ein ziemlich schwerer Unfall mit sehr hohen Verletzungen, auch mit Toden. Alle eineinhalb Jahre! Das kann natürlich auch in Krško passieren, kann aber auch in Paks passieren. Das ist zwar ein bisschen weiter weg, aber um das Vielfache gefährlicher vom Gefahrenpotenzial her. Also, hier müssen wir wirklich nicht nur Lippenbekenntnisse machen, sondern auch das umsetzen, was wir eigentlich wollen. Und wir haben – mein Kollege hat das erwähnt – bereits einen Schritt in diese Richtung getan. Es ist nämlich eine Chance, wirklich grenzüberschreitend Projekte zu machen zur Entwicklung von alternativer, erneuerbarer Energie, hier in Kontakt zu treten, mit Slowenien, Italien und allen angrenzenden Regionen, und hier gemeinsame, tolle Geschichten zu machen. Und die Alternativenergie – das ist natürlich nicht nur eine regionale Angelegenheit – zu forcieren.

Hier bin ich guter Hoffnung, und ich meine, dass es jetzt an der Zeit ist umzusteigen. Also, lieber ein grenzüberschreitendes Biomassekraftwerk als ein Atomkraftwerk und als ein Gaskraftwerk. Danke schön! (*Beifall von Abg. Holub.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Es liegt keine weitere Wortmeldung zu diesem Dringlichkeitsantrag vor. Ich komme zur Abstimmung. Ich bitte, die Plätze einzunehmen! Wer mit diesem Dringlichkeitsantrag einverstanden ist, den bitte ich um ein zustimmendes Handzeichen! – Das ist einstimmig so beschlossen und damit ist dieser Dringlichkeitsantrag vorgezogen und erledigt.

Ich komme nun zum 1. Tagesordnungspunkt unserer heutigen Sitzung.

Dipl.-Ing. Freunschlag

Tagesordnung (Fortsetzung)

1. Ldtgs.Zl. 89-11/29:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Gemeinden und ländlichen Raum, Föderalismus und Umwelt zur Regierungsvorlage betreffend den Tätigkeitsbericht des Kärntner Bodenbeschaffungsfonds 2005

Berichtersteller ist der Zweite Präsident Abgeordneter Ferlitsch.

Ich erteile ihm das Wort!

Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Gemäß § 36 Abs. 4 des Kärntner Bodenbeschaffungsgesetzes hat der Fonds bis zum 31. März des Folgejahres für das abgelaufene Geschäftsjahr der Landesregierung den Stand der Gebarung des Fonds über die Förderung und Finanzierung nach diesem Gesetz und über ihre Auswirkungen Bericht zu erstatten. Die Kärntner Landesregierung hat in der 32. Sitzung am 20.3.2006 diesen Beschluss vollzogen. Der Ausschuss für Gemeinden und ländlichen Raum, Föderalismus und Umwelt, hat in der Sitzung vom 1.6.2006 ebenfalls beraten und den Beschluss gefasst, den einstimmigen Beschluss gefasst, dem Kärntner Landtag den Tätigkeitsbericht vorzulegen.

Vielleicht einige allgemeine Bemerkungen. Der Bodenbeschaffungsfonds ist eine hervorragende Einrichtung für die Gemeinden, der rasch und unbürokratisch Gründe bzw. Ankauf von Gründen sicherstellen kann, Betriebsansiedlungen, kommunale Einrichtungen, wie auch Baulandmodelle. Aber auch für die Sicherung und den Ankauf von Trinkwasserquellen agiert er hervorragend. Ich darf einige Punkte über die Tätigkeit dieses Bodenbeschaffungsfonds anführen. Das Förderprogramm für 2006 schaut so aus, dass wir insgesamt 7,094 Millionen Euro zur Verfügung haben, für den Gemeindebedarf – also 5 Jahre Laufzeit – 3 Millionen; 8 Jahre Laufzeit Gewerbe 2,6 Millionen; 8 Jahre Sicherung von Trinkwasservorkommen 640.000,-- Euro und 15

Jahre langfristige Vorsorge 700.000,-- Euro. Also insgesamt 7,094 Millionen Euro! Im Jahr 2005 wurden 31 Förderzusagen mit einem Darlehensvolumen von 6.566.033,-- Euro getätigt.

Der Gesamtstand der Projekte mit 31.12.2005 stellt sich wie folgt dar: Zugesagt 60.351.752,54 als Darlehen; Zuschuss davon 946.801,31 Euro; davon bereits an Darlehen 54.668.146,25 Euro ausgezahlt; Zuschuss 946.890,31 Euro. Die Förderungen nach den Bezirken, vielleicht eine interessante Sache. Völkermarkt mit 15 Prozent, Wolfsberg 7 Prozent, Feldkirchen 10 Prozent, Hermagor 3 Prozent, Klagenfurt/Land 8 Prozent, Klagenfurt/Stadt 3 Prozent, Spittal 22 Prozent, St. Veit 21 Prozent und Villach/Land 11 Prozent. Ich bitte um Eröffnung der Generaldebatte.

(Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte und erteilt Abg. Bgm. Stark das Wort.)

Abgeordneter **Stark** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat! Verehrte Damen und Herren dieses Hohen Landtages! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Der Kärntner Bodenbeschaffungsfonds ist als ausgegliederter Rechtsträger ein operatives Instrument der Raumordnung zur Unterstützung der Kärntner Gemeinden bei der Verwirklichung der Ziele der örtlichen Raumplanung. Zusätzlich besteht die Möglichkeit, über Flächensicherungsmaßnahmen die räumlichen Voraussetzungen für die Entwicklung der Wirtschaft zu verbessern. Die Rechtsbasis für diesen Fonds ist das Kärntner Bodenbeschaffungsgesetz 1997, novelliert im Jahre 2004. Die vorrangigen Bereiche der Förderungen sind:

Ansiedlung von Standortverlegungen von gewerblichen und industriellen Bereichen, Einrichtungen des Gemeindebedarfs (zum Beispiel Straßen, Grünraum, Dorfplätze). Sicherung von Grundflächen für Tauschzwecke, Maßnahmen zur Vermeidung oder Verringerung räumlicher Nutzungskonflikte und zuletzt, das Wichtigste auch für Kärnten, Sicherung von Trinkwasservorkommen. Nachrangig im Bereich der Förde-

Stark

rung sind Entschädigungen an Grundeigentümer für die Rückwidmung von Bauland, das ja auch des öfteren jetzt vorkommt, für die Errichtungen und Aufschließungsmaßnahmen. Die Förderung ist auf Antrag einer Gemeinde möglich und erfolgt über rückzahlbare Darlehen. Wie gewohnt wird all die Jahre im Kärntner Landtag der Bericht des Kärntner Bodenbeschaffungsfonds Kärnten vorgelegt. Bei Durchsicht dieses Tätigkeitsberichtes für das Geschäftsjahr 2005 sieht man, was mit den Mitteln geschehen ist. Der Kärntner Bodenbeschaffungsfonds wurde von der Landesregierung bisher mit dem ansehnlichen Betrag von weit über 15 Millionen Euro dotiert. *(Beifall von der F-Fraktion. – Abg. Ing. Scheuch: Bravo! Das ist wichtig!)*

Wenn ich in diesem Bericht auch lese, dass in Zukunft die Finanzierung von Seiten des Landes, von den Einnahmen der Motorbootabgabe stattfinden soll, so muss ich dazu schon anmerken, dass die Motorbootabgabe als solches für Zwecke der Grundankäufe am See dotiert bleiben soll. Ich glaube, da wird mir auch der Herr Bürgermeister Vouk von Velden zustimmen. Es soll schon vorangig sein, dass der Abverkauf von Seegrundstücken an ausländische Investoren hintanzuhalten ist und somit den Kärntnerinnen und Kärntnern auch hier einen freien Zugang zu unseren Seen ermöglicht wird. Mit dem von der Landesregierung und Landtag genehmigtem Fremdmittelrahmen von 18,9 Millionen ist der Fonds in der Lage, den Gemeinden jährlich neue Darlehen in der Höhe von circa 8 Millionen Euro mit einer durchschnittlichen Laufzeit von acht Jahren zuzusagen. Für diesen Betrag, für die Zurverfügungstellung von neuen Darlehen für die Gemeinden, müsste man im Ausschuss gesondert über die Wichtigkeit von Projekten, um Aufstockung der Höhe des Betrages einmal diskutieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was für mich überhaupt sehr, sehr wichtig erscheint, ist einer der wichtigsten Aufgabenbereiche der Zukunft für unsere nachfolgende Generation und letztendlich überhaupt, dass zur Sicherung von Wasserressourcen mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen. Das heißt, durch diese Maßnahmen werden ganze Regionen im Sommer in naher Zukunft nicht mehr im Trockenen sitzen, sondern durch Zusammenschlüsse von Wasserverbänden auf Gemeindeebene ein wertvoller Beitrag geleistet, damit auch wasserarme

Bereiche oder Zonen mit unserem kostbaren Nass zu erträglichen Preisen versorgt werden können. Ich glaube, das ist eine Hauptaufgabe auch für uns Gemeinden und von hier, vom Hohen Haus.

Der Bodenbeschaffungsfonds hat auch den Sinn, dass man rasch und effizient Hilfe anbieten kann und damit rasch Mittel erhält, um im Falle einer Möglichkeit – ich gehe wieder zurück – Grundquellen, wo dieses kostbare Nass herausprudelt, anzukaufen und diesen Grund auch zu bekommen. Wir haben ja auch sehr viele Verhandlungen mit der Landwirtschaft und ich glaube, hier soll man nachhaltig weiterdenken. Des weiteren sind wir mit diesem Bodenbeschaffungsfonds auf dem richtigen Weg, da er wirklich ein Impulsgeber für den ländlichen Raum, für die Gemeinden ist, dass hier sehr rasch und unbürokratisch geholfen werden kann.

Wie ich im Bericht mit der Förderung nach Bezirken feststellen konnte, dass Förderungen in unterschiedlichen Höhen in verschiedenen Bezirken ausbezahlt wurden, so möchte ich die Damen und Herren des Hohen Hauses ersuchen, dieses Bodenbeschaffungsmodell noch mehr in ihre Heimatbezirke hinaus zu transportieren und die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in den jeweiligen Gemeinden positiv zu unterstützen, um dadurch bei sehr wichtigen Projekten und Objekten, das Abwandern von Arbeitskräften aus dem ländlichen Raum hintanzuhalten und somit die eigene Kaufkraft in den Gemeinden bzw. in den Bezirken zu belassen. *(Beifall von der F-Fraktion.)* Denn diesen Bodenbeschaffungsfonds als solchen finde ich persönlich als Bürgermeister als eine sehr, sehr wunderbare Einrichtung und zugleich Hilfestellung für die örtliche Bevölkerung.

Ich glaube, dass wir eigentlich sehr positiv über die Gebarung dieser vorhandenen Mittel beurteilen können, aber auch über die auslösenden Impulse, die davon ausgehen. Ich bin auch der Meinung, dass die Aufgaben in Richtung Sicherung von Grundstücken mit Wasservorkommen, sowie die Errichtung von Gewerbezonem – Sicherung von Arbeitsplätzen ist das – Ankauf von Grundstücken für Gemeinden von größter Bedeutung sein kann und muss. Aber was wäre schon das Ganze ohne einen sehr tüchtigen Leiter bzw. Geschäftsführer Herrn Dipl.-Ing. Besold und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern,

Stark

die die Vielzahl der Arbeiten dieses Bodenbeschaffungsfonds bewältigen. Mit ihrer Freundlichkeit tragen sie sehr positiv zu einer besten Zusammenarbeit mit den Gemeinden bei. Für diese Arbeit möchte ich mich in meinem Namen, im Namen der Gemeinden sowie des BZÖ recht herzlich bedanken! (*Beifall von der F-Fraktion.*) Ich glaube, dass die Arbeit des Bodenbeschaffungsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes eine sehr, sehr wichtige Funktion innehat. Ich danke für Ihr Zuhören! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Stark. Es war seine erste oder auch die sogenannte „Jungfernrede“. Er hat sich sehr viel Mühe gemacht. Man sieht also, dass es nicht so einfach ist, hier gleich ans Pult zu gehen und etwas Vernünftiges zu sagen. Als Nächster hat sich Abgeordneter Lutschounig ... (*Dies löst Heiterkeit im Hause aus. – Zwischenruf von Abg. Ing. Scheuch. – Lärm und Unruhe im Hause.*) Ich habe gesagt, dass es nicht so leicht ist für Abgeordnete ans Pult zu gehen und etwas Vernünftiges zu sagen. Das ist ja eine positive Aussage. Aber, wie der Schelm denkt so ist er! (*Dies wird humorvoll vorgetragen.*) Als Nächster hat sich Abgeordneter Lutschounig gemeldet. Ich bitte ihn, zu sprechen!

Abgeordneter **Lutschounig** (ÖVP):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass der Herr Kollege Stark entjungfert ist, und dass wir bei den nächsten Reden jedenfalls auch schon hineinquetschen dürfen, was ja bei der Jungfernrede nicht gestattet ist. Aber Spaß beiseite! Meine geschätzten Damen und Herren! Ich glaube, der Bericht – der alljährliche Tätigkeitsbericht des Bodenbeschaffungsfonds – ist eigentlich eine sehr positive Entwicklung. Und ich muss sagen, das Kind „Bodenbeschaffungsfonds“, das ja vor einigen Jahren entstanden ist, das hat sich wirklich prächtig entwickelt. Und ich glaube, dass es auch absolut den Zielvorgaben entspricht, dass die Gemeinden hier ein Instrumentarium vorfinden, das ihnen quasi die Möglichkeit vorfinanziert. Und wenn

man heute sieht, zum Beispiel auch im Tätigkeitsbericht vom Jahre 2005, was die Gemeinden alles vorhaben: Vor allem sind es wirtschaftliche Flächen, Gewerbeflächen, Gewerbezonenausweitungen etc., was von den Gemeinden in besonderer Weise hier verwendet wird, um hier die Entwicklung auf dem Sektor der Betriebe, die sich dort angesiedelt haben, auch entsprechend zu unterstützen. Und ich glaube, das ist ein sehr gutes Instrumentarium. Und es ist auch vielleicht gut, dass es keine Barmittel mehr gibt, keine verlorenen Zuschüsse, sondern rückzahlbare Zuschüsse, Darlehen, die natürlich auch dann das Fondsvermögen gleich bleiben lassen, so dass in der Zukunft auch mit diesem Instrumentarium entsprechende Fördermaßnahmen getätigt werden können.

Ich möchte mich auch herzlich bei der Geschäftsführung, beim Herrn Dipl.-Ing. Besold, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber auch beim Referenten für das Klima bedanken, das in diesem Bodenbeschaffungsfonds herrscht, das ein sehr gutes, ein sehr ausgewogenes ist. Und wo man wirklich die sachpolitischen Fragen in den Vordergrund stellt und eigentlich parteipolitische Scharmützel hintangestellt werden. Das ist auch vorbildhaft, glaube ich, wie es in vielen anderen Fonds bzw. Beiräten laufen sollte. Herzlichen Dank dafür! (*Beifall von Abg. Ing. Scheuch und Abg. Ing. Hueter!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Bevor ich dem nächsten Redner, Herrn Abgeordneten Holub, das Wort erteile, möchte ich die Schülerinnen und Schüler der Kärntner Tourismusschule in Villach unter Begleitung von Dr. Pirker auf der Tribüne herzlich begrüßen! (*Beifall im Hause.*) Ich hoffe, dass sie eine interessante Diskussion haben. Wir sind bei der Behandlung des Tätigkeitsberichtes für 2005 – Kärntner Bodenbeschaffungsfonds. Als Nächster ist der Abgeordnete Holub am Wort!

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Geschätzter Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Bodenbeschaffungsfonds! Was mir aufgefallen ist, was

Holub

ist mir aufgefallen? An diesem Kuchenstückchen ist mir aufgefallen, dass es anscheinend einige Bürgermeister gibt, die sich mehr Boden beschaffen können als andere. Woran das liegt, weiß ich nicht. Wahrscheinlich an den Projekten, habe ich mir voriges Jahr und vorvoriges Jahr auch gedacht. Aber es sind immer St. Veit und Spittal vorne. Das ist nur so, was mir auffällt. Ich weiß es jetzt nicht. (*Abg. Ing. Scheuch: Größte Bezirke, größte Gemeinden!*) Ist eh schön! Die haben am meisten Boden, Klagenfurt/Land nur acht Prozent, Klagenfurt/Stadt nur drei Prozent! (*Zwischenruf von Abg. Ing. Scheuch.*) Eh schön! Passt! Recht so! Ist ja auch eine gescheite Geschichte. Die Bodenbeschaffung ist ja eine gescheite Geschichte. Die Gemeinde kauft sich über den Fonds Geld ein und kann das dann lang abstottern. Und das ist schön, das ist gut für Betriebsansiedelungen, für Gewerbeparks! Was mir ein bisschen fehlt sind noch gemeindeübergreifende Projekte. Da könnte man vielleicht ein bisschen mehr machen oder aber überhaupt grenzübergreifende Betriebsansiedelungen! Wäre auch einmal zum Andenken! Was mir nicht ganz gefallen hat, war die Geschichte mit der Motorbootabgabe. Die hätte ich fast eher lieber irgendwo im Umwelt- und im Naturschutz gefunden. Und was mir noch ein bisschen aufgefallen ist: Wenn die Feuerwehr Sachsenburg oder für die Feuerwehr Sachsenburg der Quadratmeterpreis bei 59,- Euro liegt, aber für Magna in Klagenfurt bei 5,- Euro, ist das nicht ganz fair. Okay! Danke schön!

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Cernic das Wort.*)

Abgeordnete **Mag. Cernic** (SPÖ):

Es ist, glaube ich, von allen Fraktionen unbestritten, dass sich das Instrumentarium des Bodenbeschaffungsfonds außerordentlich gut bewährt hat und sich sicherlich auch noch bewähren wird. Es ist wirklich so, dass es sich als ideales Instrument zur Umsetzung der Ziele der Raumordnung für die einzelnen Gemeinden entwickelt hat. Es gibt aufgrund der Finanzierungsvereinbarung ja auch im Jahr 2006 und 2007 die Dotierung von 800.000,- Euro, die das Land Kärnten sicherstellt hat. (*Der Vorsitzende, das Glockenzeichen gebend: Frau Abgeordnete, darf ich Sie ganz kurz unterbrechen: Ich möchte die Klubobmän-*

ner bitten, dass sie Sorge tragen, dass die Abgeordneten sich hier in diesem Raum befinden und sich nicht in großen Scharen irgendwo herumtummeln! – *Abg. Ing. Scheuch: Mein Klub ist vollständig!* – *Vorsitzender: Naja, ich brauche keine Rechtfertigung! Ich möchte nur festhalten, dass das kein schönes Bild für die Öffentlichkeit ist! Ich bitte, weiter zu sprechen!*) Es fällt beim Studium dieses Berichtes auf, dass über 55 Prozent der Mittel auf Gewerbeflächen, auf Bewirtschaftung oder auf das Management von Gewerbeflächen entfallen. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass auch in diesem Bereich – und da wird ja im Fondsbericht schon ganz zart darauf hingewiesen – für die Gemeinden die Zusammenarbeit bezüglich der Bewirtschaftung dieser Flächen eine neue Herausforderung sein wird.

Die im Bericht erwähnte interkommunale Zusammenarbeit bei der Bewirtschaftung von Gewerbeflächen erfordert natürlich auch eine Bereitschaft bei den Gemeinden zusammen zu arbeiten, gemeinsam Ziele zu verfolgen. Und ich denke mir, dass dieser Bodenbeschaffungsfonds, außer der Mittelvergabe in diesem Bereich in Zukunft auch einiges an fachlichem Know-how leisten können.

Das heißt: Bei solcher Zusammenarbeit, bei solchem interkommunalem Management von Gewerbeflächen, das ja letztendlich die Ansiedlung von Betrieben fördern soll, dort wird in Zukunft eine große Herausforderung liegen, eben nicht nur bei der Finanzierung, sondern auch bei der Hilfe, diese Gesamtprojekte von mehreren Gemeinden zu managen.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es liegt keine weitere Wortmeldung zur Generaldebatte vor. Der Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Um ganz kurz dem Abgeordneten Holub eine Antwort zu geben, möchte ich vom Schlusswort Gebrauch machen. Ich bin Mitglied, ehrenamtliches Mitglied des Kuratoriums und kann fest-

Ferlitsch

stellen, dass kein Fall der herangetragen wurde, abgelehnt wurde, sondern da haben andere Gesichtspunkte, wie zum Beispiel die Raumordnung, eine Rolle gespielt, wo einfach das Grundstück für Bebauung usw. nicht geeignet war. Ansonsten arbeitet dieser Bodenbeschaffungsfonds sehr, sehr effektiv und effizient. Und ich glaube, aus den einzelnen Wortmeldungen ist hervorgegangen, dass überall der Dank ausgesprochen wurde. Und ich darf mich dem auch in der Funktion eines Gemeindebundpräsidenten anschließen, um dem Kuratoriumsvorsitzenden, dem Geschäftsführer und dem Landesrat Rohr ein herzliches Dankeschön für die kooperative und gute Zusammenarbeit zu sagen.

Der Landtag wolle beschließen – (*Vorsitzender: Nein, bitte um Eingehen in die Spezialdebatte.*) Entschuldigung!

(*Der Berichterstatter beantragt das Eingehen in die Spezialdebatte. – Der Antrag wird einstimmig beschlossen.*)

Berichterstatter Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Der Landtag wolle beschließen:

Der Tätigkeitsbericht des Kärntner Bodenbeschaffungsfonds für das Geschäftsjahr 2005 wird zur Kenntnis genommen. Ich beantrage die Annahme.

(*Der Antrag wird einstimmig angenommen.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist einstimmig so beschlossen. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 2.

2. Ldtgs.Zl. 116-8/20:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Gemeinden und ländlichen Raum, Föderalismus und Umwelt zur Regierungsvorlage betreffend den Bericht des Kuratoriums des Tierseuchenfonds über die Leistungen des Fonds und die eingehobenen Tierseuchenfondsbeiträge im Jahr 2005

Berichterstatter ist Abgeordneter Ing. Hueter. Ich erteile ihm das Wort!

Berichterstatter Abgeordneter **Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Damen und Herren! Der Ausschuss für Gemeinden und ländlichen Raum, Föderalismus und Umwelt hat in seiner 27. Sitzung am 1. Juni 2006 den Antrag einstimmig angenommen, dass der Bericht des Kuratoriums für die Leistungen des Fonds und die Einhebungen der Tierseuchenfondsbeiträge für das Jahr 2005, zur Kenntnis gebracht wurde. In den Tabellen liegen die ganzen einnahmen- und ausgabenseitigen Punkte vor. Ich möchte auf ein paar eingehen. Die Summe der Einnahmen beträgt 2.272.145,58 Euro, resultierend hauptsächlich aus den Pflichtbeiträgen für Einhufer, für Rinder, für Schweine und Schafe in der Höhe von: ... Bei den Einhufern 16.467,70 Euro, bei den Rindern 479.960,30 Euro, bei den Schweinen 79.795,44 Euro und bei den Schafen 24.225,85 Euro. Die Zuschüsse des Bundes und des Landes betragen in Summe 249.480,48 Euro. Dem gegenüber steht eben die gleiche Ausgabenseite mit 2.272.145,58 Euro. Dann haben wir zusätzlich noch Wertpapiere in der Höhe von 203.483,94 Euro, Termineinlagen in der Höhe von 1.100.000,-- Euro. Und am Girokontostand per 31.12.2005 liegen 336.166,52 Euro. Das ist dafür da, damit eben, wenn es rasch gebraucht wird, das Geld auch zur Verfügung steht.

In der Sitzung hat der Peter Kaiser die Anfrage gestellt, wie hoch die Beiträge bei den Ohrmarken wären. Ich habe das herauszählen lassen. Bei den Schweinen hat das 8.781,54 Euro ausgemacht, bei den Schafen 6.450,75 Euro und bei den Rindern 208.370,94 Euro. Wie teuer die Ohrmarken waren? Das ist, glaube ich, auch eine Anfrage gewesen. Bei den Schweinen sind das 0,13 Euro pro Stück, bei den Schafen 0,20 Euro und bei den Rindern in etwa 2,-- Euro, und die Verlustohrmarken 1,31 Euro.

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

(*Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte und erteilt Abg. Zellot das Wort.*)

Abgeordneter **Zellot** (F):

Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren! Liebe Zuhörer! Der Berichterstatter hat ja schon die Zahlen über den Bericht des Tierseuchenfonds genannt. Ich möchte vielleicht auch darauf hinweisen, dass aus diesem Bericht nicht eindeutig hervorgeht, dass die Pflichtbeiträge, die hier aufscheinen und beinhaltet sind, natürlich auch von den bäuerlichen Familienbetrieben bezahlt werden. Nicht nur die Beiträge des Landes und des Bundes, sondern aufgrund der Stückzahl werden auch die Beiträge für den Tierseuchenfonds eingebracht. Ich möchte vielleicht noch darauf hinweisen, dass es als Vorsichtsmaßnahme für gesunde Produkte am Tisch von aller Wichtigkeit ist, dass es diesen Tierseuchenfonds gibt. Damit alle Vorsichtsmaßnahmen, ob das jetzt die Parasitenbekämpfung oder ob das irgendeine Diagnosefeststellung von verendeten Tieren ist, dass das von aller Wichtigkeit ist. Dass auch allen Kärntnerinnen und Kärntnern bewusst ist, dass der Tierseuchenfonds eine Organisation ist, die auch für irgendwelche Fälle Vorsorge trifft, die auftreten können, und um dann auch sofort reagieren zu können. Das Schönste in diesem Bericht für mich scheint doch auch, dass in diesem beinhaltet ist, dass Kärnten keinen BSE-Fall hat. Das ist auch von aller Wichtigkeit. Und ich glaube, dass dieser Tierseuchenfonds eine Einrichtung nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für die Garantie von gesunden Produkten ist. Danke schön! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Es ist zwar der Herr Abgeordnete Lutschounig gemeldet. Er ist nicht hier. Somit liegt keine weitere Wortmeldung vor. Der Berichterstatter hat das Schlusswort.

(Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort und beantragt das Eingehen in die Spezialdebatte. – Der Antrag wird einstimmig angenommen!)

Berichterstatter Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Kuratoriums des Tierseuchenfonds vom 30. März 2006, Zl. 10V-9000-9/25/2006 über die Leistungen des Fonds und die eingehobenen Tierseuchenfondsbeiträge im Jahre 2005 wird zur Kenntnis genommen.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist einstimmig so beschlossen, wenn ich auch den Herrn Bürgermeister, Abgeordneten Köfer, dazurechne. Ich komme nun zum Tagesordnungspunkt 3:

3. Ldtgs.Zl. 88-9/29:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Gemeinden und ländlichen Raum, Föderalismus und Umwelt zur Regierungsvorlage betreffend den Bericht über den Jahresabschluss 2005 der Ausgleichskasse nach LGBl. Nr. 34/1995

Berichterstatter ist ebenfalls Abgeordneter Ing. Hueter: Ich bitte zu berichten!

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! In der 27. Sitzung am 1. Juni 2006 haben wir ebenfalls im Ausschuss für Gemeinden und ländlichen Raum, Föderalismus und Umwelt den Antrag einstimmig beschlossen, dass wir eben den Stand der Gebarung der Ausgleichskasse im Jahre 2005 zur Vorlage im Landtag durch die Landesregierung eingebracht und zur Kenntnis genommen haben. Auch dort liegen Zahlen auf: Einnahmenseitig im Jahr 2005 Gesamteinnahmen von 1.445.478,82 Euro. Dem stehen die Ausgaben in der Höhe von eben 1.435.325,33 Euro gegenüber. Das ergibt einen Überschuss am Girokonto Stand 31.12.2005 von 10.153,49 Euro.

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

(Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte. – Es liegt keine Wortmeldung vor. – Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schluss-

Ing. Hueter

wort. – *Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort und beantragt das Eingehen in die Spezialdebatte.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Das ist einstimmig so beschlossen; wenn ich den Herrn Abgeordneten Köfer mitrechne. Bitte, auch einmal ein Zeichen der Zustimmung zu geben! (*lachend:*) Das wirst du im Parlament draußen auch machen müssen. (*Heiterkeit im Hause*)

Ich bitte, zu berichten.

Berichterstatter Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht über die Gebarung der Ausgleichskasse für das Jahr 2005 vom 22. 3. 2006, Zahl 10V-4300-7/1/2006, nach § 13 Abs. 4 Fleischuntersuchungsgesetz wird zur Kenntnis genommen.

Ich beantrage die Annahme.

(*Der Antrag wird einstimmig angenommen.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 4:

4. Ldtgs.Zl. 162-11/29:

**Bericht und Antrag des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft, Naturschutz, Raumplanung und Nationalparks zum selbstständigen Antrag des Ausschusses gem. § 17 Abs. 1 K-LTGO betreffend den Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Kärntner Jagdgesetz 2000 geändert wird
./ mit Gesetzentwurf**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Zellot. Gemäß § 17 Abs. 2 K-LTGO lasse ich über das unmittelbare Eingehen in die zweite Lesung abstimmen. Wer damit einverstanden ist: Bitte um ein Handzeichen! – Das ist einstimmig so

beschlossen. Ich bitte, zu berichten!

Berichterstatter Abgeordneter **Zellot** (F):

Meine geschätzten Damen und Herren! Herr Präsident! In der letzten Sitzung des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft war es ein Antrag der Kärntner Jägerschaft, hier um die Gesetzesänderung, was die Gamsgeißen betrifft um eine andere Alterseinteilung und somit auch eine Schonung, was auch ein Wunsch der Kärntner Jägerschaft ist. Es wurde diesem Wunsch im Ausschuss auch einstimmig Rechnung getragen.

Herr Präsident, ich ersuche um Eingehen in die Generaldebatte.

(*Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte und erteilt KO Abg. Ing. Scheuch das Wort.*)

Abgeordneter **Ing. Scheuch** (F):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Eine kleine Gesetzesänderung, die aber große Auswirkungen hat, zumindest auf die Gamsgeißen. (*in Blickrichtung SPÖ-Fraktion*) Ich hoffe, Sie fühlen sich nicht betroffen. (*lachend:*) Sie sollten sich nicht betroffen fühlen! So war das auch nicht geplant. Ganz das Gegenteil war geplant. In Wirklichkeit geht es, wie der Berichterstatter gesagt hat, darum, es der Jägerschaft zu ermöglichen, genau die Gamsgeißen, nämlich diejenigen, die für den Fortbestand der Art sozusagen letztendlich verantwortlich sind, zu schützen und den Jägern zu verbieten, auch diesen mittleren Altersbau zu schießen.

Grundsätzlich möchte ich aber diese Debatte auch dazu nützen, ein ganz kleines Resümee über das Autonomiemodell der Kärntner Jägerschaft zu ziehen. Ich glaube, hier sagen zu dürfen, dass das ein richtiger Weg gewesen ist, der hier eingeschlagen worden ist. Das Lächeln von ÖVP-Seite gibt mir hier neuen Schwung für die Argumentation. Es sind ja auch Jäger in Ihren Reihen. (*Abg. Lutschounig: Wie du die Kurve kratzt!*) Die ist in diesem Fall nicht zu kratzen, sondern es ist ein, das habe ich schon betont, geradliniger Weg, den die Jägerschaft hier beschritten hat. Man kann sagen, dass mit großem Einsatz, mit großem Verantwortungsgefühl, aber auch – und das freut mich besonders! – mit großer Ausgewogenheit hier die Geschicke der Jagd

Ing. Scheuch

verwaltet wird. Es liegt mir auch am Herzen, zu sagen: Die Zusammenarbeit zwischen der Kärntner Jägerschaft – immerhin von 10.000 Mitgliedern der Kärntner Jägerschaft – und dem Kärntner Landtag stellt sich als hervorragend dar.

Dies nicht zuletzt, weil wir uns ja auch im Jahr der Evaluierung des Jagdgesetzes hier befinden. Nachdem der Abgeordnete Lutschounig jetzt auch eine Wortmeldung hier abgegeben hat, freue ich mich, dass diese Einigkeit heute hier auch wiederum breit gefächert vorgetragen wird; eine Einigkeit, die letztendlich auch in Zeiten, wo man europaweit und weltweit auch das eine oder andere kritische Wort zur Jagd verliert, eine wichtige ist, weil sie auch hier eine Identität der Kärntner Seele und weiter Teile der Kärntner Bevölkerung repräsentiert. *(Beifall von der F-Fraktion)*

Es ist ja auch sehr erfreulich, dass im Kärntner Landtag über alle Parteigrenzen hinweg die Jagdsprecher vertreten sind, praktizierende Jäger vertreten sind und somit ein guter Zugang zu diesem Thema gefunden werden kann. Insbesondere möchte ich mich auch hier über die partiübergreifende Zusammenarbeit mit Präsident Ferlitsch, Lutschounig, Wilma Warmuth und meiner Fraktion auf das Herzlichste bedanken! Wir freuen uns, diese Gesetzesänderung durchzuführen. Du musst erst die Jagdprüfung machen, Schlagholz, mein Freund! Wir arbeiten zwar gut zusammen, aber in der Jagdfrage hast du einen Vorgesetzten: Er nennt sich Präsident Ferlitsch. Aber wir laden dich recht herzlich ein. Falls du bei der Jagdprüfung antreten wirst, werden wir dir vorher ein paar Tipps und Ezzes geben, damit du die Prüfung mit Vorzug bestehst. *(Heiterkeit im Hause)*

In diesem Sinn, damit ich nicht noch provoziert werde, zu weiteren Ergüssen, schließe ich meine Rede und bedanke mich für die Kärntner Jägerschaft mit einem Weidmannsheil hier vom Rednerpult! Danke! *(Beifall von der F-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt 2. Präs. Ferlitsch das Wort.)

Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich darf mich den

Worten des Klubobmannes Ing. Scheuch anschließen und nur zusätzlich feststellen, dass bevor der Antrag von der Kärntner Jägerschaft in diese Richtung gekommen ist, es selbstverständlich verschiedene Beratungen im „Gamsgeißenausschuss“ bzw. auch im Landesbeirat gegeben hat; man dort auch einhellig zur Auffassung gekommen ist, dass wir diese Gesetzesänderung auch im Kärntner Landtag beschließen sollten. Es ist erfreulich, dass wir alle gemeinsam die Verantwortung dafür übernehmen und der Kärntner Landtag diesen Beschluss, meiner Meinung nach, wie es auch im Ausschuss war, einstimmig beschließen wird.

Ich glaube, das ist ein richtiger Schritt in die richtige Richtung, um die Schonung und den Abschussplan auch für die Gamsgeiß festzulegen und damit eine Schonung bzw. eine Freigabe bei der Gamsgeiß zu erfolgen hat; ein verantwortungsvoller Schritt vom Kärntner Landtag, aber auch von der Jägerschaft insgesamt gesehen.

Erlauben Sie mir, dass ich kurz noch eine Replik bzw. einige Anregungen von Seiten der Jägerschaft, vor allem aus meinem Bezirk überbringe, nämlich im Zusammenhang mit der Evaluierung des Jagdgesetzes wird es Diskussionen geben. Ich glaube, es wäre sinnvoll und sehr, sehr, wichtig, dass wir einmal über die Verbißschäden in der Forst- und Landwirtschaft nachdenken sollten, dass man da einheitliche Lösungen anstrebt und Diskussionen darüber führt. Denn es ist auf der einen Seite nicht einzusehen, dass es im Bereich der Wildschäden *(Abg. Lutschounig: Wildschweine!)* oder auch im Bereich der Wildschweinsituation keine Möglichkeiten geben soll, die Situation in den Griff zu bekommen. Es wird auf der einen Seite nicht gehen, dass die Jägerschaft die totale Verantwortung in diesem Bereich übernimmt und natürlich ganz tief in die Brieftasche greifen muss, in verschiedenen Bereichen und auf der anderen Seite doch mit der Freigabe des Abschusses nicht so hausaltet wird, wie man sich das vorstellt. Ich glaube, da wird es noch einen Diskussionsprozess geben müssen, im Zusammenhang mit der Verantwortung für uns alle und vor allem auch für unsere schöne Natur, unserer Flora und Fauna. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Lutschounig das Wort.)

Abgeordneter **Lutschounig** (ÖVP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie hat der eine gesagt: „Weidmannsheil!“ – Sagt der: „Ich bin ja kein Jäger“ – „Aber ein fester Hirsch!“ (*Abg. Ing. Scheuch: Selbsterkenntnis ist der erste Weg zur Besserung!*) - Spaß beiseite, meine Damen und Herren! Ich glaube, dass da wirklich die sach- und fachpolitischen im Vordergrund gestanden sind, daher hat es im Ausschuss auch Einmütigkeit gegeben. Ich glaube, das wird auch hier im Hohen Haus die Zustimmung von allen Parteien finden.

Was ich aber meine, was durchaus positiv hervorzuheben ist, das ist auch die Zusammenarbeit der Kärntner Jägerschaft auch mit der gesetzgebenden Körperschaft. Das heißt, wenn dort von Fachleuten, von Experten ein Problem erkannt wird, dass das sehr rasch und unbürokratisch in Form eines Antrages geht, dass man hier eine Gesetzesänderung macht. Ich glaube, das ist wirklich sehr schnell gegangen. Das ist ein Beispiel dafür, wie es eigentlich funktionieren sollte, wenn Anliegen, in diesem Fall von der Kärntner Jägerschaft und von den Experten der verschiedenen Fachausschüsse an die Politik herangetragen werden, dass man sehr rasch die Möglichkeit der Umsetzung sieht. Ich glaube, das ist in diesem Fall auch gelungen.

Ich möchte aber auf das zu sprechen kommen, was der Herr Klubobmann Scheuch und der Herr Präsident Ferlitsch gemeint haben, auch was die Autonomie betrifft. Ich glaube, dass sie sich im Großen und Ganzen bewährt hat. Diese Autonomie ist eine gute Sache – wird natürlich da und dort Nachbesserungen bedürfen. Das ist überhaupt keine Frage. Diese ganzen Evaluierungen werden schließlich dazu führen, dass man jene Schwachpunkte, die sich auf Grund der praktischen Abwicklung ergeben haben, dann auch ausmerzen wird können. Aber ich glaube, Selbstverantwortung jenen zu übertragen, die davon mehr verstehen als die Verwaltung im Lande, das ist ein guter Schritt und hat sich sicherlich bewährt. Ich denke, dass wir in vielen Fragen wie auch was die Wildschäden betrifft, zum Beispiel auch bei den Wildschweinen, die riesigen Schaden anrichten – nicht im Wald, denn dort sind sie fast Nützlinge, wenn sie die Erde, auf gut deutsch gesagt, umpflügen -, in den Feldern machen sie Schäden. Es ist fürchterlich,

welche Schäden sie dort machen, als ob das von einem Pflug umgebaut worden wäre. Das sind enorme Schäden! Man wird einiges dazu sagen müssen, wie man in der Praxis dann mit diesen Problemen umgehen wird.

Es ist auch interessant festzustellen, es war so, dass dieser strenge Winter natürlich auch zu einer Dezimierung des Rehwildes beigetragen hat; in vielen Orten sogar sehr dramatisch. Aber auf der anderen Seite ist es so, dass das durch den späten Sommer natürlich kein Vorteil und keine Freude für die Bauern sind. Es kommt mit der späten Heuernte sicherlich dazu, dass weniger Mähschäden bei den Kitzen entstehen, weil sie sich einfach so groß und stark entwickelt haben, dass sie entsprechend flüchten können. Man sieht, dass die Natur auch ihrerseits immer wieder einen Ausgleich schafft. Das ist auch ganz interessant. Dass wir Jäger da auch als Regulatoren, was den Einklang mit der Natur betrifft, auch da und dort einschreiten müssen.

In diesem Sinne werden wir natürlich dieser Gesetzesänderung die Zustimmung erteilen! Danke! (*Beifall im Hause*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Lesjak das Wort.*)

Abgeordnete **Mag. Lesjak** (GRÜ):

Verehrter Präsident! Hohes Haus! Auch wir werden diesem Gesetz zustimmen, weil hier der Schutz der Gamsgeißen auch seine gesetzliche Entsprechung findet. Unserer Information nach ist es ja so, dass das in der Praxis schon so gelebt wird und dass hier einem Wunsch nachgekommen wird, der von der Jägerschaft selbst ausgeht. Der zuständige Fach- und Landtagsausschuss hat das so gewollt. Auch die Jägerschaft will das, nämlich den Schutz der weiblichen Gamspopulation, dass auch führende Geißen geschont werden sollen.

Das ist etwas sehr Positives. Gämsen sind etwas ganz Besonderes und auch schützenswert. Sie sind ja gewisserweise auch Teil der Kärntner Identität. Es ist auch gut, dass es zwar die Richtlinien gibt. Es gibt ja die Richtlinien für die Abschusspläne. Dort werden die Gämsen, Gamsgeißen bis zu zwölf Jahren bereits geschont, das heißt in der Praxis dürfte dieser Schutz schon vorhanden sein. Aber noch besser ist es natür-

Mag. Lesjak

lich, wenn man diesen Schutz nicht nur de facto sondern auch de jure bestimmt. Danke schön!
(Beifall des Abg. Holub und der ÖVP-Fraktion)

(Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. – Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort. – Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort und beantragt das Eingehen in die Spezialdebatte. – Der Antrag wird einstimmig angenommen.)

Berichterstatter Abgeordneter **Zellot** (F):

Artikel I

Das Kärntner Jagdgesetz 2000 – K-JG, LGBl. Nr. 21, in der Fassung der Gesetze LGBl. Nr. 72/2001, 7/2004, 18/2004, 20/2005 und 79/2005, wird wie folgt geändert:

Im § 57 Abs. 2 lit. d entfällt die Wortfolge „Gamsgeißen und“

Artikel II

Dieses Gesetz tritt an dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft.

Ich beantrage die Annahme.

(Art. I und II werden einstimmig angenommen. – Vorsitzender: Bitte Kopf und Eingang! – Berichterstatter:)

Berichterstatter Abgeordneter **Zellot** (F):

Der Landtag wolle beschließen:

Dem Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Kärntner Jagdgesetz 2000 – K-JG geändert wird, wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich beantrage die Annahme.

(Die Annahme der 3. Lesung erfolgt ebenfalls einstimmig.)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Damit ist der Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

5. Ldtgs.Zl. 14-11/29:

**Bericht und Antrag des Ausschusses für Familie, Soziales, Gesundheit, Generationen und Sport betreffend den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über stationäre Versorgungskapazitäten der Kärntner Fondskrankenanstalten; Angliederungsverträge
Reihe Kärnten 2006/1**

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Mag. Trannacher. – Ich erteile ihr das Wort!

Berichterstatterin Abgeordnete **Mag. Trannacher** (SPÖ):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen im Kärntner Landtag! Der Ausschuss für Familie, Soziales, Gesundheit, Generationen und Sport, hat den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über stationäre Versorgungskapazitäten der Fondskrankenanstalten in seiner Sitzung am 30. Mai behandelt und einstimmig an den Kärntner Landtag weitergeleitet.

Ich ersuche um das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Die Generaldebatte ist eröffnet. Es liegt mir keine Wortmeldung vor. (Es erfolgen Einwände aus den Abgeordnetenbänken. – Lärm im Hause.) Nein, das ist zum Tagesordnungspunkt 8. Das war aber eine schwere Täuschung des Präsidenten. (Dies wird humorvoll vorgetragen.) Es hat sich somit noch der Abgeordnete Holub gemeldet. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bin jetzt auch sehr verwundert, dass ich gleich der Erste bin. Dieser Bericht – wir haben ja schon früher einmal darüber gesprochen – ist eigentlich ein ziemlicher Hammer, weil da drinnen steht: „In Kärnten wären im Jahr 125 Millionen, 125 Millionen Euro einzusparen!“ Das klingt am Anfang sehr nett, aber, die Frage ist dann wo,

Holub

gelt? In Wirklichkeit sagt dieser Bericht: Von diesen 11 Krankenanstalten werden wir bis auf fünf, sechs, zusperren müssen. Das sagt er! In Wirklichkeit sagt dieser Bericht dann aber auch, wir werden so und so viele Menschen freisetzen müssen. Das sagt er! Und er sagt aber auch, wir müssen den Verdienst der Ärzte und des Personals an das österreichische Niveau angleichen! Das heißt, du musst jetzt hergehen und den Menschen, die halt um ein bisschen mehr verdienen als andere in Österreich, das wieder wegnehmen. Ja, das ist leicht gesagt, aber wie soll man das machen?

Der Bericht geht aber auch teilweise wieder sehr nett mit dem Land Kärnten um, weil er die ganzen Bemühungen niedergeschrieben hat, die man da getätigt hat, um es zu machen. Man hat die Betten reduziert, man hat sie wirklich um Einiges reduziert. Nur, das nutzt halt in dem Fall nichts, wenn man die Stationen reduziert. Dann hat man halt in den Stationen wo man den gleichen Verwaltungsaufwand hat, ein bisschen weniger Betten. Und, das Problem ist, dass dieser Bericht auch sagt, die Pro-Kopf-Spitalskosten des Landes Kärnten waren höher als jene der anderen Bundesländer. Jetzt habe ich mir den Vergleich europaweit angeschaut und da kommt man schon drauf, dass Österreich freilich Prokopf ein bisschen höher liegt und, dass andere Länder – wie zum Beispiel Finnland und Schweden – ja, Maria, die sind vielleicht um zwei Drittel billiger. Warum das so ist kann ich von da aus nicht sagen, aber es gibt ja immer diese berühmten Spitalsberater, Köck & Ebner, die um unwahrscheinlich viel Millionen Geld Berichte schreiben, dann wieder weggehen. Ein paar Sachen werden da schon wahr dran sein. Also, wir werden uns sicherlich ein bisschen konzentrieren müssen, wir werden besser zusammenarbeiten müssen, wie halt dann in den Angliederungsverträgen drin steht.

Da sind schon ein paar gewesen, Ärzte, die eine Orthopädie in Villach betreiben, dann gleichzeitig in einem privaten Krankenhaus sind, dann wieder zurückgehen in das öffentliche Krankenhaus, sich dort Stationen geben lassen und praktisch dort dann doppelt mitverdienen. So wird es auch nicht sein können! Diese Angliederungsverträge wurden auch vom Rechnungshof kritisiert, weil in dem Fall einfach die Vertragsdauer viel zu lang ist, dass jedes Mal wieder auf zehn Jahre abgeschlossen wird und die Evaluation

vorher fertig ist. Und dann kommt man drauf, das hätte man anders machen müssen. Aber, bei den Krankenanstalten nehme ich einmal an, dass jetzt irgendwann einmal der Prozess weitergehen wird, wo wir wirklich auf die Kosten schauen müssen. Wir haben ja die Kosten gedeckelt, nur, das ist den Kosten relativ wurscht, wahrscheinlich, wenn wir sie gedeckelt haben. Die werden trotzdem entstehen.

Was wir brauchen, ist einfach grundsätzlich von jedem Platz in Kärnten aus die optimale Versorgung; dann wahrscheinlich teilweise aufgeteilt. Wir werden uns in Klagenfurt zentrieren müssen. Das wird auch die Geschichte mit dem Krankenhaus Neu sein. Wenn das gut durchgedacht ist, kann das schon einiges abfangen. Und auch davon spricht der Rechnungshofbericht. Aber 125 Millionen Euro im Jahr kann ich mir nicht vorstellen, wird auch nicht realistisch sein. Und ich glaube auch, als ich den Kollegen Arbeiter das erste Mal gesehen habe, wie er drauf reagiert hat, das geht nur über seine Leiche! Und das wollen doch alle nicht. Danke! (*Beifall von Abg. Mag. Lesjak.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Tauschitz das Wort.*)

Abgeordneter **Tauschitz** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Zuschauertribüne! Ich werde meine erste Wortmeldung zu diesem Bericht etwas kürzer halten. 125 Millionen Euro Einsparungspotenzial! – das bedeutet, wenn ich kurz einen Vergleich bringe: Eine Legislaturperiode, vier Jahre mal 125 ist ein Zukunftsfonds. 125 Millionen Euro jedes Jahr eingespart bedeutet in vier Jahren 500 Millionen! Wir sprechen auf der einen Seite über den Zukunftsfonds und über 500 Millionen Euro und wie wichtig das für unser Land ist, und, was man damit alles machen könnte, und was man damit für Impulse setzen könnte. Und auf der anderen Seite haben wir einen Rechnungshofbericht vor uns liegen, der uns mitteilt, dass wir bei unseren Krankenhäusern Einsparungspotenzial von 125 Millionen Euro haben.

Jetzt erinnere ich mich noch sehr gut an die Worte des Herrn Kollegen Arbeiter vor wenigen Monaten hier im Haus, als es um das ominöse

Tauschitz

Papier, das zwischen ihm und dem Herrn Landeshauptmann abgeschlossen wurde gegangen ist, wo was drinnen steht von Standortgarantie, vom Personal – also Arbeitsgarantie fürs Personal – etc., etc. Und ich habe ihm damals gesagt: „Lieber Kollege Arbeiter, glaubst du denn wirklich, dass dieses Papier das Papier wert sein wird auf dem es geschrieben ist!“ Und felsenfest überzeugt hat mir der Kollege Arbeiter die Antwort gegeben: „Ja, selbstverständlich, das wird alles halten!“ Und vor wenigen Tagen bin ich leider zehn Tage im Bett gelegen, mit Fieber und vollem Verkühlungsprogramm – habe ergo nicht reagieren können – lese ich in der Zeitung von einer Pressekonferenz, dass man endlich den Schlüssel gefunden hat, wie man denn das Krankenhaus Neu finanzieren wird. Gute 300 Millionen, ja! Durch Einsparungen! Und jetzt weiß ich, der Kollege Holub hat das schon begonnen zu erklären, dass die 125 Millionen Euro Einsparung nicht möglich sein werden. Auf der anderen Seite verkündet der Herr Landeshauptmann in Einigkeit offensichtlich mit dem Herrn Arbeiter, (*Abg. Arbeiter: Das ist ein völliger Blödsinn! Völliger Blödsinn!*) dass man das Krankenhaus Neu – dann nicht in Einigkeit mit dir – dass man das Krankenhaus Neu durch Einsparungen finanzieren wird.

Warum sagt denn hier niemand die Wahrheit? Warum sagt denn hier niemand, dass wir im Moment unsere Bürgerinnen und Bürger mit 42 Millionen Euro pro Jahr belasten, dass wir Personalkosten haben, die um 42 Millionen Euro höher sind als in anderen Bundesländern! Es hat der Kollege Holub ausgeführt, dass österreichische Krankenhäuser generell teurer sind als die in Resteuropa. Und innerhalb der österreichischen Krankenhäuser sind wir die teuersten, abgesehen von Wien, wobei Wien – wie wir alle wissen – anders zu bewerten ist. Die haben ein AKH, und dieses Monstrum ist halt nicht sehr effizient. Warum sagt denn niemand die Wahrheit, dass Einsparungen, dass das Krankenhaus Neu – finanziert durch Einsparungen – bedeutet, dass hier ganz bewusst von Seiten des Krankenhausmanagements Personalabbau geplant ist! Denn Einsparungen werden nicht dadurch gemacht werden können, dass man sich die Farbe spart mit der man Wände streicht in einem OP, und die werden auch nicht damit gemacht, wenn man sich Putz- und Reinigungspersonal spart. Der größte Brocken sind Personalkosten.

Und der Rechnungshofbericht hat uns sehr klar vorgerechnet, dass wir hier in Kärnten mit Abstand die teuersten sind. Und so frage ich mich: Warum sagt hier niemand die Wahrheit? Ich glaube, man kann der SPÖ die Kompetenz im Krankenhaus zusprechen, ja! Ihr habt sie zumindest seit Jahrzehnten in diesem Land; es entscheidet grosso modo die Sozialdemokratische Partei, was in den Krankenhäusern passiert. Und ich frage mich, wie lange werden wir noch – die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Krankenhäuser generell in Kärnten – im Ungewissen gelassen? Und ich frage mich auch, wie lange die Politik noch versuchen wird, in diesem Land rechtzufertigen, dass die Kosten für unsere Krankenhäuser, als Beispiel ja, Geldkosten im Jahr 2003 pro Einwohner, hier geht's um Betten, in Kärnten mit 1.001,08 Euro veranschlagt sind; im Burgenland 557,-- Euro; in Niederösterreich 694,-- Euro; in Oberösterreich 881,-- Euro; in Salzburg 939,-- Euro; in der Steiermark 918,-- Euro, in Tirol 960,-- Euro und in Vorarlberg 763,-- Euro betragen. Das heißt, wir durchschnittlich zwischen 6 und 44 Prozent teurer sind!

Will mir jetzt irgendjemand in dem Haus erklären, dass man nur in Kärnten österreichweit eine gute Krankenhausversorgung kriegt? Dass wir in Kärnten die besten Ärzte haben österreichweit? Dass man in der Steiermark nicht gut versorgt ist, dass man in Salzburg nicht gut versorgt ist, in Niederösterreich nicht gut versorgt ist? Muss ich mich jetzt fürchten, wenn ich in Niederösterreich am Wochenende, keine Ahnung, auf Urlaub bin und ich mir einen Fuß breche, dass ich in Niederösterreich nicht gut versorgt werde? Oder hat man hier über Jahrzehnte einen Apparat aufgebläht, der nicht die Leistung am Patienten erhöht, sondern der in sich als Apparat hinterfragenswert ist. Und deswegen fordere ich alle auf, hier in diesem Haus, wir müssen uns überlegen, wie bekommen wir die Kosten im Gesundheitsbereich – der Sozialbereich kommt da dazu – in den Griff? Weil ich verwehre mich dagegen, nur die Kostenkeule zu schwingen. Es hat keinen Sinn, es hat keinen Sinn, in dieser Frage auf die Kostenbremse zu drücken und zu sagen, wir müssen alles billig machen. Was uns gelingen muss, ist: Wir müssen das Krankenhaus effizient gestalten!

Wir müssen dafür sorgen, dass wir die größtmögliche und beste Versorgung für unsere

Tauschitz

Bürgerinnen und Bürger bekommen, aber zu einem vertretbaren Preis, und nicht umgekehrt, die teuerste Versorgung für den Bürger und die möglichst beste Qualität. Es muss die Qualität im Vordergrund stehen! Und wie man das heutzutage ordentlich macht, kann man auch gute Qualität zu einem vernünftigen Preis bekommen, weil in diesem Rechnungshofbericht steht ja nicht drinnen, dass wir jährlich 20 Millionen Euro sparen können, sondern es ist von über 100 Millionen Euro die Rede. Und, das sind Dimensionen – ich sage es noch einmal – vier Jahre, theoretische, dass das nicht geht, ist klar – aber vier Jahre Einsparung und wir haben einen Zukunftsfonds! Überlegen Sie sich, was wir damit in diesem Land, auch im Gesundheitsbereich, wenn wir dieses Geld nur umschichten und vernünftig verwenden und effizient einsetzen, was wir in diesem Land für unsere Bürgerinnen und Bürger weiterbekommen können, wenn wir hergehen und hier umdenken. Danke fürs Erste! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Ragger das Wort.)

Abgeordneter Mag. Ragger (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren des Hauses! Ich bin sehr aufmerksam den Bericht bzw. den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Tauschitz gefolgt. Er hat auch wirklich, darin enthaltend, sehr interessante Aspekte und Aussichten und Fragestellungen aufgeworfen. Trotzdem frage ich mich immer wieder, was in den letzten Jahren an konstruktiven Vorschlägen von Seiten der ÖVP gekommen ist. Ich kann mich nur entsinnen, in der ersten Periode, die ich in diesem Haus gesessen bin, war diese berühmte Perlenschnur. Von dieser Perlenschnur ist nicht einmal mehr die Schnur übriggeblieben, weil diese Kosten hätten sich drei Mal so explosionsartig entwickelt wie die jetzige LKH-Neubauplanung von Seiten der SPÖ als auch des BZÖ.

Man muss sich auch eines vergegenwärtigen. Es ist schon richtig, das ist ein treffender Bericht, eine klare Analyse, ausgerichtet auf einen Statusbericht im Jahre 2003/2004, der natürlich aufzeigt, dass wir – und das muss man aber immer wieder dazu sagen – aus dem historischen Bereich, aus der historischen Entwicklung der

Krankenanstalten in Kärnten – und einer unserer berühmten Lavantaler war einer der Treffendsten, der sich dafür eingesetzt hat, dem wir heute noch das Wort reden mit seinen 5.000,-- Schilling und seinem Schrebergarten, der Herr Landesrat Gallob – der eigentlich im Endeffekt diesen Strukturwildwuchs verursacht hat. Und damit wird ihn auch die SPÖ nicht aus der Ziehung lassen können.

Aber wir haben es in den letzten zwei Jahren unter konsequenter Führung zuwege gebracht, Leistungsinjektionen durchzuführen, Angebotsplanungen zu erarbeiten als auch, und das hebt der Bericht auch klar hervor, die Betten zu reduzieren. Natürlich sind wir noch nicht am Ende des Tages. Und wir haben nach wie vor elf Häuser im Land Kärnten, fünf private, fünf öffentliche, einen ganz privaten auf GmbH-Basis bestehenden Träger der 7.500 Menschen beschäftigt. Man muss auch sagen, 125 Millionen Einsparung ist zwar vielleicht richtig, ein Zukunftsfonds bedeutet aber auch: 1000 Leute weg! Ob das arbeitsmarktpolitisch sinnvoll ist, vor allem in ländlichen Bereichen, in ländlichen Regionen, ist klar zu überlegen und ist auch eine Maßnahme, mit dem sich das Haus in Hinkunft auseinander setzen wird müssen. Natürlich gebe ich auch dem Bericht Recht, wenn Ärzte heute – nachdem wir von unserer Kaufkraftentwicklung eher im hinteren Bereich und von unserer Einkommensstrukturentwicklung ebenfalls im niedrigeren Einkommensbereich liegen als in Restösterreich – dann aber die Ärzte 17,8 Prozent über dem Bereich liegen, den ein durchschnittlicher Arzt verdient, dann muss man sich schon die Frage stellen: Ja, hallo, wie geht denn das? Das ist ja abartig! Mittlerweile müsste man sich schon fragen: Wo ist hier am richtigen Fleck gespart und wo ist ausgegeben worden?

Interessant ist auch, dass in vielen Bereichen und vor allem, wo man Verlagerungen in den ambulanten Bereich durchgeführt hat, hier natürlich ein starkes Aufeinandertreffen – und da verstehe ich auch den Zentralbetriebsrat Arbeiter – zuwege kommt, nämlich auf der einen Seite die Krankenhäuser zu verteidigen, und auf der anderen Seite hat man diesen extramoralen Bereich, der eigentlich normalerweise Hauptleistungen erbringen sollte. Und Kernaufgaben der Medizin, medizinisch hochqualitative Maßnahmen, sollten in den Häusern abgewickelt werden. Und hier ist insbesondere die Wichtigkeit hervorstreichend,

Mag. Ragger

dass wir uns über eines im Klaren sein müssen – so wie auch der Abgeordnete Tauschitz gesagt hat – hochwertige, qualitative Medizin muss in Hinkunft angeboten werden können und angeboten werden dürfen! Damit muss aber auch die Frage erlaubt sein: Kann man auch hinkünftig über andere Bereiche, die nicht in das Kernfeld der medizinischen Betreuung, der medizinisch qualitativen Weiterentwicklung und der Sicherstellung unserer Patienten und unserer Bürger im Kärntner Volk fallen, nachdenken, hier andere Strukturen, hier andere Einsparungspotentiale – sei es jetzt in Bettenreduktionsart – aber auch in anderen Formen zu finden? Und diese Fragestellungen müssen erlaubt sein! Erlaubt müssen sie sein, weil bislang ist es in Kärnten immer in diesem Bereich so vonstatten gegangen. Wenn in den einzelnen Häusern etwas gegen die Personalstruktur entwickelt worden ist, dann war letztendlich das Produkt jenes, dass der Zentralbetriebsrat auf stur geschaltet bzw. seine Forderungen durchgetragen hat. Und letztendlich ist es in Konsequenz ein Ausfluss dessen gewesen, dass wir uns auch im Oktober 2004 im Landtag damit auseinandergesetzt und dass wir gesagt haben: „Okay, wir geben eine Standortgarantie für die Häuser ab!“ Aber man muss ganz klar erkennen können, dass diese Standortgarantie natürlich Kosten verursachen wird. Und letztendlich werden wir uns früher oder später die Frage erlauben und die Frage stellen müssen: Welche Möglichkeiten hat das Land Kärnten noch bei der Abgangsdeckelung mitzuwirken und in welchem Bereich?

Wir wissen ganz genau: Wir sind heute gedeckelt bis zum Jahr 2009 mit diesen 196 Millionen Euro. Nur, wenn wir uns den Budgetrahmen in den KABEG- Aufsichtsratsprotokollen und in den Aufsichtsratssitzungen ansehen, dann sehen wir eigentlich sehr deutlich, dass wir durch die Personalkostensteigerung auf der einen Seite und die Sachaufwandssteigerungen – Medizin, medizinische Geräte kosten enorm – hier die Abgangsdeckelung früher oder später nicht mehr halten werden können. Und wenn das eintritt, dann wird es entweder ein großes Wehklagen geben, und jede der Parteien wird den anderen den schwarzen Peter zuschieben, oder wir beginnen jetzt rechtzeitig, Möglichkeiten zu entwickeln, wo Fragen erlaubt sein dürfen und müssen.

Wenn das der Fall ist und wirklich ein einheitli-

cher Konsens im Lande Kärnten darüber besteht, wie hinkünftig mit der Krankenanstaltenordnung, mit der Krankenversorgung der Patienten umgegangen werden kann, dann sind wir auf einem sehr guten Weg. Und auf diese Analyse zurückkommend, aufbauend auf diesen Rechnungshofbericht, das ist natürlich die Maximalforderung. 125 Millionen Euro jährlich einzusparen, würde fatale Folgen auch für den volkswirtschaftlichen Bereich in Kärnten bedeuten. Nämlich aus einem einfachen Grunde: Wir würden damit letztendlich auch die Regionen zerstören!

Eines muss ganz klar gesagt werden: Wir müssen es in den nächsten zwei Jahren schaffen, hier klare Regelungen und Entwicklungen zu treffen. Schaffen wir es nicht, werden wir natürlich vor massiven Problemen stehen, die auch in schlimmster Konsequenz bedeuten: Schließung einzelner Häuser, aber auch starke Einschränkungen im Personalbereich! Daher wäre es wichtig und ratsam – und das sollte auch vielleicht sowohl vom Aufsichtsratsvorsitzenden, Ersten Landshauptmann-Stellvertreter als auch vom Landesrat, klar ins Auge gefasst werden – gemeinsam natürlich mit dem Zentralbetriebsrat – hier wirklich Vorstellungen, Ideen und Strukturen zu entwickeln, um diesem vorzeitig Herr zu werden. Weil letztendlich wird es nicht nur das Land Kärnten treffen, es trifft auch die Gemeinden. Weil wenn ich mir die Struktur von unserer Bezirksstadt Wolfberg anschau: Im Jahr 2000 haben wir noch um die 55 Millionen Schilling in die Krankenanstalten hineingezahlt. Dieser Bereich ist mit dem Jahr 2007 heuer wieder erreicht. Also, nächstes Jahr haben wir die gleiche Belastung, wie wir sie im Jahr 2000 gehabt haben, wieder. Das trifft nicht nur Wolfsberg, das trifft Spittal, das trifft St. Veit, (3. Präs. Lobnig: *So ist es!*) das trifft alle Gemeinden. Und das heißt im Endeffekt: Auch die Gemeinden werden nicht mehr Luft haben, außer sie gehen zum Landesrat Rohr und werden wieder Sonderbedarfszuweisungsmittel oder Bedarfszuweisungsmittel beantragen, oder vielleicht schauen, dass sie ein ausgeglichenes Budget für die einzelnen Gemeinden zusammenbringen. Das sind natürlich Risiken, die nicht nur das Land Kärnten betreffen werden. Und das muss uns klar vor Augen geführt werden. Und der richtige Ansatz ist nur: Alle an einen Tisch, reden wir darüber, schaffen wir die Möglichkeit

Mag. Ragger

einer Struktur und dann, glaube ich, sind wir am besten Weg, das zu erledigen! Danke! (*Beifall von der F-Fraktion – Beifall von den Grünen!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Als Nächster hat sich Herr Abgeordneter Arbeiter gemeldet. Ich erteile ihm ... also wollte der Herr Landesrat zum Schluss sprechen? Weil es ist Usus, dass der Herr Landesrat dann immer sein Schlusswort erhebt. Wenn es anders gewünscht ist, müsst ihr euch das ausmachen. Bitte!

Abgeordneter **Arbeiter** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist immer spannend, die Wortmeldungen, wenn es um den Gesundheitsbereich geht, vor allem aus der ÖVP anzuhören. Weil man natürlich alles was nicht angenehm ist, gleich der SPÖ hinüberschiebt, was angenehm ist, gerne bei sich behält. Aber der Kollege Tauschitz kann nicht wissen, dass wir einen Gesundheitsreferenten Zernatto gehabt haben! Aber, was viel schlimmer war, wir haben einen Verwaltungsdirektor Raming gehabt, der nämlich seine Art, wie er für die ÖVP als Parteisekretär gearbeitet hat, nicht ablegen konnte und geglaubt hat, das auf die Krankenanstalt Klagenfurt zurückführen zu können. Leider ist er gescheitert! Und leider läuft jetzt wieder ein Verfahren auch in diese Richtung weiter, was ich nicht sehr begrüße, nebenbei bemerkt! (*Abg. Lutschounig: Sonnberger & Co sind auch nicht erfolgreiche Ökonomen!*) Aber Herr Kollege Tauschitz und andere schwarze Gesundheitsexperten natürlich, die oft immer vorhanden waren! Ich will den Herrn Professor Sablatnig vergessen, aber wenn du gerne willst, dann werde ich ihn schon erwähnen! (*Dies wird auf heitere Weise vorgetragen.*) Wobei man mit ihm gewisse Dinge (*Zwischenruf von Abg. Warmuth.*) besprechen konnte, nur hat er das meistens nicht unbedingt so verstanden, wenn ich mir erlaube, das auf deine Anschuldigungen hin ein bisschen nicht unbedingt ganz fair zu formulieren.

Herr Präsident! Was ich sehr bedauere und ich würde mir wünschen, dass der Kärntner Rech-

nungshof den Rechnungshofbericht des Bundes sehr genau durchleuchtet hätte und wahrscheinlich auch hat, wenn ich den Herrn Direktor dort sitzen sehe. Weil diese Formulierungen, die in diesem Rechnungshofbericht drinnen sind, leider – und das möchte ich in aller Deutlichkeit schon hier kundtun – weitgehend von dem Papier vom Köck & Ebner abgeschrieben und völlig fantasios sind. Weil einfach zu sagen, 125 Millionen können wir uns bei einer Abgangsdeckelung, die wir bei den Krankenanstalten haben, im Jahr einsparen. Von 196 Millionen kann sich das wahrscheinlich niemand vorstellen, außer ich ruiniere wirklich das Gesundheitswesen in Kärnten. Und Kollege Tauschitz, in deine Richtung oder in Richtung der ÖVP: Ich war mitverantwortlich, als man für eure Anstalten, die ihr ja immer für euch in Anspruch genommen habt, irgendeinmal vor Jahren im Kärntner Landtag mit 98 Prozent die Abgangsdeckelung beschlossen hat – einstimmig seinerzeit – die Älteren wissen das. Und zum Beispiel bei den Elisabethinen 25 Nonnen, die gar nicht vorhanden waren, im vollen Abrechnungsbereich im K-Schema bitte schön, vom Kärntner Landtag voll bezahlt habt. Und viele andere Dinge! Das muss man halt auch einmal wissen! Das muss man halt auch einmal wissen! (*Abg. Lutschounig: Das K-Schema gehört auch hinterfragt!*) Wenn ... Das K-Schema können wir ja hinterfragen! Übrigens, mit Zustimmung deiner ÖVP-Freunde in der Gewerkschaft beschlossen, möchte ich auch gerne nebenbei einmal sagen.

Aber wenn man sich beim K-Schema, lieber Kollege, nicht auskennt, sollte man vorher fragen, dann zusammensitzen – dann bin ich beim Ragger – und dann darüber diskutieren. Weil man muss nämlich wissen, dass das K-Schema nur deswegen in Österreich etwas höher ist als die anderen Grundgehälter, weil nämlich die Zulagen miteingerechnet sind. Es ist die Personalzulage drinnen, es ist die Dienstzulage drinnen, es ist die Verwaltungsdienstzulage drinnen, (*Abg. Lutschounig: Die, die die Statistik machen, kennen sich aus!*) die überall, Herr Kollege, in den anderen Bundesländern nicht drinnen sind! Deswegen erscheint jetzt der Vergleich mit dem Grundgehalt einfach etwas höher. Nur, ich muss eines sagen: Auch zu den Ärzten, Herr Kollege Ragger! Ein Großteil der Kosten im Personal der Ärzte sind die Überstunden. Und wahrscheinlich wäre jedem von uns lieber, wir hätten mehr Ärz-

Arbeiter

te, weniger Überstunden und dadurch würde auch der Vergleich mit den anderen Bundesländern genauer und auch fairer sein.

Lieber Kollege Tauschitz! Wenn das Papier wirklich nichts wert wäre, das wir seinerzeit sozialpartnerschaftlich, bitte schön, nicht nur der Arbeiter mit dem Haider –

oder wer immer mit jemandem – gemacht haben, hat die Erfüllung bis auf einen Punkt, der nicht erfüllt ist, gebracht. Die Aufsichtsratsregelung, bei Veränderungen, Verkauf von Gebäuden usw. die Zweidrittelmehrheit im Kärntner Landtag. Die Bediensteten sind Landesbedienstete geblieben, und auch die, die neu eingestellt werden – dass das euch nicht gefällt, das weiß ich seinerzeit von den Verhandlungen – und auch andere Punkte. Zum Großteil steht in dem Punkt drinnen, dass das Geld vom Verkauf an die KABEG wieder für die Investitionen für die Krankenanstalten rückfließen müßte. Das werden wir uns beim nächsten Budget sehr genau anschauen. Und ich hoffe, auch du von deiner Seite.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bettenabbau! Es entstehen Betten wie die Pilze in Privateinrichtungen draußen, sollen sie auch und werden in den Krankenanstalten abgebaut. Aber ich habe noch nicht gehört, dass in den geistlichen und in den privaten Spitälern Betten abgebaut worden sind. Wir haben, nur als Beispiel, im LKH Klagenfurt bei meinem Beginn – des von euch so geschätzten Betriebsrats – 2.800 Betten gehabt. 2.800 Betten! Das LKH Klagenfurt ist knapp budgetiert – 50 Prozent dieser Betten sind bereits abgebaut. Und wir sind an der Grenze! Jetzt haben wir wöchentlich in verschiedenen Bereichen, ob jetzt in den internen Bereichen, auf der Augenabteilung, auf der Nuklearabteilung oder wo immer Sie wollen, Interventionen und Bitten, dass die Patienten die erforderlichen Betten bekommen, weil die Einschränkungen, die gemacht wurden, scheinbar zu weitgehend gewesen sind.

Und der Endvorschlag, der von euch gehalten Köck & Ebner, gemeinsam damals mit der FPÖ, das darf man nicht vergessen, dass man da auch etwas hängenbleiben lässt, haben 800 Betten vorgeschlagen! Und wenn es damals nicht gemeinsam mit den verantwortlichen Landesräten, Landeshauptmann, Zentralbetriebsrat Gespräche gegeben hätte, wären diese 800 Betten für Klagenfurt seit damals so beschlossen worden!

Es ist nur das Beispiel weiter zu führen. Im LKH Klagenfurt ist der Kompromiss mit 1.401 Betten zustande gekommen. Und diese 1.401 Betten, die werden wir auch – wenn es notwendig ist – mit Klauen verteidigen, weil wir sie brauchen werden. Weil das LKH Klagenfurt nicht nur ein Landesspital ist, wo es verschiedene Spezialabteilungen gibt, sondern es auch ein Standardkrankenhaus für Klagenfurt und Klagenfurt/Umgebung ist. Und ich bin froh darüber, dass wir die Standortgarantie gehabt haben, weil die Diskussion, nach Friesach und St. Veit, die damals beim Bettenabbau drinnen war – bei den Elisabethinen zusperren, Laas zusperren, Hermagor zusperren – wir aufgrund dieser die Standortgarantie zuwege gebracht haben. Dass man darüber in Zukunft diskutieren wird müssen, das ist auch keine Frage!

Und Kollege Ragger! Wir sind jederzeit bereit, auch darüber zu diskutieren, wie es in der Steiermark gelungen ist. In der Steiermark wäre man heuer bereits an den Plafond gefahren. Das weißt du wahrscheinlich genauso gut wie ich und hat wieder in einem Fünfjahresplan das ordentliche Budget dem Land übermittelt.

Das heißt sie gliedern das Budget wieder ein. Auch darüber werden wir uns sehr bald unterhalten und darüber reden müssen, über die Probleme, dass die Gemeinden dran hängen. Das ist überhaupt keine Frage. Da bin ich auch bei dir.

Ich habe das Gefühl, dass das LKH-neu, nach dem Scheitern der berühmten „Perlenschnur“ der ÖVP, wie eine Drohung in der Luft hängt, passt auf, jetzt wird das Gesundheitswesen im LKH Klagenfurt beeinträchtigt, eingeschränkt und Personal wird dann abgebaut werden. Da zu sagen, ich hätte mit dem Herrn Haider gemeinsam irgendwo etwas beschlossen, mit dem Personalabbau des LKH-neu? (Zwischenruf des Abg. Willegger) Wie war das jetzt? (*Lärm im Hause*) Das LKH-neu, wenn es den Vorstellungen entspricht, dass die Kärntner Bevölkerung so behandelt wird, wie es ihr zusteht und auch das Personal einen Anspruch hat, so behandelt zu werden, dann wird das funktionieren. Ein neues Haus ohne Patienten und ohne Personal werden wir nicht unterstützen. Das sage ich eindeutig, auch wenn der Kollege Tauschitz sehr gerne in diese Richtung reden wird.

Noch etwas: Kärnten hat das Dienstrecht für das Personal, auch bei den Ärzten, auch im Bereich

Arbeiter

der Pflege und in den anderen Bereichen sowieso. Inwieweit man über den notwendigen Verwaltungsbereich – wobei ich jetzt das Management meine – auch diskutieren sollte, weil wie ich höre, haben wir jetzt in Wolfsberg wieder zwei neue Controller, wie der Kollege Harald mir das gesagt hat, da sollte man schon auch diesen Bereich durchleuchten, wobei ich nicht, bittschön, die Betriebe meine. Da sind wir auch bereits massiv unterbesetzt. Es ist notwendig, dass man auch über diese Dinge einmal reden wird.

Dass mir die Teuersten in Österreich sind? – Die Zahlen schaue ich mir einmal sehr genau an. Ich habe gerade heute in der Früh noch mit der Kinderabteilung bei uns gesprochen. Da hat man auch unterstellt, dass wir dort am wenigsten Betten ausgelastet haben. Wenn man sich das sehr genau anschaut, so liegen wir genau in der Mitte. Personalmäßig, wenn man die Zulagen herausrechnet, wären wir, so dass man in der Leideform das sagt, im letzten Drittel. Darüber können wir uns sehr gern in Zukunft unterhalten. Darüber können wir uns sehr gerne in Zukunft unterhalten.

Ich erwarte mir vom Kärntner Landtag, einschließlich der ÖVP, ein Bekenntnis zur Versorgung der Kärntner Bevölkerung, eine qualitative Versorgung auch in Zukunft! Dann werden wir wahrscheinlich auch die Probleme, die sicher auf uns zukommen oder die schon da sind, gemeinsam meistern können. Dazu fordere ich auch meinen jungen Kollegen Tauschitz auf! Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Willegger das Wort.)

Abgeordneter **Willegger (F)**:

Geschätzter Präsident! Hohes Haus! Liebe Schüler, jetzt habt ihr nur mehr zehn Tage Schule – oder 14 Tage? *(Abg. Trettenbrein: Nur mehr vier Tage!)* Nur mehr vier Tage?

Hohes Haus! Wenn man gesund ist, hat man tausend Wünsche. Wenn man krank ist, hat man nur einen. Den erfüllen die Kärntner Landeskrankenanstalten mit Bravour!

Was wir ändern müssen, das ist die Verweildauer der Patienten in unseren Krankenhäusern. Was wir machen müssen, ist, wenn wir nun Ös-

terreich hernehmen und Kärnten hernehmen: Wir haben in Österreich medizinische Einrichtung für 17 Millionen Österreicher - wir sind 8 Millionen! Es gibt eine Studie, als sich Kärnten für die Olympischen Spiele beworben hat, gab es auch eine medizinische Studie. Man hat gar nicht geglaubt, dass wir nur 550.000 Einwohner in Kärnten haben. Die haben gedacht, auf Grund unserer medizinischen Versorgung hätten wir knapp zwei Millionen Einwohner.

Wo wir noch sparen könnten, das ist natürlich auch der Missbrauch der Medikamente. Allein was wir an Medikamenten wegschmeißen, damit könnten wir komplett die Löcher der Sozialversicherungen stopfen. Das sind die wirklichen Themen, die uns in der Zukunft auch bewegen werden! Zur Prävention, zur Gesundheitsvorsorge: Das ist eigentlich das wichtigste Thema, Herr Landesrat Schantl. Da werden Sie mir wahrscheinlich Recht geben. Die wichtigsten Ärzte, die verursachen keine Kosten. Das ist der Doktor Diät, der Doktor Bewegung und der Doktor Gelassenheit, Herr Tauschitz. Den würde ich Ihnen öfters raten, zu besuchen, diesen Doktor! *(Beifall von der F-Fraktion)*

Der Herr Landesrat ist wirklich aufgefordert, mehr für die Gesundheitsvorsorge in unserem Land zu tun! Aber was ich herausnehme und auch schon in der Vergangenheit gesehen habe, sind Sie auf dem besten Weg dorthin. Danke schön! *(Beifall von der F-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Dr. Prettnner das Wort.)

Abgeordnete **Dr. Prettnner (SPÖ)**:

Sehr geschätzte Damen und Herren! Lieber Zuhörer auf der Tribüne! Ich habe mich nur deshalb bemüht gefühlt, eine Stellungnahme abzugeben, weil ja auch die Situation der Ärzte angesprochen wurde, dass Ärzte 17 % mehr verdienen als im Bundesschnitt. Das geht aus diesem Rechnungshofbericht hervor. Der Kollege Arbeiter hat ja schon erwähnt, warum das so ist. Es gibt nämlich österreichweit nirgends eine so geringe Besetzung mit Spitalsärzten, wie das in Kärnten der Fall ist. In Kärnten ist ein Arzt im Spitalsbereich für 30 bis 35 Patienten zuständig. Das ist in ganz Österreich nirgendwo der Fall. Die hohen Personalkosten kommen deshalb zu-

Dr. Prettnner

stande, weil Ärzte – ob sie es wollen oder nicht – Überstunden machen müssen. Ich habe mir jetzt gerade ausgerechnet wie viele Stunden ein Monat hat. Ein Monat hat 720 Stunden. Die Arbeitszeiten für einen Arzt oder eine Ärztin im Krankenhaus sind Normalarbeitszeiten von 200 bis 250 Arbeitsstunden, also mehr als ein Drittel der Stundenanzahl des Monats verbringen Ärztinnen und Ärzte im Krankenhaus. Dass das enorme Belastungen für die Betroffenen, für die Ärzte selber, für die Familien dieser Ärzte mit sich bringt, liegt in der Natur der Sache. Man muss sich vorstellen: Ärzte sind rund um die Uhr, genauso wie das Pflegepersonal, 365 Tage im Jahr an Wochenende, Tag und Nacht, zu Weihnachten, zu Pfingsten, zu Ostern im Dienst und bekommen das „überhöhte Gehalt“, das dieser Rechnungshofbericht hier praktisch kritisiert, nur deshalb, weil sie so viel arbeiten müssen. Ich denke, dass man das berücksichtigen muss. Ich wollte das nur hier öffentlich noch einmal kundtun. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Jetzt haben wir noch die letzte Wortmeldung dazu. *(Zwiesgespräche zwischen Abg. Dipl.-Ing. Gallo und Abg. Dr. Prettnner)* Ich erteile unserem Gesundheitsreferenten und zuständigen Referenten für die Krankenhäuser, Dr. Schantl, das Wort! Ich bitte um Aufmerksamkeit!

Landesrat **Dr. Schantl** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der vorliegende Bericht zeigt uns eigentlich auf, dass er das nicht im Auge hat, was wir eigentlich im Auge haben sollten, nämlich die langfristige Sicherung einer hochwertigen qualitativen Gesundheitsversorgung, mit freiem Zugang zu einer wirklich guten Leistung und einer Patientenorientierung, dass das Zentrum aller Überlegungen: die Patientenversorgung und die Patientenorientierung ist. Wenn man nämlich diese Einsparungen machen würde und wir hätten dann, ich zitiere, fünf bis sechs Standorte, ohne die Versorgungsqualität zu beeinträchtigen. Das macht mir einmal einer vor, dass wir in Kärnten fünf bis sechs Standorte haben, bei gleicher hoch

qualitativer Versorgung, Patientenorientierung und regionaler Versorgung, wie wir sie uns hier alle wünschen, wo wir dankbar darüber sind, dass unsere Patienten in ganz Kärnten in unseren Krankenhäusern die nötige Versorgung haben. Das ist unter diesen Prämissen einfach nicht durchführbar! Man kann das einsparen – aber die Konsequenz daraus ist eine eindeutig schlechtere Versorgung. Deswegen ist das abzulehnen!

Genauso verhält es sich mit der Bezahlung der Bediensteten. Es wurde schon mehrfach dargestellt, welche Belastungen diese Bediensteten haben. Besonders hier in Kärnten haben wir eben eine geringe Personaldichte, die auch schon erwähnt wurde. Wir haben in den letzten Jahren gesagt, das wurde erwähnt, ganz wichtig ist, dass die Verweildauer sinken soll. Die ist massiv gesunken. Verweildauer senken heißt, einen größeren Patientendurchlauf, mehr Arbeit, mehr Belastung für das Personal! All diese Prämissen zeigen einfach, dass das Personal massiv gefordert ist. Es hat eine hoch qualitative Ausbildung; es verdient aber auch eine entsprechende Bezahlung, bei dieser hoch qualitativen Leistung, die ihm tagtäglich abverlangt wird und in Zukunft noch mehr abverlangt werden wird: wenn wir an die Entwicklung im Gesundheitssystem weiter denken. Deshalb von mir ein klares Bekenntnis auch zu diesem K-Schema!

Natürlich müssen wir auf der anderen Seite sparen. Das ist ganz wichtig! Ich bin dem Rechnungshofbericht auch dankbar, dass er Impulse gibt, dass er aufzeigt – dass aber Kärnten hier schon auf dem richtigen Weg ist. Die Leistungsangebotsplanung, wie sie von uns größtenteils initialisiert und zum Großteil schon umgesetzt ist, bringt sehr wichtige Impulse und hilft auch schon sparen. Die Verweildauer sinkt, auch die Belagstage sinken. Wir haben zugleich ein grundsätzlich abgestuftes Versorgungsmodell mit einem Schwerpunkt LKH Klagenfurt und einer Standardversorgung in den regionalen Krankenanstalten mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen: Schwerpunktkrankenhäuser, Spezialkrankenhäuser, die punktuell die richtige Versorgung vor Ort haben, aber eine Grundversorgung sicherstellen. Die Kooperation zwischen den einzelnen Krankenhäusern ist sicher noch ein Zukunftsthema, mit dem wir uns noch weiterhin auseinandersetzen müssen und das auch werden, um hier noch breitere Einsparungspo-

Dr. Schantl

tenziale zu lukrieren und auch qualitativ bessere Versorgung anbieten zu können.

Ein ganz wesentlicher und wichtiger Faktor wurde hier auch schon angesprochen: dass man mit extramural und intramural Überleitsysteme schaffen muss, um auch hier Kosten zu sparen. Ganz wichtig und wesentlich – das ist der einzige Sektor, wo wir nachhaltig sparen können – ist: Ich bin völlig beim Abgeordneten, wenn er davon spricht, dass Prävention ein wichtiges Thema ist, aber ich glaube, man hat in den ersten sechs Monaten meiner Amtszeit deutlich gemerkt, dass ich mich diesem Thema massiv annehme und dass wir schon wichtige Initiativen in den verschiedensten Bereichen hier gesetzt haben. Eines muss man aber auch wissen bei der Prävention: Die Früchte werden wir erst in Jahren tragen. Jetzt ist es wichtig, in diesem Zusammenhang Maßnahmen die Kostenentwicklung in den Krankenanstalten einzudämmen. Danke schön! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

(Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. – Der Vorsitzende erteilt der Berichterstatterin das Schlusswort. – Die Berichterstatterin verzichtet auf das Schlusswort und beantragt das Eingehen in die Spezialdebatte. – Der Antrag wird einstimmig angenommen.)

Berichterstatterin Abgeordnete **Mag. Trannacher** (SPÖ):

Der Landtag wolle beschließen:

Der Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über stationäre Versorgungskapazitäten der Kärntner Fondskrankenanstalten, Angliederungsverträge, Zahl. 001.502/075-E1/06, Reihe Kärnten 2006/1, wird zur Kenntnis genommen.

Ich beantrage die Annahme.

(Der Antrag wird einstimmig angenommen.)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (F):

Damit ist der Tagesordnungspunkt 5 erledigt. – Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 6:

6. Ldtgs.Zl. 272-2/29:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Familie, Soziales, Gesundheit, Generationen und Sport zur Regierungsvorlage betreffend den Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Kärntner Land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsordnung 1991 geändert wird

./ mit Gesetzentwurf

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Tauschitz. Mit der Zuweisung dieser Materie an den Ausschuss für Familie, Soziales und Gesundheit, Generationen und Sport ist die erste Lesung erfolgt. Ich bitte, zu sprechen!

Berichterstatter Abgeordneter **Tauschitz** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Lieber Zuschauer! Wir haben im Ausschuss für Familie, Soziales, Gesundheit, Generationen und Sport am 30. Mai in der 19. Sitzung diese Thematik besprochen und auch gleich zur Beschlussfassung geführt.

Es geht um die Bestimmungen über integrative Berufsausbildung von Jugendlichen, die Anerkennung von Ausbildungen nach dem Jugendausbildungssicherungsgesetz und die Möglichkeit von Teilprüfungen für Facharbeiter- und Meisterprüfungen, auch die Möglichkeit für Ausbildungsversuche, Bestimmungen über die Anerkennung von besonderen selbstständigen Ausbildungseinrichtungen. Es ist an uns von mehreren Seiten der dringende Wunsch ergangen, dieses Gesetz so rasch wie möglich zu beschließen, denn einige Fälle in Kärnten warten schon auf dieses Gesetz und möchte gerne schon im Herbst, mit nächstem Schuljahr, auf dieses Gesetz zurückgreifen.

Ich bitte um das Eingehen in die Generaldebatte.

(Den Vorsitz hat inzwischen 2. Präs. Ferlitsch übernommen. - Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte und erteilt Abg. Trettenbrein das Wort.)

Abgeordneter **Trettenbrein** (F):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Lieber verlorener Zuhörer, lieber Markus, begnadeter Leserbriefschreiber! (*Abg. Lutschounig: Ist das sein Sohn?!*) Der Berichtstatter hat ja schon ausführlich ausgeführt, die Kärntner land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsordnung soll geändert werden. Es geht hier um die Verbesserung der Eingliederung von benachteiligten Personen in das Berufsleben. Diese Änderung hat einen arbeitsmarktpolitischen Aspekt, aber auch einen sozialpolitischen Aspekt. Für mich ganz besonders wichtig ist der Personenkreis, den es hier betrifft. Es sind dies Personen die Probleme in der Schule haben, die die sonderpädagogische Ausbildung erfahren haben; Personen ohne Hauptschulabschluss oder Personen, die überhaupt keinen oder einen negativen Hauptschulabschluss hatten. Es sind aber auch Behinderte im Sinne des Behinderteneinstellungsgesetzes sowie Personen von denen angenommen werden kann, dass sie aufgrund ihrer Person in nächster Zeit keine Lehrstelle bekommen werden. Wichtig und hervorzuheben ist dabei auch, dass die pädagogischen Begleitmaßnahmen bzw. die Form der Einbindung in den Berufsschulunterricht unter Berücksichtigung der persönlichen Fähigkeiten und Bedürfnisse weiters, aber auch die Feststellung der Ausbildungsinhalte und der Ausbildungsziele und in der Zeitdauer der integrativen Berufsausbildung unter Einbeziehung der land- und forstwirtschaftlichen Lehrlings- und Fachausbildungsstellen hier einfließt, sowie auch der Schulbehörden und des Schulerhalters.

Meine Damen und Herren! Zusammenfassend heißt das, dass Menschen mit besonderen Bedürfnissen und Behinderungen oder Lernschwächen hier ein Weg eröffnet wird, trotz ihres Handycaps ins Berufsleben mit einer guten Ausbildung einsteigen zu können. In der Politik und bei Gesetzen ist es wie in der Mathematik, meine Damen und Herren! Alles was nicht ganz richtig ist, ist falsch! Bei diesem Gesetz ist einiges falsch, wir werden es heute korrigieren. Danke schön! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Lesjak das Wort.*)

Abgeordnete **Mag. Lesjak** (GRÜ):

Hohes Haus! Verehrter Herr Präsident! Wir werden dieser Gesetzesänderung unsere Zustimmung erteilen, weil es viele positive Veränderungen beinhaltet. Und besonders positiv ist, dass der Abschnitt 3a) eingefügt wurde. Dieser Abschnitt regelt die integrative Berufsausbildung, was wirklich als ein großer Fortschritt zu bezeichnen ist. Hiermit erhalten sogenannte „benachteiligte Personen mit persönlichen Vermittlungshindernissen“ erstmals die Möglichkeit zu einer beruflichen Integration, die auch irgendwie ihren Bedürfnissen zu entsprechen versuchen. Das heißt, dass behinderte Menschen in Zukunft nicht mehr so ausgegrenzt werden und eine Gleichstellung mit nicht behinderten Menschen erfahren, die es ihnen ermöglicht, im Erwerbsleben, im Erwerbsprozess auch teilnehmen zu können. Zum Beispiel dadurch, dass es eine längere Lehrzeit gibt, oder dass sie auch Teilqualifikationen absolvieren können.

Interessant – und das wurde auch schon erwähnt – ist der Personenkreis, den diese Verbesserungen betreffen. Weil neben Behinderten gibt es auch Personen ohne Hauptschulabschluss bzw. mit negativem Hauptschulabschluss und auch Personen, die sich bisher schwer vermitteln haben lassen. Da entsteht dann schon irgendwie eine komische Optik, weil Behinderte mit Nichtbehinderten zusammengefasst werden. Die sollten schon ihren Bedürfnissen entsprechend spezifisch gefördert werden, weil Behinderte doch gesonderte Bedürfnisse haben. Aber, dieses Gesetz und auch diese Tatsache, dass es diese Vermischung gibt, zeigt schon eines; nämlich, dass bisher benachteiligte Personen wirklich komplett aus dem System herausgefallen sind, dass bisher viele, viele Lehrlinge massiv benachteiligt worden sind gegenüber den Lehrlingen, die positive Schulabschlüsse haben, weil ihre Leistungsfähigkeit in den Betrieben bisher nicht berücksichtigt werden konnte. Jetzt werden die Betriebe dazu angehalten, lernschwache, behinderte Personen – auch Personen, die sich sonst schwer vermitteln lassen, mit negativem Hauptschulabschluss – etc., aufzunehmen und ihnen auch eine Lehre zu ermöglichen. Das ist etwas sehr, sehr Positives, weil die Betriebe dazu angehalten werden, eine soziale Verantwortung zu übernehmen, die ja immerhin von der ganzen Gesellschaft getragen werden soll. Nicht nur besondere

Mag. Lesjak

Behinderteneinrichtungen sollen sich um diesen Personenkreis kümmern, sondern tatsächlich die ganze Wirtschaft. Jetzt haben wir die Voraussetzung mit diesem Gesetz geschaffen.

Der nächste Schritt ist aber noch notwendig, nämlich, dass es in dieser Angelegenheit auch ein Entgegenkommen seitens der Wirtschaft gibt. Weil, wenn das bisher so war, dass die Leistungsfähigkeit dieses Personenkreises eigentlich nicht geschätzt und in den Betrieben untergebracht werden konnte, müssen sich halt ab jetzt die Betriebe darauf einstellen, dass es Personen gibt, die halt nicht so leistungsfähig sind. Und das ist noch ein weiterer Schritt der für die Umsetzung dieses Gesetzes wesentlich ist. Danke schön! *(Beifall von Abg. Holub.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Trannacher das Wort.)

Abgeordnete Mag. Trannacher (SPÖ):

Wirklich verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrter Herr Zuhörer! Ich werde Sie nicht lange aufhalten, es gibt für mich in Wahrheit, aufgrund des breiten Konsens der auch im Ausschuss über dieses Gesetz erzielt werden kann, nur drei Anmerkungen zu machen.

Das eine ist – Kollegin Lesjak – dieser Bereich betrifft tatsächlich nur die Berufsausbildung im land- und forstwirtschaftlichen Bereich. Hier war ein Problem geortet, formuliert und von den Betroffenen ganz klar an die Politik herangetragen. Hier ein erstes Danke an den Ausschuss, dass die Erledigung so rasch erfolgen konnte, dass die Betroffenen auch – wenn alles gut geht – im September von dieser neuen gesetzlichen Regelung auch schon profitieren können. Das Zweite ist der Inhalt des Gesetzes. Und das ist ein ganz wesentlicher Meilenstein. Auch hier hat es bislang ein Manko gegeben. Und mit diesem Gesetz wird die integrative Berufsausbildung auch im land- und forstwirtschaftlichen Bereich möglich. Die Eckdaten wurden bereits vom Kollegen Trettenbrein und der Kollegin Lesjak sehr ausführlich besprochen, dem ist nichts hinzuzufügen. Es gibt auch die Verankerung der Berufsausbildungsassistenz, eines ganz wesentlichen Punktes, der Menschen mit besonderen Bedürfnissen, Menschen mit Behinderungen tatsächlich auch eine Stütze ist, um sich in den ersten Ar-

beitsmarkt auch integrieren zu können.

Das Dritte – und ich habe es auch schon erwähnt – ist ein sehr breiter, sachpolitischer Konsens. Ich würde mir das in vielen anderen Bereichen in ebenso großem Ausmaß wünschen und danke in diesem Zusammenhang für die wirklich vorbildliche Zusammenarbeit im Ausschuss für Familie, Soziales, Generationen, Gesundheit und Sport. Herzlichen Dank! *(Beifall von der SPÖ- und der F-Fraktion.)*

(Da keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, erteilt der Vorsitzende dem Berichterstatter das Schlusswort.)

Berichterstatter Tauschitz (ÖVP):

Ich stelle mit Begeisterung fest, wie nuanciert die Frau Kollegin Trannacher Botschaften hier im Haus platziert. Ich werde in Zukunft sehr aufmerksam zuhören, bei dem was du sagst. Ich verzichte auf das Schlusswort und bitte um das Eingehen in die Spezialdebatte.

(Der Antrag auf das Eingehen in die Spezialdebatte erfolgt einstimmig. – Die Abstimmung über die ziffern- und paragraphenmäßige Aufrufung erfolgt ebenfalls einstimmig. – Berichterstatter:)

Artikel I

Die Kärntner Land- und Forstwirtschaftliche Berufsausbildungsordnung 1991, K-LFBAO, LBGI.Nr. 144, in der Fassung der Gesetze, LBGI.Nr. 18/1994, 6/1996, 17/2000 und 60/2003, wird wie folgt geändert:

Ziffer 1, Ziffer 2, Ziffer 3, Ziffer 4, Ziffer 5, Ziffer 6, Ziffer 7, Ziffer 8, Ziffer 9, Ziffer 10, Ziffer 11.

Ich bitte um die Annahme von Artikel I.

(Die Annahme von Artikel I erfolgt einstimmig. – Vorsitzender: Bitte fortzufahren! – Berichterstatter:)

Artikel II

Absatz 1, Absatz 2, Absatz 3.

Ich bitte um die Annahme von Artikel II.

(Die Annahme von Artikel II erfolgt einstimmig. – Vorsitzender: Kopf und Eingang! – Berichterstatter:)

Gesetz vom 8. Juni 2006 mit dem die Kärntner Land- und Forstwirtschaftliche Berufsausbil-

Tauschitz

dungsordnung 1991 geändert wird:

Der Landtag von Kärnten hat in Ausführung des Land- und Forstwirtschaftlichen Berufsausbildungsgesetzes, BGBl.Nr. 298/1990, zuletzt geändert durch das BGBl. I Nr. 46/2005, beschlossen:

Ich bitte um Annahme.

(Die Annahme von Kopf und Eingang erfolgt einstimmig. – Vorsitzender: 3. Lesung! – Berichterstatter:)

Der Landtag wolle beschließen:

Dem Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Kärntner Land- und Forstwirtschaftliche Berufsausbildungsordnung 1991 geändert wird, wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

(Die Annahme der 3. Lesung erfolgt einstimmig.)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Damit ist der Tagesordnungspunkt 6 erledigt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

7. Ldtgs.Zl. 106-6/29:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Familie, Soziales, Gesundheit, Generationen und Sport zum selbständigen Antrag des Ausschusses gem. § 17 Abs. 1 K-LTGO betreffend Gleichbehandlung von Kindergärten

Berichterstatterin ist Frau Abgeordnete Dr. Prettnner.

Wir stimmen über die 2. Lesung gemäß § 17 Abs. 2 K-LTGO ab. Wer damit einverstanden ist, bitte um ein Handzeichen! – Danke, einstimmig beschlossen. Bitte, Frau Berichterstatterin!

Berichterstatterin Abgeordnete **Dr. Prettnner** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzter Zuhörer! Ich darf hier über einen Antrag berichten, der jetzt letztendlich vom Ausschuss als gemeinsamer Antrag eingebracht

wurde und diese Problematik behandelt, dass nach derzeitiger Gesetzeslage Betriebskindergärten von der Förderung des Landes ausgeschlossen sind. Ich möchte das plastisch vor Augen führen anhand des größten Betriebskindergartens den es in Kärnten gibt, nämlich das LKH-Klagenfurt hat einen Betriebskindergarten.

Durch die fehlende Unterstützung des Landes sind dort 13 Kindergruppen gefährdet bzw. *(Abg. Trettenbrein: Nein, nein, nein! Weil sie die Kriterien nicht erfüllt!)* muss man hervorheben, wie sinnvoll dieses Projekt ist, weil im Haus des LKH sind eben 80 Prozent Frauen beschäftigt, und es wird den Frauen hiermit ermöglicht, dass man die Kinder in eine gut betreute Obhut gibt, dass die Kinder gut versorgt und, dass auch die Öffnungszeiten dieses Kindergartens den Dienstzeiten des Personals angepasst sind.

Ich möchte jetzt das Eingehen in die Generaldebatte beantragen.

(Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte und erteilt Abg. Arbeiter das Wort.)

Abgeordneter **Arbeiter** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Vor allem liebe Ausschussmitglieder! Ich möchte mich am Beginn meiner kurzen Rede bei allen Mitgliedern des Ausschusses recht herzlich bedanken. Wir haben es zustande gebracht – was ja nicht immer sehr leicht ist – einen gemeinsamen Antrag zu formulieren. Ich darf mich auch einmal bei der Verfassungsabteilung, bei der Frau Dr. Havranek, die uns beraten hat, bedanken und hoffe, dass dieser Antrag auch heute hier im Hohen Landtag so beschlossen wird.

Zur allgemeinen Information, die ja die Berichterstatterin schon begonnen hat. Gehen tut es bei diesem Antrag um alle Betriebskindergärten, es gibt leider nur ein paar oder wenige, leider. Wir könnten uns wünschen, dass für die Mütter, aber auch Väter, wenn sie für die Kinder sorgen müssen, Kindergärten installiert werden könnten. Leider sind nur wenige Betriebe bereit, auch hier einen Beitrag in diese Richtung zu leisten. Im Landeskrankenhaus Klagenfurt haben wir diese Einrichtung seit 1968; er hat mit einer Krabbelstube begonnen, die dann auf einen Kindergarten und auf einen Kinderhort ausgeweitet worden ist. Und ich möchte zur Information einmal den

Arbeiter

derzeitigen Stand auch dem Hohen Landtag bekanntgeben.

Im Bildungs- und Betreuungszentrum 1 werden 56 Kinder in drei Gruppen versorgt; im Bildungs- und Betreuungszentrum 2 werden 44 Kinder in zwei Gruppen versorgt. Im Kindergarten werden 82 Kinder in drei Gruppen versorgt; im Kinderhort werden 109 Kinder in fünf Gruppen versorgt; insgesamt 291 Kinder; wobei es hier schon gewisse Einschränkungen gibt, weil früher hat man das bis ziemlich weit nach oben im Alter gemacht, also bis 14. Das ist herunterreduziert worden, weil die Plätze einfach nicht vorhanden waren. Und seinerzeit, wie wir noch die Finanzierung der Krankenhäuser über den KRAZAF (den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds) gehabt haben, gab es auch die Möglichkeit, dort Nebeneinrichtungen – wie sie geheißen haben – zu unterstützen. Nachdem vom Bund her die LKF-Finanzierung gekommen ist, sind wir leider in Klagenfurt vor zwei Jahren gänzlich ausgeschieden und wird im Endeffekt oder muss aus dem Budget oder wird aus dem Budget – derzeit noch - der Abgang, der sich dort ergibt, abgedeckt. Nachdem uns gesagt worden ist vom Management, dass das auf die Dauer nicht mehr möglich sein wird, weil damit womöglich Patienten zu kurz kommen – was ich zwar nicht ganz glaube – aber diese Argumentation war da. Und deswegen hat die Krankenanstaltdirektion von Klagenfurt – die drei Direktoren gemeinsam mit meiner Person – einen Förderungsantrag an den zuständigen Referenten Dörfler eingebracht.

Die Frist ist jetzt mittlerweile abgelaufen. Und ich habe den Kollegen Scheuch bei der letzten Sitzung gebeten, er möge doch den zuständigen Referenten einmal in dieser Sache ansprechen. Ich weiß aber nicht, ob das passiert ist. Wir werden es von unserer Seite auch noch einmal versuchen, weil zumindest eine Erledigung, ob sie positiv oder negativ ist, hätten wir uns erwartet. Und die Sechsmonatsfrist, wir wurden ja auch belehrt von unserer Frau Dr. Havranek, hätte eigentlich eingehalten werden sollen. Ich hoffe, dass – nachdem in der Verfassungsabteilung eine Änderung des Kindergartengesetzes bearbeitet wird – hoffen wir, Frau Dr. Havranek, dass wir uns mit diesem Antrag heute befassen werden, weil Sie ja diesen Auftrag in diese Richtung nicht haben, wenn ich richtig informiert bin, damit dies hier eingebaut wird, damit alle

Probleme, die es geben sollte, hintangehalten werden können. Es war so, dass vor vielen Jahren natürlich ausschließlich die Kinder der Bediensteten in den Kindergartenhorten aufgenommen worden sind. Das hat sich mittlerweile geändert. Es kann jeder – auch von außen – Anträge einbringen, die natürlich nicht alle positiv bearbeitet werden können. Aber vor allem im Hort gibt es schon eine ganze Menge von so genannten „Fremdkindern“, die nicht von den Bediensteten sind. Aber auch im Kindergarten und auch bereits in der Krabbelstube sind Kinder, die nicht von arbeitenden Kolleginnen und Kollegen aus dem Betrieb drinnen sind. Das war eine der Bedingungen, die ja schon in der Vergangenheit eigentlich die Möglichkeit gehabt hätte, dass eine Förderung in dem Bereich bereits zur Sprache gekommen wäre.

Unsere Berichterstatterin, die Kollegin Prettnner, hat ja berichtet, dass wir andere Öffnungszeiten haben. Wir erfüllen auch die Besetzung durch qualifiziertes Fachpersonal, was ja auch eine Forderung ist und auch die Räumlichkeiten, die neu gestaltet worden sind, weil ja durch die Veränderung „LKH-Neu“ auch hier Veränderungen in verschiedenen Gebäuden zustande gekommen sind.

Bei den vorhergehenden Sitzungen haben wir die Inspektorin, die Landesinspektorin, die Kindergartenverantwortliche, vorgeladen gehabt und das auch ausführlich besprechen können. Deswegen habe ich beim letzten Ausschuss gebeten, diesen Ausschuss gemeinsam zu machen und dann auch gemeinsam zu beschließen. Und ich hoffe, dass heute der Kärntner Landtag auch hinter diesem Antrag steht. Danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Warmuth das Wort.*)

Abgeordnete **Warmuth** (F):

Geschätzter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Hohe Beamtschaft! Wir haben im Familienausschuss eine sehr intensive Debatte zum Thema „Gleichbehandlung von Kindergärten“ gehabt. Ich bedanke mich aber dafür, weil wir haben einen Konsens gefunden. Tatsache ist, und ich darf das auch betonen, dass es mir insbesondere als Familiensprecherin

Warmuth

und auch aufgrund der demografischen Entwicklung wichtig ist, dass die Kinderbetreuung in Kärnten noch optimiert wird.

Eine Studie des österreichischen Familienforschungsinstituts beweist, dass es eine starke Zuwendung zur Familienorientierung gäbe, dass aber Wunsch und Wirklichkeit auseinanderklaffen. Wir wissen, Kinder sind das Kapital für die Zukunft. Ich glaube aber auch, dass in Bezug auf Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch einiges getan werden sollte. Wir hier in Kärnten sind in einer glücklichen Lage, dass wir insgesamt sehr viele monetäre Zuwendungen an die Familien leisten. Sei es seit 2001 das Kinderbetreuungsgeld, wir haben eine Familienförderung bis zum zehnten Lebensjahr. Die gibt es in ganz Österreich nirgends! Wir haben wiederum eine Schulbedarfsförderung. Wir haben jetzt ein Babygeld und wir werden demnächst auch ein Müttergeld haben. Hier sind wir monetär bestens aufgestellt. Wir haben beispielsweise in Kärnten 17.000 Kinderbetreuungsplätze, 15.000 sind nur belegt. Das heißt, wir haben an und für sich einen eklatanten Überschuss. Und das bedeutet aber auch, dass wir künftig nicht in die Quantität an Kinderbetreuungsplätzen investieren sollten, sondern vorrangig in mehr Flexibilität bei den Modellen. Das Land Kärnten hat allein 2005 26 Millionen für die Kindergärten verwendet. Und hier gilt es, das künftige Angebot einfach zu erweitern und die Qualität noch zu steigern.

Das Thema der Betriebskindergärten ist eine langjährige Forderung von Frauen, wenn man mit ihnen so Aug um Aug spricht. Und ich freue mich auch, dass aus dem Wirtschaftsbereich einzig und allein, und ich spreche hier nur von der Wirtschaft, das WIFI und die Hypo Alpe-Adria-Bank ihren Mitarbeitern einen Betriebskindergarten gönnt. Ich glaube aber auch, und hier darf ich das noch einmal nachhaltig betonen, dass die Wirtschaftskammer anlässlich ihres Themas der Prämierung der familienfreundlichen Betriebe, hier nachhaltiger dahinter sein müsste. Wir wissen, dass beispielsweise das Land Kärnten vor einigen Jahren unter Unternehmern eine Umfrage betreffend Betriebskindergärten gestartet hat. Und da war kaum, also nicht einmal ein Prozent Rücklauf und kein Interesse. Und ich glaube, dass hier mehr Bewusstsein im Unternehmerbereich geschaffen werden müsste.

Der Verein Kärntner Kinderbetreuung, da freue ich mich besonders, ist ein Verein, der mit Experten von der Alpen-Adria-Universität, mit dem Kindergarteninspektorat und der Bundesanstalt für Kindergartenpädagogik dabei ist, ein neues Kinderbetreuungsgesetz für Kärnten auszuarbeiten, die Zielsetzungen zu formulieren. Ich freue mich aber auch, dass es da erstmals gelingen wird, dass es zu einer leistungsorientierten Abrechnung kommt und, dass die Öffnungszeiten dabei ein besonderer Schwerpunkt sein werden. Derzeit haben wir ja das Problem, und zwar bei den Gemeindekindergärten, dass die Öffnungszeiten nicht dem Bedarf der Eltern angepasst sind. Wir wissen, dass Frauen im Handel, im Gesundheitsbereich und auch im gastronomischen Bereich hier sehr benachteiligt sind, weil hier die öffentlichen Kindergärten zu wenig Flexibilität zeigen. Betriebliche Kindergärten würden ein derartiges Problem mit einem Schlag lösen, keine Frage. Und es würde auch damit eine gesunde Konkurrenzsituation im Bezug auf die Öffnungszeiten der öffentlichen Kindergärten entstehen.

Ich möchte aber auch betonen, Betriebskindergärten müssen leistbar sein! Das heißt, dass auch die Unternehmer hier mitfinanzieren müssen. Sie müssen in das Humankapital ihrer Mitarbeiter investieren. Wir von unserer Fraktion begrüßen diesen Antrag zum Thema Betriebskindergarten. Und ich weiß, dass das auch im neuen Gesetz mit Sicherheit verankert sein wird. Beachtet muss aber auch werden, und ich werde hier wahrscheinlich auch Zustimmung der Bürgermeister bekommen, dass dadurch bestehende Kindergärten nicht gefährdet werden. Mein Dank gilt insbesondere dem Kindergarteninspektorat und dem Kindergartenreferenten mit seinem Team. Aber besonderer Dank gilt den hundert Kinderbetreuerinnen in ganz Kärnten. Sie alle erbringen eine großartige Leistung für die Familien unseres Landes. Ich fordere aber auch die Vertreter der Wirtschaftskammer auf, die Unternehmer für mehr Betriebskindergärten kärntenweit zu motivieren. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Lesjak das Wort.)

Abgeordnete **Mag. Lesjak** (GRÜ):

Hohes Haus! Geschätzter Präsident! Alle Kindergärten, die den Förderrichtlinien entsprechen, sollen ihre zustehenden Förderungen auch erhalten. Ganz, ganz wesentlich sind natürlich die Verbreitung und Förderung von Betriebskindergärten, weil sie einen entscheidenden Beitrag zur Integration von Müttern im Erwerbsprozess leisten. Wenn, das ist auch schon mehrfach gesagt worden, eine Mutter ihre Kinder oder ihr Kind abgeben kann, wenn es gut betreut wird, dann geht sie sehr viel leichter arbeiten. Sie geht auch lieber arbeiten und sie kriegt auch lieber mehr Kinder, weil sie weiß, es gibt dieses Betreuungsangebot. Es gibt ja einen direkten Zusammenhang zwischen öffentlichem Angebot an Kinderbetreuung und Fertilitätsrate. Das zeigt zum Beispiel ein Vergleich von Österreich und Frankreich. In Frankreich ist es so, dass bei den Drei- bis Fünfjährigen, dass es für Drei- bis Fünfjährige ein 100-prozentiges Kinderbetreuungsangebot gibt. In Österreich ist das anders. Laut einer Studie von der OECD, von EUROSTAT, ist die Betreuungsquote bei den Null- bis Zweijährigen zehn Prozent, bei den Dreijährigen 94 Prozent, bei den Vierjährigen 83 Prozent und bei den Fünfjährigen nur mehr 44 Prozent. Das heißt, dass für die Kinder in dem Alter zwischen drei und fünf, aber ganz besonders unter drei Jahren, das Angebot in Österreich mangelhaft ist. Und auf der anderen Seite haben wir eine sinkende Fertilitätsrate in Österreich. Das heißt, wir kriegen immer weniger Kinder!

Wenn das so weitergeht, dann brauchen wir in Zukunft bald weniger Kinderbetreuungsangebote, weil wir sehr viel weniger Kinder haben werden. Das heißt aber auch, dass die Kärntnerinnen und Kärntner quasi vom Aussterben bedroht sind, wenn wir nicht endlich ein gescheites Einwanderungsmodell kriegen. In Frankreich ist die Fertilitätsrate leicht im Steigen. Und das ist auch ganz wesentlich darauf zurückzuführen, dass es die Möglichkeiten der öffentlichen Kinderbetreuung eben gibt. Da gibt man das Kind gerne hin und die Frauen kriegen dort auch mehr Kinder, haben mehr Freude daran.

Es ist ganz wichtig, dass wir hier die Betriebskindergärten, die eine ganz wesentliche Vorbildfunktion haben, auch fördern. Und da möchte ich mich auch an die Vorrednerinnen anschließen. Hier sollte in den Betrieben eine Bewusstseins-

arbeit gemacht werden. Und Betriebe könnten vielleicht mit Extramaßnahmen auch noch dahingehend gefördert werden. Es könnte Anreize geben für Betriebe, dass sie ihre Kinderbetreuung ausbauen. Das Problem, das wir hier in Kärnten haben, ist ja nicht, dass wir ... Oder das größte Problem ist ja eigentlich das, dass es hier große Unterschiede zwischen Stadt und dem ländlichen Bereich gibt. In den Städten, in Klagenfurt und Villach usw. ist ja das Kinderbetreuungsangebot halbwegs okay. Die Zeiten sind nicht flexibel genug, es ist für Frauen im Handel, im Gastgewerbe usw. sehr, sehr schwierig. Aber im ländlichen Bereich ist die Kinderbetreuung äußerst mangelhaft. Da müssen wir schauen, dass vielleicht auch dort, wo zum Beispiel ein Gewerbepark entsteht, dass es dort Netzwerke gibt, dass sich Betriebe zusammenschließen und gemeinsam Kinderbetreuungseinrichtungen zur Verfügung stellen.

Zum Abschluss: Wir finden das ganz gut, dass es dieses Gesetz jetzt gibt. Die Betriebe sollen gefördert werden, sollen auch eine Vorbildfunktion in der Zukunft haben. Und alle Kindergärten sollen gleich gefördert werden, weil schließlich soll das ja den Kindern zugute kommen und das ist letztendlich das Ziel. Danke schön! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion und von Abg. Holub.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Tauschitz das Wort.)

Abgeordneter **Tauschitz** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Also zur Vorgeschichte dieses Antrages möchte ich ja nicht viel verlieren, weil es ist hier ja inzwischen ohnehin bekannt. Ich möchte nur vielleicht in Zukunft anregen, es gibt auch andere Instrumente, mit denen man solche Thematiken besprechen kann. Eine schriftliche Anfrage an den Referenten, die man dann im Haus diskutiert, zum Beispiel!

Wir sind 100-prozentig dabei, wenn die SPÖ jetzt sagt: „Jawohl, wir müssen über das Kindergarten Thema reden“. Wir müssen uns anschauen, wie wir größtmögliche Kinderbetreuung flächendeckend gewährleisten können, auch in Betrieben, wenn es das LKH betrifft, weil immerhin sind dort sehr, sehr viele Kinder in bester Betreuung. Wir müssen uns auch überlegen, wie

Tauschitz

wir, wenn wir das Thema Betriebskindergärten ansprechen, die Betriebskindergärten attraktiv machen. Und es kann nicht sein, dass man reflexartig, Frau Kollegin Warmuth, einfach sagt: Der Unternehmer soll das zahlen! Das kann es auf keinen Fall sein! Die ÖVP fordert schon seit langer Zeit den beitragsfreien Kindergarten, zumindest am Vormittag. Niederösterreich zeigt uns das vor. Das ist wichtig, das ist richtig und das funktioniert! Und wenn dieser Antrag dazu führt, dass sich alle Parteien gemeinsam hinsetzen und sich hier ein neues System überlegen, wie wir in Kärnten Kinderbetreuung gewährleisten können, dann macht das Sinn! Dann sind wir dabei und sind die Letzten, die sich dagegen sträuben, ganz im Gegenteil! Wir werden die Ersten sein, die hier auf den Zug aufspringen und sagen: „Bitte, wir brauchen Kinderbetreuung und zwar in erheblich größerem Ausmaß als jetzt vorhanden ist. Und sie muss für die Mütter leistbar sein, beitragsfrei am Vormittag“, sagt die ÖVP, und davon werden wir nicht heruntergehen. Und die SPÖ ist auch dabei. Ich bitte das nur kurz, bitte – *(Es folgt ein Zwiegespräch zwischen Abg. Mag. Trannacher und Abg. Tauschitz.)* Aha, verstehe! Die SPÖ will da mehr Geld ausgeben. Aber ich möchte das nur für das Protokoll festhalten! Die Frau Kollegin Trannacher hat gerade gesagt, die SPÖ ist bei dem ganztägig beitragsfreien Kindergarten dabei. Wir werden darüber diskutieren. In diesem Sinne Zustimmung von Seiten der ÖVP zu diesem Antrag. Und ich hoffe, es geht da von Seiten des Referenten wirklich was weiter. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Trannacher das Wort.)

Abgeordnete **Mag. Trannacher** (SPÖ):

Verehrter Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich kann tatsächlich vielem, was vorab von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern gesagt wurde, unumwunden zustimmen. Einige Dinge möchte ich aber doch zu Recht rücken bzw. ein klein wenig unter einer anderen Perspektive sehen.

Für uns waren der Antrag und der Beschluss im Ausschuss mit einigen Mühen verbunden. Der Antrag begleitet uns bereits seit mehreren Jahren. Es wurde uns auch bei einer sehr umfassenden,

intensiven Beratung versprochen, dass „demnächst“, es hat geheißen „spätestens im September 2005“ eine Novelle zum Kärntner Kindergartengesetz vorgelegt werden wird.

Vorbereitet hätte diese Novellierung, die zukunftsweisend für die Kärntner Kinderbetreuung hätte sein sollen, vom Verein Kärntner Kinderbetreuung. Meines Wissens liegt nichts Konkretes vor. Was allerdings weiter gegangen ist, dass die Verfassungsabteilung den Auftrag erhalten hat, eine Novellierung des Kindergartengesetzes vorzulegen. In diesem Zusammenhang und weil der Auftrag keiner war, der auch Betriebskindergärten mit eingeschlossen hat, haben wir diesen Antrag und damit einen Anstoß für die Verfassungsabteilung geliefert, um sich speziell dem Bereich der Betriebskindergärten zu widmen.

Ich halte es für einen ganz wichtigen Beschluss und ich halte das für einen wesentlichen Schritt in die richtige Richtung. Nicht, weil ich so naiv bin zu glauben, dass mit einer Verankerung der Förderung von Betriebskindergärten auch tatsächlich im nächsten oder übernächsten Jahr die Betriebskindergärten, die bedürfnis- und bedarfsgerecht mit ihren Öffnungszeiten und pädagogischen Konzepten auf die Bedürfnisse der Kinder und Eltern eingehen werden, wie Schwammerl aus der Erde schießen werden. Da sollten wir die Kirche wirklich im Dorf lassen. Wir haben in Kärnten eine sehr klein- und mittelständische Wirtschaft, und es wird bis auf wenige Großbetriebe sich keines dieser kleinen und mittelständischen Unternehmen wirklich einen Kindergarten leisten können. Aber, was wir tun können – und da bin ich im Bereich der Bewusstseinsbildung –, ist: die Betriebe zu ermutigen, neue Wege zu gehen; also so etwas wie betriebsübergreifende Betriebskindergärten auch anzudenken und ihnen auf Grund dieser Novellierung des Gesetzes auch die öffentliche Förderung zu garantieren, und die wenigen Betriebskindergärten, die wir haben, finanziell auch abzusichern. Das trifft in erster Linie den Kindergarten, die Kinderbetreuungseinrichtung des LKH Klagenfurt, aber auch des LKH Wolfsberg, der Kärntner Sparkasse. Es gibt in Klagenfurt auch ein privates Pflegeheim, das einen Kindergarten hat, mit an die Bedürfnisse der Mütter und Väter angepassten Öffnungszeiten, der allerdings – und es war bislang die Möglichkeit für Betreiber von Betriebskindergärten – ein Schlupfloch benutzt hat. Sie haben sich als öf-

Mag. Trannacher

fentlicher Kindergarten deklariert, sodass die Zugänglichkeit für alle Kinder gewährleistet war und damit die öffentliche Förderung auch gegeben ist.

Wir werden heute mit diesem Beschluss den Bereich der Kinderbetreuung längst nicht diskutiert haben. Ich glaube, dass da in Zukunft und auch an Hand der Novellierung, die uns hoffentlich so rasch wie möglich vorliegen wird, zu unseren Beratungen, dass wir viel weitergehender denken sollten. Deswegen habe ich auch dem Kollegen Tauschitz – wo ist er jetzt? Er ist entschwinden. – gesagt: „Ich bin absolut dafür, bei den Elternbeiträgen etwas zu tun.“ Dies deshalb, weil ich davon überzeugt bin – und wir haben am Vormittag mit Schülerinnen aus Spittal eine sehr intensive Diskussion zum Heranwachsen in unserer Gesellschaft und zur Bildung gehabt -, dass wir von dem Begriff „Kinderbetreuung“ wegkommen müssen und hin zu „Kinderbildungseinrichtungen“, sowohl von der Begrifflichkeit als auch von der Struktur, von den pädagogischen Konzepten und von der Finanzierung kommen sollten. Weil – und da brauchen wir uns nichts vorzumachen, das ist auch ein letztlich unumkehrbarer Prozess – wir nicht mehr so wie vielleicht noch zu Zeiten der Jahrhundertwende (vom 18. ins 19., vom 19. ins 20. Jahrhundert) in sehr großen Verbänden leben, wo viele, viele gleichaltrige Kinder im familiären Umfeld miteinander aufwachsen. Weil es bei uns einfach eine Kleinfamilie gibt und es uns auch gelingen wird müssen, die Kinderzahl wieder zu erhöhen, die Fertilitätsrate zu steigern, wird es diese großen Verbände mit vielen gleichaltrigen oder nahezu gleichaltrigen Kindern nicht mehr geben. Nachdem wir alle soziale Wesen sind, von Geburt an, auf das Soziale auch angewiesen sind, brauchen unsere Kinder, um in die Gesellschaft hineinzuwachsen, den Umgang in gleichaltrigen Gruppen. Sie brauchen diese Bildung im Frühalter. Es ist kein Aufwahrungsauftrag, der an diese Kinderbildungseinrichtungen ergehen soll, sondern es sollte ganz klar ein Bildungsauftrag sein, der den Bedürfnissen der Kinder gerecht wird, der allerdings auch, und daher der Anstoß mit dem heutigen Beschluss, der auch den Bedürfnissen der Mütter und Väter gerecht wird.

In diesem Sinne nochmals danke, dass es wirklich nach intensivsten Diskussionen und kurzfristigen Unterbrechungen der Sitzung gelungen

ist, diesen Antrag gemeinsam zu formulieren und, so ich die Diskussion zusammenfasse, auch gemeinsam hier zu beschließen. Vielen Dank! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion. – Abg. Warmuth: Eine schwere Geburt!*)

(*Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. – Der Vorsitzende erteilt der Berichterstatterin das Schlusswort.*)

Berichterstatterin Abgeordnete **Dr. Prettnner** (SPÖ):

Heute verzichte ich nicht auf das Schlusswort (*Heiterkeit im Hause*) und möchte hier auch noch einmal allen Ausschussmitgliedern meine Hochachtung hiermit übermitteln und vor allem die Kollegin Warmuth hervorheben. Wir haben wirklich um eine gemeinsame Formulierung dieses Antrages gerungen.

Ich beantrage jetzt in diesem Sinne das Eingehen in die Spezialdebatte.

(*Der Antrag wird einstimmig angenommen. – Berichterstatterin:)*

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Novellierung des Kindergartengesetzes vorzulegen, wonach auch Betriebskindergärten unabhängig von ihrer Zugänglichkeit gefördert werden.

Ich beantrage die Annahme.

(*Der Antrag wird einstimmig angenommen.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 8:

8. Ldtgs.Zl. 166-8/29:**Bericht und Antrag des Ausschusses für Familie, Soziales, Gesundheit, Generationen und Sport zum selbstständigen Antrag des Ausschusses gemäß § 17 Abs. 1 K-LTGO betreffend Gebühren in Krankenhäusern**

Berichterstatter ist Abgeordneter Willegger. Wir stimmen über die zweite Lesung gem. § 17 Abs.

Ferlitsch

2 K-LTGO ab. Wer damit einverstanden ist: Bitte um ein Handzeichen! – Das ist einstimmig so beschlossen. Bevor ich dem Berichterstatter das Wort erteile, ersuche ich den Dritten Präsidenten, den Vorsitz zu übernehmen! (*3. Präs. Lobnig übernimmt um 13.53 Uhr den Vorsitz.*)

Vorsitzender Dritter Präsident **Lobnig** (F):

Ich erteile nun dem Berichterstatter, Abgeordneten Willegger, das Wort und ersuche ihn, zu berichten!

Berichterstatter Abgeordneter **Willegger** (F):

Hoch geschätzter Präsident! Hohes Haus! Gegenständlicher Antrag wurde im Ausschuss für Familie, Soziales und Gesundheit einstimmig schon beschlossen. Es geht darum, Elternteile, die ihren Kindern in den Landesspitälern beistehen bis zum dritten Lebensjahr von den Gebühren freizustellen.

Ich ersuche um das Eingehen in die Generaldebatte.

(Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte und erteilt Abg. Warmuth das Wort.)

Abgeordnete **Warmuth** (F):

Geschätzter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! „Kinder brauchen Wärme, Geborgenheit und die Nähe ihrer Eltern, besonders dann, wenn sie krank sind.“ Das ist eine Feststellung, die auch wir im Familienausschuss getroffen haben, wo wir einstimmig der Meinung waren – und wir haben hier auch einen gemeinsamen Antrag -, dass wir die Familien in Kärnten in Bezug auf die Kinderbegleitung in den Landeskrankenhäusern Kärntens unterstützen sollten. Wir sollten hier verbessernde Maßnahmen erreichen. Elternteile, die ihre kranken Kinder ins Spital begleiten, müssen neben den Pflegebeiträgen, die für die Kinder anfallen, auch noch für sich selbst zahlen. Für viele Eltern bedeutet dies eine große finanzielle Beanspruchung, wenn ohnehin die bestehende Belastung des Familienlebens durch die Notwendigkeit einer stationären Behandlung für die Kinder noch verschärft wird. Dazu ein Beispiel des Ver-

eines „Kärntner Kinderbegleitung“: Der kleine Pascal wurde 2003 geboren und leidet seither unter einer seltenen chronischen Krankheit. Er muss immer wieder ins Spital. Zudem erhielt die Familie 2005 Nachwuchs: die kleine Leonid. Bei einem Krankenhausaufenthalt von Pascal wird die kleine Leonid als zweite Begleitperson aufgenommen, aber voll verrechnet. Durch diese Umstände sind der Familie allein in wenigen Wochen 5.000 Euro an Kosten angefallen, obwohl das Kind unter einem Jahr ist und auch Säugling ist. Für die einzelne Familie bedeutet das eine starke finanzielle Belastung!

Vergleiche anderer Bundesländer beweisen, dass beispielsweise in Wien Begleitpersonen von Kindern bis zu 3 Jahren gratis untergebracht werden, von 3 bis 15 Jahren gibt es eine Kostenobergrenze. Maximal werden 14 Tage verrechnet. – In der Steiermark sind die Begleitpersonen von Kindern bis zu 3 Jahren auch gratis. Bei Kindern von 3 bis 15 Jahren gilt ein Limit von 21 Beitragstagen. Das bedeutet aber auch, dass wir in Kärnten im Bundesländervergleich die höchsten Begleitkosten haben, nämlich es werden derzeit in der Allgemeinen Klasse Gebühren von 17 Euro pro Tag verrechnet, und ab dem 10. Lebensjahr eines Kindes werden 38,5 Euro eingehoben. Insgesamt sind auf diesem Wege im Jahr 2004/2005 Gebühren für die Begleitpersonen in der Höhe von 380.000 Euro angefallen und wurden von der KABEG eingenommen. Das sind Beträge, die die ohnehin emotional belasteten Familien zusätzlich noch belasten.

Sehr geehrte Damen und Herren! Anlässlich der heutigen Beschlussfassung wird die Landesregierung aufgefordert, die Krankenanstaltenordnung so abzuändern, dass die Eltern ihren kranken Kindern bis zum 3. Lebensjahr ohne Kostenaufkommen beistehen können. Danach sollten die Gebühren auch in Kärnten nach alters- und sozialgestaffelten Kriterien erfolgen, wie dies seit Jahren in den anderen Bundesländern erfolgreich praktiziert wird. Wir sollen nämlich eines nicht vergessen: „Wie wir mit den Kindern heute umgehen, das wird die Welt von morgen prägen.“, meinte der Philosoph Alois Jonasson. Ich denke, Sie werden dem auch zustimmen! (*Beifall von der F-Fraktion*)

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Dr. Prettnner das Wort.)

Abgeordnete **Dr. Prettner** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzter Zuhörer auf der Tribüne! Jeder, der Kinder hat, der weiß, wie sehr Kinder unser Leben bereichern. Er weiß auch, wie sehr wir mit den Kindern mitleben in schönen Stunden und wie sehr wir mit ihnen mitleiden, wenn Kinder Leid ertragen müssen. Wenn Kinder krank werden und vor allem, wenn sie klein sind, dann will man sie nicht alleine lassen. Dann hat man auch zum Glück heute in Österreich die Möglichkeit, Kinder ins Krankenhaus zu begleiten. Wenn ich daran denke, dass Kinder von Geburt an an einer Beeinträchtigung leiden und dass Kinder chronisch krank sind und dadurch die stationären Aufenthalte sich naturgemäß einfach steigern, dann denke ich, dass die Betroffenen und die Familien und die Angehörigen enorme Belastungen auf sich zu nehmen haben.

Das sind einerseits die emotionalen Belastungen, das sind einerseits die Belastungen innerhalb der Beziehung, wenn ein Elternteil einen Großteil der Zeit im Krankenhaus mit einem Kind verbringt. Und dann kommen zu diesen, schweren gravierenden Belastungen – sowie es die Kollegin Warmuth jetzt früher geschildert hat – auch finanzielle Belastungen. Und wir haben das anhand dieses Kindes, dem kleinen Pascal – in Zahlen gefasst, dass das innerhalb von wenigen Monaten tausende Euro sein können. Man muss auch bedenken, dass solche Familien ja meist nur von einem Einkommen leben können, weil ein Arbeiten beider Elternteile ja unmöglich ist. Und für diese finanziellen Mehrbelastungen aufzukommen, kann für solche Familien eine wirkliche Belastung sein.

Wir in Österreich haben ein gutes soziales Netz, doch es gibt auch Situationen durch Erkrankungen, die eine enorme finanzielle Belastung auf die Betroffenen als Auswirkung haben. Wir haben gesehen, dass es in anderen Bundesländern anders gehandhabt wird mit den Begleitkosten, also Kosten für die Begleitpersonen. Und wir haben unter Mitwirkung unseres Landesrates Schantl – glaube ich – zu einer sehr guten Lösung gefunden. Wir haben uns das steirische Modell als Beispiel genommen, als Vorlage genommen, an dem wir uns orientiert haben. Also, eine beitragsfreie Begleitung für Kinder bis zum 3. Lebensjahr und ab dieser Zeit eine soziale Staffelung einzuführen. Und auch hier

möchte ich wieder die konstruktive Zusammenarbeit in unserem Ausschuss hervorheben und danke allen Beteiligten, die sich für diesen Antrag positiv ausdrücken werden. Danke für die Aufmerksamkeit! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Holub das Wort.)

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Die Grünen werden diesem Antrag natürlich zustimmen. Wenn man sich überlegt, was diese Beispielfamilie schon für Leid durchgemacht hat und dann eigentlich noch die Mutter für sich selber und auch noch fürs Kleinkind dazuzahlen muss. Und der direkte Vergleich mit all den anderen Bundesländern zeigt, dass sie wirklich in Kärnten in ihrer Situation am Schlimmsten dran ist. Dann liegt es wirklich an der Gesellschaft, dann liegt es an uns, das Leid dieser Familie und ähnlichen Familien zu lindern. Und das werden wir natürlich gerne tun. Danke schön! *(Beifall von Abg. Mag. Lesjak.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Tauschitz das Wort.)

Abgeordneter **Tauschitz** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist schon viel gesagt worden über die Arbeit im Ausschuss, wie sie vonstatten gegangen ist und wie wir an das Thema herangegangen sind. Die ÖVP wird diesem Antrag selbstverständlich die Zustimmung erteilen, ist es nicht zuletzt auch eine lange Forderung, die von uns in der ÖVP auch schon sehr oft diskutiert und angeregt wurde, vor allem darum, wenn wir wissen, dass sich die Beiträge, die wir dafür erwartenderweise zu zahlen haben, sich in erträglichen Grenzen halten werden und wir uns das wirklich leisten sollten; denn dieses Geld ist gut investiert. Danke vielmals! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

(Da keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, erteilt der Vorsitzende dem Berichterstatter das Schlusswort. – Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort und beantragt das Eingehen in die Spezialdebatte. – Das Eingehen in die Spezialdebatte erfolgt einstimmig.)

Berichterstatter Abgeordneter **Willegger** (F):

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, dass die Kärntner Landesspitäler den Elternteilen, welche ihren Kindern während einer Behandlung auf den Kinderabteilungen im LKH Klagenfurt und im LKH Villach beistehen, bis zum dritten Lebensjahr keine Gebühren verrechnen.

Im Anschluss daran, sollte analog dem steirischen Modell eine Gebührenfestsetzung altersgestaffelt und sozial gestaffelt erfolgen.

Ich beantrage die Annahme.

(Die Annahme des Antrages erfolgt einstimmig.)

Vorsitzender Dritter Präsident **Lobnig** (F):

Wir kommen nun zum nächsten Tagesordnungspunkt 9.

9. Ldtgs.Zl. 297-2/29:

**Bericht und Antrag des Ausschusses für Bildung, Kultur und Schule zur Regierungsvorlage betreffend den Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Kärntner Arbeitnehmerförderungsgesetz, das Kärntner Wirtschaftsförderungsgesetz, das Kärntner Verwaltungsakademiegesetz und das Kärntner Informations- und Statistikgesetz geändert werden (Kärntner Weiterbildungsförderungsgesetz)
./ mit Gesetzentwurf**

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Mag. Trodt-Limpl.

Mit der Zuweisung dieser Materie an den Ausschuss für Bildung, Kultur und Schule ist die 1. Lesung erfolgt.

Ich erteile der Berichterstatterin das Wort. – Ich bitte, zu berichten!

Berichterstatterin Abgeordnete **Mag. Trodt-Limpl** (F):

Geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag! Dieser Antrag basiert auf dem Konzept des lebenslangen Lernens. Die Europäische Union hat

im Jahre 2000, auf dem Gipfel von Lissabon ein Programm beschlossen, Europa bis zum Jahre 2010 zu einem dynamischen, wissensbasierten Wirtschaftsraum zu entwickeln. Im Rahmen des sogenannten „Lissabon-Prozesses“ wurden zahlreiche Entscheidungen getroffen, um Europa diesem Ziel näher zu bringen. Die starken Veränderungen der Wirtschafts- und Arbeitswelt verlangen auch von Erwachsenen verschiedene Kompetenzen, um auf die Herausforderungen an den Einzelnen und die Gesellschaft reagieren zu können.

Zentral ist dabei die Entwicklung von Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen, die darstellen, welches die grundlegenden Fähigkeiten, Kenntnisse und Einstellungen sind, über die jede Europäerin und jeder Europäer in einer wissensbasierten Gesellschaft verfügen sollte. Die Europäische Kommission hat in diesem Zusammenhang acht Schlüsselkompetenzen ermittelt: mutter- und fremdsprachliche Kompetenz, naturwissenschaftliche Kompetenz, Medienkompetenz, Lernkompetenz, interkulturelle Kompetenz, soziale, unternehmerische und kulturelle Kompetenz. Diese Kompetenzen stützen sich auf bestimmte Grundfähigkeiten, zu denen in allen Lebensbereichen wichtige Aspekte, wie kritisches Denken, Kreativität, Europäische Dimension und aktive Bürgerschaft zählen. Zusammengenommen tragen diese Fähigkeiten zur Entfaltung der Persönlichkeit, zu aktiver Mitwirkung und zu verbesserter Beschäftigungsfähigkeit bei.

In Kärntens Arbeitnehmerförderungsgesetz, Wirtschaftsförderungsgesetz, Informations- und Statistikgesetz und im Verwaltungsakademiegesetz für den öffentlichen Dienst sollen die EU-Schwerpunkte für lebensbegleitendes Lernen, in Form des Qualifizierungsförderungsgesetzes erstmals hierzulande als rechtsverbindliche Bildungs- und Förderungsprinzipien festgeschrieben werden.

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

(Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte und erteilt Abg. Mag. Knicek das Wort.)

Abgeordnete **Mag. Knicek** (F):

Herr Präsident! Hohes Haus! Wie meine Kollegin schon bei der Berichterstattung erwähnt hat,

Mag. Knicek

befasst sich dieser hier vorliegende Antrag mit lebenslangem Lernen. Auch die EU hat erachtet, dass lebensbegleitendes Lernen insbesondere zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit als sehr, sehr wichtig und schreibt dies im Lissabon-Prozess fest. Gemäß Artikel 14 ihrer Grundrechtscharta hat jede Person das Recht auf Bildung und Zugang zur beruflichen Aus- und Weiterbildung. Zusätzlich formulierte die EU das Ziel, dass die Bürger, die EU-Bürger, sich während des gesamten Lebens weiterbilden sollen.

Ich bin froh, dass Kärnten reagiert hat. Landeshauptmann Dr. Jörg Haider als Wirtschaftsreferent und Referent für die Kärntner Verwaltungsakademie und Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Martin Strutz in seiner Funktion als Landesbildungs- und Arbeitsmarktreferent und Mag. Monika Kircher-Kohl haben schon 2005 ein Pilotprojekt für lebenslanges Lernen in Kärnten durchgeführt und so einen Meilenstein in die richtige Richtung gelegt. Auch Kärnten befindet sich, bedingt durch massive Veränderungen in der europäischen Gesellschaft und Wirtschaft, im Strukturwandel und dies wirkt sich wiederum auf den Staat, die Arbeitswelt und natürlich auch auf unser Bildungssystem aus. Peter Zellmann, Leiter des Ludwig Boltzmann-Institutes für Freizeit- und Tourismusforschung spricht von einer Übergangsgesellschaft wo die Karten neu gemischt werden. Und die Politik ist wie kein anderer Bereich herausgefordert, die Zeichen der Zeit zu erkennen und neue Rahmenbedingungen für neue Berufe zu schaffen.

Hinzu kommt noch der demografische Wandel sowie eine schrumpfende und alternde Gesellschaft. Und hier ist lebenslanges Lernen wichtiger denn je! Weiterbildung sichert den Job und sowohl für Politik und Gesellschaft ist es das stabilste Instrument zur Wohlstands- und Pensionsversicherung. Mit dem hier vorliegenden Weiterbildungsförderungsgesetz wird die Förderung gezielt für die Fortbildung der Kärntner und Kärntnerinnen eingesetzt und dadurch in Zukunft die Chance auf einen Job wesentlich erhöht. Bereits im Jahr 2010 wird die Gruppe der über 45-jährigen Erwerbstätigen in Österreich die größte am Arbeitsmarkt sein und gleichzeitig kommen immer weniger ausgebildete Absolventen von Schulen und Universitäten nach. Das Förderwesen muss zielgruppenspezifisch umgestellt werden, die Bildungs-, Berufs- und Karriereberatung muss professionalisiert werden und

die Lehrer müssen Vorbilder in Sachen Weiterbildung sein und müssen zur Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung beitragen.

Im Kärntens Arbeitnehmerförderungsgesetz, im Kärntner Wirtschaftsförderungsgesetz, im Kärntner Informations- und Statistikgesetz und im Kärntner Verwaltungsgesetz für den öffentlichen Dienst, werden die EU-Schwerpunkte für lebensbegleitendes Lernen in einem Kärntner Weiterbildungsförderungsgesetz erstmals rechtsverbindlich als Bildungs- und Förderungsprinzipien festgeschrieben werden. Es liegt ein einstimmiger Regierungsbeschluss zum Kärntner Weiterbildungsförderungsgesetz vor und auch im Ausschuss für Bildung, Schule und Kultur wurde Einstimmigkeit zu diesem Gesetz erzielt. Kärnten wird mit diesem Gesetz nicht nur zur Musterregion, sondern auch zum Vorreiter einer österreichischen lifelong-learning-Strategie. Meine Fraktion wird daher diesem Weiterbildungsförderungsgesetz zu hundert Prozent die Zustimmung erteilen. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Bravo! – Beifall von der F-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt KO Abg. Mag. Dr. Kaiser das Wort.*)

Abgeordneter **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Liebe Kollegen des Kärntner Landtages! Nach der sehr beeindruckenden Berichterstattung und der Wortmeldung meiner Vorrednerin möchte ich nur ganz kurz ein paar Punkte aus diesem Gesetz, die mir wesentlich erscheinen, aber auch die Chronologie, die dazu geführt hat, in Erinnerung rufen. 1996 European-Union-Year of lifelong-learning, Europäisches Jahr des lebensbegleitendes Lernens; im Jahr 2000 Bekenntnis zum bereits zitierten Lissabon-Prozess. Wir wollen der dynamischste Wirtschaftsraum basierend auf wissensorientiertem Lernen werden. 2003 – die Charta der Grundrechte der Europäischen Union, in der im Artikel 14 festgehalten wird: Jede Person hat das Recht auf Bildung sowie auf Zugang zu beruflicher Aus- und Fortbildung. Naja, und 2006 Behandlung hier und heute im Kärntner Landtag, mit wahrscheinlich stattfindender einstimmiger Verabschiedung dessen, ein Prozess über zehn Jahre, der aus meiner Sicht insofern bemerkenswert ist, als diese Begrifflichkeit des permanenten, des stän-

Mag. Dr. Kaiser

digen Lernens, des lebenslangen – wie es aus meiner Sicht fälschlicherweise genannt wird – Lernprozesses eigentlich nur nachvollzieht, was vielen schon vorher klar war. Deswegen wählen wir seitens der Sozialdemokratie lieber den Begriff „lebensbegleitendes Lernen“, weil für uns Bildung neben der einen Orientierung hin auf höhere Wertigkeit am Arbeitsplatz, natürlich auch dem emanzipativen Charakter der eigenen, selbstkritischen Reflexion mitbeinhaltet. Und unter dieser gesamtseinheitlichen Begrifflichkeit von Bildung sehen wir auch das gegenständliche Gesetz.

Es hat die Berichterstatterin auf Schlüsselqualifikationen, auf Lerninhalte in methodologischer Art verwiesen. Ich möchte ganz kurz auf diese sechs dem Gesetz innewohnenden Schlüsselbotschaften eingehen, die ja letztendlich hinter diesem Fort- und Weiterbildungsgesetz des lebensbegleitenden Lernens, das ja verschiedene andere damit befasste Gesetzgebungen zusammenfasst, abzielt. Einer der sechs Schlüsselbegriffe ist die neue Basisqualifikation für alle. Was drückt das eigentlich aus? Das drückt eigentlich aus, dass die gesamten Produktionsabläufe, Produktionsprozesse nicht mehr damit Genüge getan wird, dass man einmal – ich nehme das Schlagwort „Lehrlingsausbildung“ – etwas lernt und dann damit, wie es vor vielleicht Jahrzehnten der Fall war, eine immer ausreichende Ausbildung und Qualifikation genossen hat. Nein! Es bedeutet, dass permanent Weiterbildung zu erfolgen hat! Das muss uns auch dahin bringen und dazu bringen, dass wir die generelle Lehrlingsausbildung in ihrer Basisorientierung wie sie derzeit ist, kritisch überdenken und bereits dort versuchen, im jungen Alter flächendeckendere, breitere Qualifikationsmuster mitzugeben, um nicht dann in diesem lebensbegleitenden Lernprozess das nachzuholen, was wir vorher vielleicht verabsäumt haben.

„Höhere Investitionen in die Humanressourcen“, heißt es so schön in diesem Gesetz. Meine Damen und Herren, das heißt, dass neben dem Wertschöpfungscharakter der sogenannten Humanressource auch die intellektuelle Fähigkeit und die Notwendigkeit des Beitrages zum Gesamtwert einen höheren Stellenwert bekommt als es bisher der Fall war. Daher bejahen und begrüßen wir das. Eine Bewertung des Lernens heißt in Wirklichkeit nichts anderes, dass wir das evaluieren sollen, weil es unsere Bildungsinstitu-

tionen inklusive der beruflichen Fort- und Weiterqualifizierung machen.

Wenn ich mir aber allein da anschau, wie die österreichische Bundesregierung in den letzten Jahren mit den Ergebnissen der Pisa-Studie umgegangen ist, dann erhebt sich so etwas wie ganz leichter Zweifel, den ich da hege: Ob man wirklich in der Lage ist, aus selbst verordneten Bewertungen, aus selbst verordneten Evaluationen a) die richtigen Schlüsse und b) daraus resultierend, entsprechende Maßnahmen zu setzen. Aber, die Hoffnung ist in das Gelingen verliebt und nicht in das Scheitern. Das unterstellen wir auch diesem Gesetz seitens der Sozialdemokratie. Dass ein Umdenken in Berufsberatung und Berufsorientierung zu erfolgen hat, ist auch ein Punkt, der immer wieder in verschiedenen Anträgen und politischen Meinungsäußerungen hier im Hohen Haus kundgetan wurde. Was wir aber feststellen können, ist, dass sich das gesamte Berufsleben, die Berufsbilder, so rapide, so rasch verändern, dass das Ganze daher logischerweise nur in einem ständigen Prozess, der sehr dynamisch über die Bühne geht, nachzuvollziehen sein wird.

Und, dass wir noch etwas haben, das sollte uns als Kärntner Landtag als letzter Punkt auch noch zum Nachdenken anregen. Es heißt nämlich in der sechsten Schlüsselbotschaft in diesem Gesetz, dass das Lernen dem Lernenden räumlich näher zu bringen ist. Meine Damen und Herren! Das heißt, dass wir in der Regionalpolitik, ich denke zurück an die letztmalige Diskussion hier im Hohen Haus über den ländlichen Raum, möglicherweise auch da und dort unsere eigene Politik und eigenen Schlussfolgerungen, die wir gezogen haben – Schlagwort: Schule, ländlicher Raum, Kleinschulen – zu überdenken haben werden. Denn bereits bei den Jüngsten der Jungen, Kollegin Trannacher hat das vorher als Bildungsinstitution bezeichnet und qualifiziert, wird die Lust, die Bereitschaft, das Erkennen der Wertigkeit von Bildung und Bildungsprozessen bereits geweckt.

Und wenn wir hier die falschen Schlussfolgerungen ziehen – vielleicht bleibt noch Zeit genug, das Eine oder Andere zu korrigieren – dann werden wir gut beraten sein. Denn ansonsten werden wir mit größeren Einheiten im gegenständlichen Gesetz vielleicht die eine oder andere Problematik in der konkreten Durchführung bekommen.

Mag. Dr. Kaiser

Ich komme zum Schluss. Das gegenständliche Gesetz regelt die Teilnahme für Weiterbildung in Form eines politischen, staatspolitischen Bekenntnisses. Es fördert die regionalstrategische Arbeit, nämlich Weiterbildung mit den dazugehörenden Institutionen in Form eines Managements sehr professionell zu betreiben, wozu wir uns bekennen. Das betrifft insbesondere BFI, betrifft insbesondere WIFI, also bereits sehr etablierte Institutionen, die hier ihren Teil dazu beitragen. Und es schlägt auch einen Beirat für Arbeitnehmerweiterbildungsförderungen vor. Auch hier, denke ich, muss man nicht immer das Rad neu erfinden. Ich verweise darauf, dass es im Rahmen der Erwachsenenbildung – die im Übrigen vor zehn Jahren einen Kahlschlag mit der Schließung des damaligen Erwachsenenbildungszentrums in Klagenfurt erlebt hat – dass auch mit weiteren Schließungen von Erwachsenenbildungseinrichtungen aus den so genannten Sparsamkeitsgründen, in letzter Zeit nicht unbedingt auf eine positive Vergangenheit verwiesen werden kann, aber, dass es eben Erwachsenenbildungsarbeitsgemeinschaften gibt, die funktionieren. Denn, Hohes Haus, was wir an Erfahrung haben – die aus meiner Sicht unbedingt, wie im Begutachtungsverfahren ersichtlich, auch in die Umsetzungsimplementierung dieses Gesetzes miteinzubinden wären. Summa summarum, ein kritisches „Ja“ unsererseits. Ganz klares „Ja“ zum Inhalt, zu den Intentionen dieses Antrages. Kritisch deswegen, weil wir manchmal in der Vergangenheit durch das Verhalten einzelner politischer Fraktionen doch auch anderes gewohnt waren. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Lesjak das Wort.)

Abgeordnete **Mag. Lesjak** (GRÜ):

Hohes Haus! Verehrter Präsident! Also, meine Begeisterung über dieses Gesetz hält sich irgendwie in Grenzen. Zwar ist es ganz gut, wenn die EU im Lissabon-Prozess verschiedene Kompetenzen, Qualifikationen formuliert und auch sagt, dass das umgesetzt werden soll. Und, dass es diese Postulate gibt und, dass sie jetzt auch in unsere Gesetze hineinschreiben, dass es regionale Weiterbildungsmanagements geben soll und Karriereberatung. Und die Landesregierung soll einen Bericht über lebenslanges Lernen usw.

herausgeben. Das ist ja ganz gut, wenn es irgendwo festgeschrieben wird. Auf der anderen Seite sind es schöne Überschriften. Und ich fürchte, es ist schon ein bisschen ein Pro-forma-Gesetz, weil zwar die Ziele formuliert werden, aber keinerlei Umsetzungsmaßnahmen dabei stehen. Es steht nicht im Gesetz drin: Wer soll diese Weiterbildung wie umsetzen? Es steht auch nicht drinnen, wie das finanziert werden soll, also, welche Mittel da zur Verfügung stehen sollen.

Deswegen haben wir schon vor längerer Zeit, vor über einem Jahr, einen Antrag zur Umsetzung der Lissabon-Strategie eingebracht, weil wir eben befürchtet haben und immer noch befürchten, dass hier die Mittel nicht zur Verfügung stehen. Weiterbildung kostet Geld. Und wenn das Lernen lebenslanglich sein soll, ein lebenslangliches Weiterlernen, dann wird es natürlich etwas kosten. Und ganz besonders soll es einer bestimmten Zielgruppe zugute kommen, nämlich den Frauen. Und auch hier finde ich das im Gesetz nicht wieder. Das Gesetz ist wie eine Pflichtübung, die diese Materie irgendwie pflichtgemäß behandelt, aber zum Beispiel keine geschlechtergerechte Sprache hat. Es ist immer noch von Arbeitnehmerförderung die Rede. Und da müsste das Gesetz sehr wohl mit einem guten Beispiel vorangehen und auch diese berühmte soziale Kompetenz zeigen und einen emanzipativen Charakter usw., wenn es davon ausgeht, dass es Männer und Frauen gibt, die unterschiedliche Qualifizierungsbedarfe haben.

Also, das Gesetz soll einmal unterscheiden zwischen Arbeitnehmern, Arbeitnehmerinnen bzw. das große „I“ verwenden. Da sind beide Geschlechter angesprochen. Also, wir werden natürlich diesem Gesetz freilich zustimmen und hoffen darauf, dass das eine Vorbildfunktion haben könnte. In der Zwischenzeit gibt es ja auch im Zuge des Bologna-Prozesses an der Universität Klagenfurt das Institut für Pädagogik. Es wird ein eigenes Studium, ein Masterstudium anbieten mit dem Titel: „Lifelong-learning“. Dort können dann die Studierenden lernen, wie man halt dann lebenslanglich lernt.

Aber unabhängig davon, dass wir das im Landtag beschlossen haben, hat das die Uni bereits umgesetzt. Man müsste halt schauen, dass es einen Markt gibt für dieses lebenslange Bemühen. Wo sollen diese Leute eingesetzt werden?

Mag. Lesjak

Welchen Wert sollen sie dann haben? Und welche Berufsmöglichkeiten haben sie dann eigentlich? Das steht in diesem Gesetz leider nicht drin. Trotzdem stimmen wir zu. Danke! (*Abg. Holub klopf beifällig auf das Pult.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Dipl.-Ing. Gallo das Wort.*)

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gallo (F):

Sehr geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kollegin Lesjak! Ich bin ein großer Freund kritischer Ansätze. Aber diesmal teile ich die hier nicht. (*Abg. Mag. Lesjak: Musst du nicht!*) Ich halte diesen Gesetzesbeschluss heute für den wichtigsten des heutigen Tages. Nicht deshalb, weil quantitativ vier Gesetze geändert werden, sondern weil etwas ganz Wichtiges als Ziel dasteht, nämlich, wie bitte, ... (*Abg. Mag. Lesjak: Wir haben einen Antrag schon längst eingebracht.*) nämlich Bildung für Beschäftigung ermöglichen, und das lebenslang. Die Grundsätze des „Longlife-Learnig“, diese drei berühmten „L“, sind auch lebenslang oder lebensbegleitend, das ist eine semantische Geschichte.

Aber ich glaube, das Ziel das dahintersteckt, das muss man im Auge haben und hervorheben. Denn es geht um die Erkenntnis, dass die Weiterbildung in Wirklichkeit die einzige Jobgarantie ist, die es gibt. Das muss man sich einmal vergegenwärtigen! Und das Ganze ist ein wirklich stabiles, und das haben Vorrednerinnen schon gesagt, Instrument zur Wohlstands- und auch zur Pensionssicherung und auch eine wichtige Standortfrage für Kärnten. Denn das sichert uns Wettbewerbsfähigkeit, die man durch nichts anderes erreichen kann. Denn die Menschen brauchen einfach Information, Übersicht, Orientierung und insbesondere mehr und auch eine qualitativere Beratung. Es gibt auf der einen Seite nachgefragte Qualifikationen, auf der anderen Seite ein Angebot an Bildungseinrichtungen, die das vermitteln. Da gibt es dazwischen eine große Differenz. Und um diese Differenz geht es, diese zu verkleinern. Das ist das Ziel dieses Gesetzes. Und das Ganze muss man sichtbar machen und nicht so sehr in Teilbereichen nörgeln.

Es geht darum, und da bin ich beim Peter Kaiser, dass man auch die persönlichen, die familiären,

die regionalen Rahmenbedingungen berücksichtigt und die Fördermittel so einsetzt, dass das funktioniert. Und, dass keine Gelder da sind, das ist ein Irrtum! Sie brauchen, Frau Kollegin Lesjak, sich nur die erläuternden Bemerkungen durchlesen. Da können Sie einiges erfahren. Und wenn man auch diesen emanzipatorischen Ansatz berücksichtigen will, muss man schon sagen, dass auch das Geschlecht, Alter, soziale oder regionale Herkunft immer weniger über die Form der Beschäftigungsverhältnisse oder über die Entlohnung entscheiden sollen. Und da ist der Ansatz drinnen. Wir können damit auch wirklich der Landflucht, Peter Kaiser hat das angeführt, begegnen, den Frauen helfen und damit auch das erreichen, was das Ziel ist. Ich bin von Natur aus ein Freund der kleinen Einheiten. (*Abg. Lutschounig: Warum bist du dann nicht bei der SPÖ?*) Aus vielen Gründen! Einfach deshalb, um das allgemein zu formulieren: Weil sich in der Praxis zeigt, dass die kleinen Einheiten eher die Großen tragen und nicht umgekehrt. Aber ich kann die Augen nicht verschließen. Und die Industriellenvereinigung hat diese Untersuchung gemacht, dass das Bildungssystem in Kärnten zu teuer und auch nicht ganz effizient ist.

Jetzt können wir lange diskutieren, wie wichtig und wie gut auch die kleinen Schulen sind. Ich bin kein Pädagoge, sage ich ganz ehrlich. Ich versuche nur, offen, mit offenen Augen durch das Leben zu gehen. Ich kenne viele Kleinschulen wo Großartiges geleistet wird. Und ich kenne auch größere Einheiten, wo das auch funktioniert. Also, die Wahrheit wird ja da irgendwo in der Mitte sein. Aber was wir müssen ist, den Menschen – vor allem den jungen Menschen – Perspektiven zu eröffnen und Arbeit und Beschäftigung zu sichern. Denn, wenn die jungen Menschen keine Arbeit haben, dann ist auch unser ganzes Pensionssystem in Frage gestellt, dann haben die keine Kinder mehr, wollen keine mehr haben! Und dann hört ja das Ganze dann irgendwann auf! Ich möchte bei dieser Gelegenheit einen unverdächtigen Herrn zitieren. Der war Minister in Deutschland von der SPD, heißt Klement, um ihn vom „Spitzel-Klement“ ein bisschen zu unterscheiden. Der hat Folgendes vor kurzem gesagt: „Die meisten Sorgen mache ich mir um die junge Generation. Rund 600.000 junge Leute unter 25 Jahren sind derzeit, gemeint ist Deutschland, arbeitslos. Fast ein Drittel

Dipl.-Ing. Gallo

von ihnen hat keinen Schulabschluss und zwei Drittel haben keinen Beruf erlernt. Bei türkischen Jugendlichen beträgt der Anteil ohne Berufsausbildung sogar fast 90 Prozent. Hier baut sich sozialer Sprengstoff auf.“

Ich habe das Letzte auch deshalb zitiert, weil so eine Behauptung in Österreich aufgrund der Änderung des Statistikgesetzes gar nicht möglich wäre. Weil so eine Befragung nach Zugehörigkeit in alle möglichen auch ethnische Bereiche, ist durch das Gesetz, durch diese Novelle ausgeschlossen.

Ich möchte aber auch etwas Kritisches anmerken. Wenn Lernen, wenn Schule optimal auf den Beruf und auf das Leben vorbereiten soll, dann ist es unumgänglich, dem Ganzen auch ein „Ja“ mitzugeben, ein „Ja“ für Leistung. Und da stelle ich schon mit Erstaunen fest, dass das nicht überall so gesehen wird. Offensichtlich auch dort nicht, wo der Job garantiert ist. Ich habe da „Die Presse“ vom März, 22. März dieses Jahres mit dem Titel: „Viele Lehrer schwänzen Fortbildung.“ Der Rechnungshof sagt, dass sich jeder dritte Bundeslehrer intensiv – ein Drittel aber gar nicht – weiterbildet und fordert eine Verpflichtung per Gesetz.

Und ich gehe von den Lehrern gleich weiter zu uns Politikern. Für mich war das auch nicht sehr vorbildhaft, als wir das letzte Mal in unserem Ausschuss über Reformen im Schulsystem anhand von Anträgen diskutiert haben. Und da ist, für mich eigentlich nicht ganz verständlich, versucht worden, das Ganze eher zu verzögern, zu verhindern, zu schubladisieren. Ich halte das nicht für einen guten Ansatz. Ich sage das auch ganz offen, weil wir Lehrerinnen und Lehrer im Ausschuss haben. Und das ist ein Bild, das eigentlich das Ganze dort in einer anderen Form bestätigt. Aber ich lade sie ein, dieses Bild zu korrigieren!

Und ich möchte noch etwas sagen, was auch bei diesem Gesetz zu merken war. Es hat interessanterweise eine negative Stellungnahme des KWF dazu gegeben. Das ist für mich nicht nachvollziehbar, weil da Zielsetzungen, die im KWF-Gesetz formuliert sind, hier verwirklicht werden. Das ist also wirklich nicht nachvollziehbar! Um das Ganze abzuschließen: Es gibt also immer noch – trotz der Überschriften, wie die Frau Kollegin gemeint hat, die da formuliert werden – viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Ich werte es

aber als gutes Omen, dass die Ausschussbeschlussfassung genau an dem Tag gewesen ist, als in der Arbeiterkammer anlässlich des Festtages „60 Jahre Arbeiterkammer“ das Arbeitsübereinkommen über die Arbeitnehmerförderung öffentlich und sehr publikumswirksam unterschrieben worden ist. Und in diesem guten Geiste wünsche ich auch von unserer Fraktion aus und als Ausschussvorsitzender diesem Gesetz eine gute Reise für die Zukunft der Menschen in Kärnten. *(Beifall von Abg. Holub.)*

(Der Vorsitzende schließt die Generaldebatte, da keine Wortmeldung mehr vorliegt. – Der Vorsitzende erteilt der Berichterstatterin das Schlusswort. – Die Berichterstatterin verzichtet auf das Schlusswort und beantragt das Eingehen in die Spezialdebatte. – Dieser Antrag wird einstimmig beschlossen. – Auch der Antrag über die ziffernmäßige und artikelmäßige Abstimmung wird einstimmig beschlossen. – Berichterstatterin:.)

Berichterstatterin Abgeordnete **Mag. Trodt-Limpl** (F):

Artikel I

Änderung des Kärntner Arbeitnehmerförderungsgesetzes

Das Kärntner Arbeitnehmerförderungsgesetz, LGBl. Nr. 49/1984, in der Fassung der Gesetzes LGBl. Nr. 91/1992 und 39/1995 sowie der Kundmachung LGBl. Nr. 16/1996, wird wie folgt geändert:

Ziffer 1, Ziffer 2 § 1 lautet: „§ 1 Ziele des Gesetzes“, Ziffer 3. „§ 1a Bereiche der Förderung“, Ziffer 4, Ziffer 5, Ziffer 6 § 8 lautet: „§ 8 Beirat“, Ziffer 7, Ziffer 8, Ziffer 9, Ziffer 10, Ziffer 11, Ziffer 12.

Ich beantrage die Annahme.

(Art I. Z. 1 bis 12 wird einstimmig angenommen. – Berichterstatterin:.)

Artikel II

Änderung des Kärntner Wirtschaftsförderungsgesetzes

Das Kärntner Wirtschaftsförderungsgesetz – KWFG, LGBl. Nr. 6/1993, zuletzt in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 48/2000, wird wie folgt geändert:

Mag. Trodt-Limpl

Ziffer 1, Ziffer 2, Ziffer 3, Ziffer 4, Ziffer 5, Ziffer 6, Ziffer 7.

Ich beantrage die Annahme.

(Art. II Z. 1 bis 7 wird einstimmig angenommen. – Vorsitzender: Bitte, weiter zu berichten! – Berichterstatterin:)

Artikel III

Änderung des Kärntner Verwaltungsakademiegesetzes

Das Kärntner Verwaltungsakademiegesetz – K-VwAG, LGBl. Nr. 65/1998, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 40/2004, wird wie folgt geändert:

Ziffer 1, Ziffer 2.

Ich beantrage die Annahme.

(Art. III Z. 1 bis 2 wird einstimmig angenommen. – Vorsitzender: Bitte weiter zu berichten! – Berichterstatterin:)

Artikel IV

Änderung des Kärntner Informations- und Statistikgesetzes

Das Kärntner Informations- und Statistikgesetz – K-ISG, LGBl. Nr. 70/2005, wird wie folgt geändert:

Ziffer 1 „2a. Abschnitt Information zum lebensbegleitenden Lernen, § 12a Informationspflicht, § 12b Bericht zum lebensbegleitenden Lernen, Ziffer 2, Ziffer 3, Ziffer 4.

Ich beantrage die Annahme.

(Art. IV Z. 1 bis 4 wird einstimmig angenommen. – Vorsitzender: Bitte! – Berichterstatterin:)

Artikel V

In-Kraft-Treten und Übergangsbestimmungen

Ich beantrage die Annahme.

(Art. V wird einstimmig angenommen. – Vorsitzender: Bitte Kopf und Eingang! – Berichterstatterin:)

Gesetz vom 8. 6. 2006, mit dem das Kärntner Arbeitnehmerförderungsgesetz, das Kärntner Wirtschaftsförderungsgesetz, das Kärntner Verwaltungsakademiegesetz und das Kärntner Informations- und Statistikgesetz geändert werden (Kärntner Weiterbildungsförderungsgesetz)

Der Landtag von Kärnten hat beschlossen:

Ich beantrage die Annahme.

(Kopf und Eingang werden einstimmig angenommen. – Vorsitzender: Dritte Lesung! – Berichterstatterin:)

Der Landtag wolle beschließen:

Dem Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Kärntner Arbeitnehmerförderungsgesetz, das Kärntner Wirtschaftsförderungsgesetz, das Kärntner Verwaltungsakademiegesetz und das Kärntner Informations- und Statistikgesetz geändert werden (Kärntner Weiterbildungsförderungsgesetz), wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich beantrage die Annahme.

(Der Gesetzentwurf wird in dritter Lesung einstimmig angenommen.)

Vorsitzender Dritter Präsident **Lobnig** (F):

Wir kommen nun zum nächsten Tagesordnungspunkt:

10. Ldtgs.Zl. 164-5/29:

Anfragebeantwortung von Landeshauptmann Dr. Haider zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Mag. Grilc betreffend Mütterpension, Vorgangsweise bei Auszahlungen

Ich ersuche den Schriftführer um die Verlesung! Bitte!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

Die Anfragebeantwortung lautet wie folgt:

Die große Zahl von nicht pensionsversorgten Frauen ist das Ergebnis eines jahrzehntelangen sozialpolitischen Defizits, das erst mit der Pensionsreform für jüngere Frauen beseitigt wurde. Erziehungsarbeit und Pflegeleistungen wurden jahrzehntelang vernachlässigt; sie waren im alten Pensionssystem keine Kategorie. Kindererziehung zählte nur als Ersatzzeit, und Pflegearbeit wurde überhaupt nicht berücksichtigt. Man hat das Pensionssystem viel zu lange an dem traditionellen Rollenbild – Mann arbeitet, Frau ist zu Hause und Ehen halten ewig – orientiert. Mit der Einmalzahlung kann man dieses Problem freilich nicht lösen. Sie ist allerdings eine wichtige Geste gegenüber Tausenden Frauen,

Mag. Weiß

ein Dank für bisher unbedankte Leistungen. Sie unterstützt auch die Bewusstseinsbildung für die Bedeutung von Kindern für unsere Gesellschaft.

Zu 1a: Anspruchsberechtigt für die „Mütterpension“ waren alle Frauen, die am 1. 12. 2005 ihr 60. Lebensjahr vollendet haben; die zwei Kinder und mehr zur Welt gebracht haben; die keinen Anspruch auf eine eigene Pension erwerben konnten und über kein anderes Einkommen verfügen; die nur eine Witwenpension in Höhe der Ausgleichszulagenrichtlinie erhalten; deren Ehemann nicht mehr als 1.500 brutto pro Monat verdient; die auf Unterhaltszahlungen des Ehemannes in der Höhe von 700 Euro und weniger angewiesen sind; die ein vergleichbares Einkommen haben, das dem Ausgleichszulagenrichtsatz entspricht.

Zu 1b: Auszahlungsberechtigt waren jene Regierungsmitglieder, welche aus ihrem Budget Mittel für die Mütterpension beisteuerten und Mitarbeiter des Bürgerbüros von Landeshauptmann Dr. Haider.

Zu 2: Die Aktion Mütterpension begann im Dezember 2005. Mit 1. 1. 2006 haben sich auch die Ausgleichszulagenrichtsätze erhöht, und daher wurden auch die Grenzbeträge für die Mütterpension ab 1. 1. 2006 etwas hinaufgesetzt. Damit nicht einige Euro über der Richtlinie dazu führen, dass manche Frauen leer ausgehen, hat man eine Toleranzgrenze bis 700 Euro eingeführt.

Zu 3: Die Hauszustellung der Mütterpension als besonderer Service erfolgte durch Mitarbeiter des Bürgerbüros, Bevollmächtigte bzw. Beauftragte des Bürgerbüros. In Einzelfällen, bei denen sich die Notwendigkeit ergab, dass das Muttergeld den Frauen direkt zu ihrem Wohnort

gebracht wurde, beauftragte das Bürgerbüro Gewährleute, welche wie ein Postdienst das Geld übergaben und welche die unterschriebenen Antragsformulare mit der Bestätigung der Geldübergabe wiederum beim Bürgerbüro abgaben.

Zu 4: Als Kontrolle dienten die von den anspruchsberechtigten Müttern quittierten Auszahlungsbelege sowie die Prüfung sämtlicher Anträge durch die Landesbuchhaltung.

Zu 5: Von Angehörigen der anspruchsberechtigten Mütter wurden private Vollmachtserklärungen akzeptiert. Von Personen, die mit den anspruchsberechtigten Müttern nicht verwandt sind und die das Geld für die Mütter abholten, wurden Vollmachten mit qualifizierter Echtheitsvermutung verlangt. Da es sich hier um öffentliche Gelder handelte, wurde der Grundsatz der Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit angewandt.

Die von Ihnen angesprochenen Personen konnten offenbar Vollmachten mit dieser Qualität nicht vorweisen, sodass das Bürgerbüro das Geld durch eigene Mitarbeiter bzw. Bevollmächtigte an die Mütter persönlich in Form einer Hauszustellung übergeben ließ.

Zu 6: Es wurden insgesamt 1,660.950 Euro an 11.073 Mütter ausbezahlt.

Zu 7: Die Frist endete am 31. 3. 2006.

Vorsitzender Dritter Präsident **Lobnig** (F):

Geschätzte Damen und Herren! Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt. Ich ersuche nun den Schriftführer um die Verlesung des heutigen Einlaufes!

Mitteilung des Einlaufes (Fortsetzung)

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

Der Einlauf umfasst 7 Anträge, 4 schriftliche Anfragen und 3 Petitionen.

A. Anträge von Abgeordneten:

1. Ldtgs.Zl. 166-10/29:

Antrag der Grünen betreffend Psycho-

chotherapie als Grundleistung sozialer Krankenversicherung mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, sich bei den Sozialversicherungsträgern für die Einführung der Psychotherapie als Grundleistung der sozialen Krankenversicherung ohne diskriminierende Zugangsbeschränkungen und mit kostendeckendem Leistungersatz für alle

Mag. Weiß

Versicherten in Kärnten einzusetzen.

Zuweisung: **Ausschuss für Familie, Soziales, Gesundheit, Generationen und Sport**

2. Ldtgs.Zl. 184-9/29:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Kärntner Anlauf-, Koordinierungs- und Betreuungsstelle für Opfer von Menschenhandel mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag möge beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, geeignete (organisatorische und finanzielle) Maßnahmen zu setzen, damit die Kärntner Anlauf-, Koordinierungs- und Betreuungsstelle für Opfer von Menschenhandel entsprechend dem Bedarf ausgebaut wird.

Zuweisung: **Ausschuss für Familie, Soziales, Gesundheit, Generationen und Sport**

3. Ldtgs.Zl. 42-5/29:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Altenwohn- und Pflegeheime – Anhebung der Sockelbeträge mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag möge beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass bei den Altenwohn- und Pflegeheimen die Sockelbeträge angehoben werden.

Zuweisung: **Ausschuss für Familie, Soziales, Gesundheit, Generationen und Sport**

4. Ldtgs.Zl. 140-9/29:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend mehr Unterstützung für das ehrenamtliche Engagement und die Leistungen von Freiwilligen mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung zu erreichen, dass für das ehrenamtliche Engagement und die Leistungen von Freiwilligen ein Maßnahmenpaket geschnürt wird, in welchem

die Einrichtung eines Kontos für Ausbildungszeiten, die Entgeltfortzahlung während des Einsatzes bzw. eines daraus erwachsenen Krankenzustandes, Pensionsersatzzeiten für freiwillige Tätigkeiten, sich entsprechend niederschlagen sollen.

Zuweisung: **Ausschuss für Familie, Soziales, Gesundheit, Generationen und Sport**

5. Ldtgs.Zl. 223-5/29:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Hypo Alpe-Adria-Bank – Aufstockung des Eigenkapitals durch Eigentümer mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die erforderliche Aufstockung des Eigenkapitals der Hypo Alpe-Adria-Bank durch die Eigentümer und durch Gewinne der Bank erfolgt.

Zuweisung: **Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Infrastruktur, Wohnbau und Verkehr**

6. Ldtgs.Zl. 302-1/29:

Antrag von Abgeordneten des Freiheitlichen Landtagsklubs betreffend Holzlagerkonzept mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Agrarlandesrat wird aufgefordert, um hohe Transportkosten zu vermeiden, Arbeitsplätze zu sichern und den ländlichen Raum zu stärken, ein regionales Holzlagerkonzept vorzubereiten und umzusetzen.

Zuweisung: **Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft, Naturschutz, Raumplanung und Nationalparks**

7. Ldtgs.Zl. 140-10/29:

Antrag von Abgeordneten des Freiheitlichen Landtagsklubs betreffend Unterstützung für Betriebe, die Feuerwehrleute und Mitglieder freiwillig

Mag. Weiß

ger Hilfsorganisationen anstellen mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung, unter Einbindung des Landesfeuerwehrverbandes und der anderen freiwilligen Hilfsorganisationen, für Betriebe, die Mitglieder von solchen Organisationen anstellen, folgende Erleichterungen zu erreichen:

1. steuerliche Anreize,
2. Abgeltung der Lohnkosten bei längeren Einsätzen
3. arbeitsrechtliche Absicherung für Arbeitnehmer/innen und Arbeitgeber/innen.

Zuweisung: **Ausschuss für Gemeinden und ländlichen Raum, Föderalismus und Umwelt**

B. Schriftliche Anfragen:

1. **Ldtgs.Zl. 239-7/29:**
Schriftliche Anfrage der Grünen an Landesrat Ing. Reinhart Rohr betreffend Bewilligungen von technisch mangelhaft funktionierenden Abwasserreinigungsanlagen

2. **Ldtgs.Zl. 273-8/29:**
Schriftliche Anfrage der Grünen an Landesrat Gerhard Dörfler betreffend Verkehrskonzept Kärnten

3. **Ldtgs.Zl. 213-5/29:**

Schriftliche Anfrage des Freiheitlichen Landtagsklubs an Landesrat Dr. Josef Martinz betreffend Werbekampagne Kärntner Genussregion

4. **Ldtgs.Zl. 301-1/29:**

Schriftliche Anfrage von Abgeordneten des SPÖ-Klubs an Landesrat Gerhard Dörfler betreffend Straßenbauprogramm 2006 - Umsetzung

C. Petitionen:

1. **Ldtgs.Zl. 249-5/29:**

Petition betreffend Resolution zum Fremdenverkehrsabgabegesetz und Orts- und Nächtigungstaxengesetz

2. **Ldtgs.Zl. 119-22/29:**

Petition betreffend Veränderung des Kärntner Schulgesetzes zur Erhaltung von Kleinschulen und Expositurklassen auch unter zehn Schülern/innen

Vorsitzender Dritter Präsident **Lobnig** (F):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren Abgeordneten! Wir sind somit am Ende der Sitzung angelangt. Ich danke für die Beratungen und Beschlussfassungen! Ich wünsche Ihnen einen schönen Nachmittag und schließe die Sitzung!

Ende der Sitzung: 14.43 Uhr